

GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

Unser Wahlprogramm für
Aachen 2020

Am **13.09.**

Grün wählen!

#DieZeitIstJetzt



GRÜN IST heute das Morgen gestalten.

**Unser Wahlprogramm für
Aachen 2020**

Inhalt

Präambel	6
Lehren aus der Krise	11
Umwelt	17
Stadtentwicklung	29
Mobilität	45
Wohnen	59
Wirtschaft	67
Digitalisierung.....	75
Kultur	81
Kinder und Jugend	95
Bildung	103
Hochschulen	113
Sport.....	119
Soziales.....	125
Geschlechtergerechtigkeit	137
Bürgerbeteiligung	143
Haushaltspolitik	149

Stadtbezirke	153
Brand	154
Eilendorf.....	155
Haaren.....	157
Kornelimünster/Walheim	157
Laurensberg	159
Richterich.....	160
Aachen-Mitte	161
Städtische Unternehmen	163
Verwaltung.....	167
Aachen und Europa	173
Offene Gesellschaft und Demokratie fördern und verteidigen	179

Präambel

Jetzt ist die Zeit - für eine neue, eine andere Stadtpolitik

Eine Zeit großer Umbrüche erfordert eine Politik mit Weitsicht, gleichzeitig aber auch konkretes Handeln. Globale Herausforderungen - vom winzigen Virus bis zur globalen Erwärmung - betreffen uns auf allen Ebenen. Deshalb brauchen wir für Aachen eine neue Politik mit einer klaren Zukunftsvision. Eine Stadtpolitik, die ihre Verantwortung ernst nimmt und mutig voranschreitet, um den Problemen unserer Zeit zu begegnen: Das ist es, wofür wir GRÜNE stehen.

Mit der aktuellen Krise, ausgelöst durch das Coronavirus, hatten auch wir nicht gerechnet. Diese Krise setzt plötzlich andere Schwerpunkte. Auf einmal steht die Sorge um die eigene Gesundheit, um Familie und Freund*innen und vielleicht auch um den Arbeitsplatz im Vordergrund. In dieser Situation zeigt sich die Bedeutung der Kommunalpolitik, die schnell und unbürokratisch denjenigen helfen muss, die besonders schwer betroffen sind. Doch es zeigt sich auch, was die Zivilgesellschaft in schwierigen Zeiten leisten kann. Die Bedeutung von gesellschaftlichem Zusammenhalt und Solidarität bei der Bewältigung der Pandemie sollte uns motivieren, diesen Themen mit einer engagierten und verbindenden Sozialpolitik mehr Beachtung zu schenken.

In manchen Bereichen nimmt die Anpassung an die neue Situation Entwicklungen vorweg, die wir erst für die nächsten Jahre erwartet hätten. So schreitet die Digitalisierung mit einem erstaunlichem Tempo voran, dem leider nicht alle folgen können. Hier muss die Politik reagieren und darauf achten, dass von Veränderungen durch neue Technologien alle Teile der Gesellschaft profitieren. Um unsere Stadt in die Zukunft zu führen, müssen wir nicht nur Innovationen fördern, sondern auch allen die Möglichkeit bieten, mit neuen Entwicklungen Schritt zu halten. Das beginnt mit der Ausstattung und Unterstützung von Bildungseinrichtungen.

Ausgerechnet Kinder waren und sind von den Folgen der Einschränkungen besonders betroffen. Schul- und Kitaschließungen und ein Neubeginn mit neuen Regeln sind große Herausforderungen für Kinder und die betroffenen Einrichtungen. Zugleich stellen sie eine enorme Belastung für viele Familien, insbesondere Alleinerziehende, dar. Die Unterschiede in den Bildungschancen wurden dadurch noch verschärft. Umso wichtiger ist uns eine inklusive Bildungspolitik, die Schulen, die vor den größten Herausforderun-

gen stehen, besonders unterstützt und sich um optimale Bedingungen für alle Schüler*innen bemüht.

Die Pandemie mahnt uns, globale Probleme rechtzeitig ernst zu nehmen. Ihr Verlauf in verschiedenen Ländern hat uns drastisch gezeigt, dass man eine nahende Katastrophe eindämmen muss, bevor ihre Folgen unübersehbar sind. Das gilt auch für die Klimakrise. Der Ausbruch von Covid-19 in Deutschland konnte eingedämmt werden, da auf die Wissenschaft gehört und entschlossen gehandelt wurde. Indem jede*r Einzelne durch das Befolgen von Hygiene- und Abstandsregeln zum Schutz der Gesellschaft beitrug, konnte eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden. Vor der Klimakrise warnt die Wissenschaft seit Jahrzehnten. Auch hier muss die Politik jetzt entschlossen handeln und jede*r Einzelne einen Beitrag leisten.

Denn die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Zeit. Die fortschreitende Erwärmung der Erde muss gestoppt werden, wenn wir unsere gewohnten Lebensbedingungen und die Lebensgrundlage von Milliarden Menschen erhalten wollen. Diese Aufgabe ist so gewaltig, dass wir alle - auch die Aachener Stadtpolitik - keine Zeit zu verlieren haben. Wir brauchen einen Plan, einen gemeinsamen Plan aller gesellschaftlichen Kräfte, aller Bürgerinnen und Bürger, um eine weitere Erwärmung der Erde über das 1,5 Grad Ziel hinaus zu verhindern.

In einer Zeit des zaghaften Aufbruchs hin zu mehr Klimaschutz hat uns nun ein Virus gezwungen, das öffentliche Leben und die Wirtschaft in einem bisher ungekannten Ausmaß herunterzufahren. Doch jeder Neustart birgt auch die Chance, etwas besser zu machen. Nutzen wir also den Neustart, um Nachhaltigkeit, Klimaschutz und gemeinwohlorientiertes Wirtschaften flächendeckend zu forcieren! Die Lenkungsmöglichkeit der Politik bei der Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus darf nicht ungenutzt bleiben.

Die Pandemie trifft weltweit die Schwächsten besonders hart. Große Sorgen müssen wir uns deshalb machen, wenn wir an andere Länder oder an überfüllte Flüchtlingslager denken, in denen sich über 1000 Personen einen Wasserhahn teilen. Gerade in der gegenwärtigen Coronakrise ist es umso unverständlicher, dass unser reiches Land nicht in der Lage sein soll, mehr Geflüchtete aus den Lagern in Griechenland aufzunehmen. Wir in Aachen sind bereit und haben die Kapazitäten, um unseren Beitrag zum Beenden dieser humanitären Krise in der EU zu leisten.

Doch die EU ist nicht nur bei der Versorgung und Verteilung von Geflüchteten weitgehend handlungsunfähig. In der Euregio bekamen wir dieses Jahr zu spüren, dass weiterhin national auf internationale Probleme reagiert wird. Als aus Linien auf Karten plötzlich trennende Grenzen wurden, schien die enge Verbundenheit der Region zweitrangig. Die einseitigen, unabgesprochenen Grenzschießungen dürfen sich nicht wiederholen. Wir in Aachen leben Europa. Hier sind euregionale Lösungen näher als nationale Regelungen. Deshalb setzen wir GRÜNE uns auf allen Ebenen für mehr regionale Zusammenarbeit auch über EU- Grenzen hinweg ein.

In der Zeit des Lockdowns haben wir gesehen, wie viel Platz in unserer Stadt ist, wenn dort weniger Autos unterwegs sind. Was dabei noch als ausgestorbene Asphaltwüste erschien, kann durch moderne Mobilitätspolitik schon bald zu lebendigen Straßen und Plätzen werden, mit Aufenthaltsqualität für Menschen statt für parkende Autos. Denn mit effizienteren Mobilitätsangeboten, einem neuen ÖPNV und einer attraktiven Infrastruktur für Rad- und Fußverkehr wird das Auto als bequemstes Verkehrsmittel für die Stadt endgültig abgelöst. Das eröffnet uns neue Möglichkeiten für mehr Lebensqualität in der Stadt. Die Dringlichkeit einer neuen Mobilitätspolitik mit mehr Sicherheit für Radfahrende wird nun durch Hygiene- und Abstandsregeln im ÖPNV noch erhöht.

Ein Virus zwingt uns als Gesellschaft, inne zu halten. Doch es zwingt zugleich die Politik, wichtige Zukunftsfragen jetzt zu beantworten. Aachen braucht eine neue Politik und die Aachener GRÜNEN sind gut aufgestellt. Viele junge Leute sind dazu gekommen. Die Mischung aus Erfahrung und frischen Ideen stimmt.

Politik hat die Verantwortung, Zukunftskonzepte zu entwickeln und Alternativen zu schaffen. Wir sind bereit, diese Verantwortung mit vollem Engagement zu übernehmen.

Lehren aus der Krise

Die Lehren aus der Krise

Die Coronakrise stellt die Grundthemen dieses Programms nicht in Frage, auch wenn diese formuliert wurden, bevor uns die Pandemie erreichte. Denn die zentralen Herausforderungen und unsere Ziele, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und eine lebenswertere Stadt, bestehen nach wie vor. Wir sind entschlossen, uns diesen Herausforderungen zu stellen und die im Programm formulierten Ziele umzusetzen.

Jedoch werden das Virus und die plötzlichen Einschränkungen einschneidende Folgen für die Stadt Aachen, für die Menschen und für die kommunale Politik haben. Nach der Pandemie wird vieles nicht mehr sein wie vorher. Vieles wird davon abhängen, wie Gesellschaft und Wirtschaft reagieren und agieren. Und darauf kann die Politik einwirken. Es ist die Verantwortung der Politik, die Weichen zu stellen und - auch auf kommunaler Ebene - den Wandel zu lenken.

Damit haben wir - zusätzlich zu unserem Programm - eine weitere Gestaltungsaufgabe.

Während der Coronakrise haben wir alle viele neue Erfahrungen gemacht. Auch wurde vieles einer Belastungsprobe unterzogen: nicht nur das Gesundheitssystem und die Wirtschaft, sondern auch das Verhalten der Menschen untereinander, demokratische Grundsätze und Werte, die Belastbarkeit der Sozialsysteme, Infrastrukturen vor Ort, die Krisen-Fähigkeit von Verwaltungen vor Ort, Verhältnisse in Schulen, Kitas, Kulturinstitutionen und vieles mehr. Dabei wurden Stärken und Schwächen deutlich. Diese Erfahrungen gilt es zusammenzutragen, zu analysieren und zu bewerten. Denn die Coronakrise war und ist auch eine Chance, zu lernen.

Es wird darauf ankommen, diesen Lernprozess transparent und offen zu organisieren. So können wir daraus in einem demokratischen Prozess Schlussfolgerungen ziehen und diese dann kommunalpolitisch umsetzen. Einige Feststellungen, die unsere künftige Politik in Aachen bestimmen werden, lassen sich aber schon jetzt treffen.

Bei der Bewältigung der Coronakrise können und wollen wir den Klimaschutz, sowie den Wandel zu einer nachhaltigen und lebenswerten Stadt nicht vernachlässigen. Im Gegenteil: Bei den Maßnahmen, die jetzt zur Bewältigung der Krise getroffen werden, sollten diese Themen immer Priorität haben. Ein „Weiter so“ ging überall dort, wo das Klima gefährdet ist, schon vorher nicht. Beim wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der

Krise würde ein Festhalten an überholten Entscheidungen den Weg in eine bessere Zukunft verbauen.

In der Mobilitätspolitik ist besonders schnelles Handeln erforderlich, da die Kapazität des ÖPNV durch die Abstandsregeln deutlich reduziert ist. Um vielen Pendler*innen sichere Alternativen zu bieten, muss die Infrastruktur für Radfahrende jetzt schnellstmöglich ausgebaut werden. Das ist nicht nur erstrebenswert, um die Lebensqualität in unserer Stadt durch weniger Lärm und Abgase zu verbessern, sondern auch notwendig, um den Druck auf den ÖPNV zu reduzieren und so allen eine sichere Mobilität zu ermöglichen.

Der Lockdown hat Stärken der Digitalisierung gezeigt: Home-Office, Video-Konferenzen oder Onlineverkauf durch den lokalen Einzelhandel konnten einen kompletten Stillstand verhindern. Dabei wurden aber auch große Lücken sichtbar. Diese Lücken müssen schnell gefüllt werden. Die Stadt muss große Anstrengungen unternehmen, um dem Anspruch der Digitalen Modellstadt gerecht zu werden. Das gilt für alle Bereiche, vor allem aber für die Verwaltung selbst und für die Schulen.

Denn besonders heftig treffen die Beschränkungen Schülerinnen und Schüler. Kinder ohne Vorbereitung ins Home-Schooling zu schicken schien unumgänglich, doch diese Maßnahme stellt Schulen und Eltern nun vor enorme Herausforderungen. Die Möglichkeiten zum Lernen zuhause sind sehr unterschiedlich. Für Lehrer*innen ist es umso schwieriger, zu verhindern, dass einzelne Schüler*innen abgehängt werden. Die dabei auftretenden Probleme auszugleichen, wird die Schulen länger beschäftigen.

Die Aufgabe der Stadt ist es nun, die Schulen zu unterstützen und so auszustatten, dass Bildung auch in schwierigen Zeiten bestmöglich gelingen kann. Das umfasst insbesondere die technische Infrastruktur, aber auch den Raumbedarf der Schulen. Und auch außerhalb der Schulen muss Bildung, insbesondere Ausbildung, weiter möglich sein und wenn nötig unterstützt werden.

Um Familien in dieser schwierigen Situation zu entlasten, sind kreative Ideen für Betreuungsangebote zu fördern und unbürokratisch zu unterstützen. Die Kontaktbeschränkungen dürfen Familien nicht in veraltete Rollenbilder zwingen.

Corona hat gezeigt, wie wichtig eine soziale Stadt ist. Aachen hat es geschafft, auch in dieser Extremsituation die Schwachen nicht im Stich zu lassen. Die plötzliche Krise hat aufgezeigt, was Verwaltung und Verbände leisten können. Diese Stärken der Stadt wol-

len wir weiter unterstützen und ausbauen.

Zugleich wurde deutlich, wie wichtig eine solidarische Stadtgesellschaft und das Engagement der Bürger*innen sind. Wir wollen dieses solidarische Klima in der Stadt erhalten und das beeindruckende Engagement der Bürger*innen unterstützen.

Auch haben wir gesehen, wie wichtig die kommunale Selbstverwaltung ist und wie leistungsfähig sie sein kann. Letztendlich brauchte es Kompetenz und Verantwortung vor Ort, um die konkreten Maßnahmen des Lockdowns umzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, diese kommunale Selbstverwaltung zu stärken und die Verwaltung gut auszustatten. Dazu gehört auch eine gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und zwischen Rat und Verwaltung. Wichtig ist dabei auch die Transparenz von Kommunalpolitik und Verwaltung.

Die finanzielle Lage der Stadt Aachen wird sich durch Corona enorm verschlechtern. Einnahmen gehen zurück und gleichzeitig steigen die Ausgaben. In dieser Situation ist die Stadt mehr als zuvor auf nachhaltige finanzielle Unterstützung durch Land und Bund angewiesen. Die verschlechterte finanzielle Lage darf nicht dazu führen, dass wichtige Zukunftsinvestitionen aufgeschoben oder gar zurückgefahren werden. Selbstverständlich ist auch die Stadt in der Pflicht, ihren Haushalt auf den Prüfstand zu stellen.

Corona hat auch gezeigt, welche Lücken entstehen, wenn Kunst und Kultur nur noch online stattfinden können, Sport nur noch alleine und unter Umständen nur noch zuhause betrieben werden kann und viele andere Aktivitäten für Bildung und Freizeit aus dem Alltag verschwinden. Das bestärkt uns darin, diesen Bereichen und insbesondere den Menschen, die dort tätig sind, auch in Zukunft die verdiente Wertschätzung entgegen zu bringen.

Eine besondere Herausforderung sind die Folgen der Pandemie auch für den lokalen Handel. Dabei trägt gerade in Krisenzeiten eine lokale Versorgung zu mehr Sicherheit und Stabilität bei. Zum Erhalt des lokalen Einzelhandels ist nun kurzfristige Unterstützung nötig. Es müssen aber auch Konzepte für die längerfristige Entwicklung erarbeitet werden.

Die unerwartete Krise hat vielen Menschen in der Stadt großen Schaden zugefügt. Einige sind in existentielle Schwierigkeiten geraten. Wir sehen es als Pflicht der Stadt und der Stadtgesellschaft, diese Menschen ohne Wenn und Aber und unbürokratisch zu unterstützen.

Umwelt

Klimaschutz und Kommunale Energiewende

Die Klimakrise bedroht in existenzieller Weise die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit. Aber noch können wir, wenn wir schnell und entschlossen handeln, die Auswirkungen der Klimakrise begrenzen.

Am 12. Dezember 2015 haben 197 Staaten gemeinsam auf der UN-Klimakonferenz in Paris beschlossen, die Erderwärmung auf unter 1,5 ° C zu begrenzen. Für uns in Aachen bedeutet das konkret, dass uns nur noch ein Restbudget von ca. 16 Mio. Tonnen CO₂ bleibt. In Zeit umgerechnet heißt das, wir können nur noch 8 Jahre weiter so viel CO₂ emittieren wie bisher, danach ist das Restbudget aufgebraucht und die Emissionen müssten bei Null sein. Realistischer ist es, dass wir die erlaubten Rest-Emissionen über einen längeren Zeitraum verteilen, dann müssen wir aber um so schneller mit der Reduzierung der Emissionen beginnen! Dieses Konzept des CO₂-Restbudgets macht deutlich, wie dringend eine radikale Veränderung notwendig ist. Auf Initiative von uns GRÜNEN hat die Stadt die Einhaltung des Restbudgets als kommunales Klimaziel beschlossen. Wir sehen diese Obergrenze als Grundlage für das politische Handeln in den nächsten Jahren an und wollen die dazu nötige sozialökologische Transformation in Aachen anstoßen. Durch diesen Weg haben wir die Chance unsere Lebensgrundlage zu sichern, gleichzeitig aber auch die Lebensqualität zu verbessern und Arbeitsplätze und Know-How in der Region zu schaffen und zu halten.

Solarenergie

Die größten Chancen zur kommunalen, regenerativen Energieerzeugung liegen auf Aachens Dächern! Wir GRÜNE möchten an die Vorreiterrolle, die Aachen schon einmal eingenommen hat, als der Photovoltaik mit einer gesicherten Einspeisevergütung auf die Beine geholfen wurde, anknüpfen. Wir fordern deshalb einen Neustart der Solarenergienutzung in Aachen. Gemeinsam mit allen beteiligten Akteuren, z.B. dem lokalen Handwerk, den Banken, der STAWAG, der Energieberatung etc., wird eine Strategie entwickelt, wie auf möglichst vielen Dächern Solarenergieanlagen installiert werden können. Dazu zählen alle Dächer von Parkhäusern und in Gewerbegebieten genauso wie die Einfamilienhäuser in Aachen. Für die vielen Häuser mit mehreren Parteien soll ein spezielles Mieterstrom-Modell mit der STAWAG entwickelt werden, damit auch dort erneuerbarer Strom erzeugt und effizient bei den Verbraucher*innen vor Ort genutzt werden kann.

Um diesem Neustart der Solarenergie Schwung zu verleihen, soll die Stadt Aachen ein Programm zur Anschub-Finanzierung auflegen. Ergänzend zu den Zuschüssen, die durch die STAWAG gewährt werden, kann so ein Anreiz geschaffen werden, Solarenergie auf und an Häusern zu nutzen. Außerdem soll ein Beratungsangebot Bürger*innen bei der Planung unterstützen und Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen.

Ein weitere wichtige Maßnahme ist der massive Ausbau der Solarenergie auf städtischen Dächern: Durch Direktvermarktung, also die Eigennutzung der Energie und die Weiterleitung zu anderen städtischen Verbrauchern, kann die Sonnenenergie effizient und auch wirtschaftlich genutzt werden. Wenn wir unsere Klimaziele nicht wieder verfehlen wollen, darf auf neu gebauten Dächern heute die Solarenergie nicht mehr fehlen. Deswegen fordern wir GRÜNE eine partielle Pflicht für die Nutzung von Solarenergie bei Neubauten (vgl. Solarsiedlung in Laurensberg). Auch auf Freiflächen sollen die Rahmenbedingungen für die Energieerzeugung durch Photovoltaik verbessert werden, um die Potenziale voll auszuschöpfen: Zum Beispiel auf alten Deponien und an Bahnstrecken und Autobahnen kann sehr effizient Strom erzeugt werden, ohne die Konflikte um Flächennutzung weiter zu verschärfen. Zusätzlich soll sich die Stadt gemeinsam mit den Hochschulen für die Nutzung von Solarenergie auf den Gebäuden von RWTH und FH sowie des BLB NRW einsetzen.

Wichtig ist zusätzlich, dass die Pionier*innen der Solarenergie nicht vergessen werden: Die ersten Anlagen fallen in den nächsten Jahren aus der Förderung, wir werden uns daher für ein Förder- und Beratungsprogramm einsetzen, damit die Anlagen solange nachhaltig Strom erzeugen wie möglich.

Windenergie in Aachen

Auf Aachener Stadtgebiet bestehen außerdem noch immer Potentiale für neue Windenergieanlagen. Wir möchten diese Möglichkeiten in einem Dialog mit allen Beteiligten ausloten, also mit möglichen Betreibern wie der STAWAG oder Energiegenossenschaften und den Umweltverbänden. Dabei stehen Bürger*innenbeteiligung und Stadtentwicklung, aber vor allem Klima- und Artenschutz im Mittelpunkt und sollen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Um die Akzeptanz für Windräder zu steigern, sollen finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden, vorrangig für die Anwohner*innen von neuen Anlagen. Außerdem müssen viele Windkraftanlagen der ersten Generation in den nächsten Jahren erneuert werden. Bei diesem „Repowering“ werden weniger Anlagen, die dafür moderner und leistungsstärker sind, die vorhandenen Windräder auf ihren Flächen ersetzen.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt diesen Prozess proaktiv begleitet und alle Beteiligten einbindet, um gemeinsam Lösungen zu finden. Das Ziel heißt: Mehr Windenergie, nicht weniger!

Speicherinfrastruktur mit smartem Leistungsmanagement entwickeln und aufbauen, Sektorenkopplung ausbauen

Damit die Energiewende hin zu Erneuerbaren Energien gelingt, braucht es auch Energiespeicher und ein intelligentes Leistungsmanagement. Eine Speicherinfrastruktur ist bisher in Aachen noch nicht vorhanden. Sie wird aber in den nächsten Jahren notwendig werden. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt und kommunale Unternehmen eine Speicherinfrastruktur entwickeln und aufbauen, die durch ein smartes Leistungsmanagement überwacht und gesteuert wird. In diesem Zusammenhang muss auch das Thema Sektorenkopplung, das heißt die Vernetzung der Sektoren Elektrizität, Wärmeversorgung/Kälte, Verkehr und Industrie unter den Aspekten Energieeffizienz, Versorgungssicherheit und Klimaschutz vorangetrieben werden.

Energie einsparen

Der einfachste Weg zur Klimaneutralität ist es, wenn wir weniger Energie verbrauchen. Wir GRÜNE möchten deswegen mit einer Aufklärungskampagne und Vorzeigeprojekten für das Thema Energieeffizienz werben. Genauso muss die Energieeffizienz von Projekten noch stärker in städtebaulichen Verträgen verankert und bei städtischen Beschaffungen berücksichtigt werden.

Energiearmut bekämpfen

Eine gute Energieberatung hilft nicht nur dem Klima, sondern auch dem Geldbeutel. Um Energiearmut und Energiesperren zu vermeiden, wird in Aachen von Verbraucherberatung und Stawag gemeinsam das Landesmodellprojekt „NRW bekämpft Energiearmut“ umgesetzt. GRÜNE Politik in Aachen unterstützt diesen sehr erfolgreichen Ansatz. Kompetente Beratung und Unterstützung beim Einsatz und bei der Anschaffung energieeffizienter Geräte sowie eine Stärkung der Finanz- und Planungskompetenzen hilft den Verbraucher*innen. So kann der eigene Energieverbrauch gesteuert und gesenkt werden.

Dezernat Umwelt- und Klimaschutz

Um die Wichtigkeit des Klimanotstands in der Struktur der Stadtverwaltung widerzuspiegeln, fordern wir GRÜNE die Einrichtung eines eigenen Dezernats für die Anliegen Umwelt- und Klimaschutz. Formal wurde bereits beschlossen, dass dem Thema höchste Priorität eingeräumt wird, jetzt muss sich auch in jeder konkreten Entscheidung zeigen, dass im Zweifel für den Klimaschutz entschieden wird. Dafür bedarf es einer starken Stimme im Verwaltungsvorstand.

Wärme

Auch die Umstellung unserer Wärmeversorgung auf erneuerbare Energien ist möglich und dringend nötig. Wir sprechen uns daher für eine starke Ausweitung der Energie- und Verbraucher*innenberatung aus, damit weniger Wärmeenergie gebraucht wird oder verloren geht. Außerdem setzen wir uns für Quartierslösungen ein, also die gemeinsame, effiziente Wärmeversorgung von vielen Häusern. Der Einbau von Solarthermie und Wärmepumpen soll zusätzlich gefördert werden. Gleichzeitig werden Anreize geschaffen, damit die energetische Gebäudesanierung im Bestand signifikant erhöht wird.

Ressourcenschonendes Bauen

Der Verbrauch an nicht-nachwachsenden Ressourcen und der Ausstoß von CO₂ im Gebäudesektor stellen uns vor große Herausforderungen. So werden gegenwärtig etwa 8% der weltweiten CO₂ Emissionen alleine durch die Herstellung von Zement verursacht. Der Rohstoff Sand zur Herstellung von Beton ist mancherorts zur Mangelware geworden. Ebenso verursacht der Gebäudesektor etwa die Hälfte des Müllaufkommens in Deutschland, sowie rund 40% des gesamten Energieverbrauchs. Auf der anderen Seite müssen wir schnell und günstig neuen Wohnraum schaffen. Die Reduzierung der negativen ökologischen Folgen des Bauens ist somit ein wichtiges klimapolitisches Ziel.

Wir GRÜNE wollen das Konzept der Life-Cycle-Analysis, also dem Betrachten aller entstehenden Umweltwirkungen über den gesamten Lebenszyklus eines Produktes, für den Gebäudesektor fördern und etablieren (vgl. Factor-X Projekt in Inden).

Das bedeutet, dass nicht nur der Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen über die gesamte Nutzungsdauer eines Neubaus betrachtet werden, sondern auch die Energie, die zur Herstellung der Materialien benötigt wird. Dieser ‚Neue Aachener Standard‘ für Neubauten und Sanierungen setzt klare Standards und Anreize für ressourcenschonendes

Bauen. Bei genauer Betrachtung der Energieverbräuche wird deutlich, dass die Bilanz von Neubauten, trotz besserer Dämmung, über längere Zeiträume betrachtet schlechter ist als die von Bestandsbauten. Aus diesem Grund muss vor einem möglichen Abriss auch ein Umbau- oder Erweiterungskonzept erstellt und geprüft werden. Ist ein Abbruch unumgänglich, sollten die Gebäude als urbane Minen genutzt werden, das heißt, die Materialien werden nach Möglichkeit ortsnahe wiederverwendet.

In städtebaulichen Verträgen von großen Projekten, z.B. Richtericher Dell oder Campus West, können diese Aspekte sehr gut rechtlich verankert werden. Damit bietet sich die Möglichkeit, den Aspekt der Nachhaltigkeit auch in diesen Zukunftsprojekten festzuschreiben und konkrete Leuchtturm-Bauten umzusetzen. Diese Leuchtturm-Projekte können sich für die internationale Bau- und Technologieausstellung RHEINISCHES ZUKUNFTSREVIER bewerben und so an den Fördermitteln für den Strukturwandel im Rheinischen Revier teilhaben.

Strukturwandel im Rheinischen Revier

Die Stadt Aachen als großer Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort spielt auch eine wichtige Rolle als Randkommune des Rheinischen Braunkohlereviers. Wir fordern einen konsequenten und schnellen Ausstieg aus der Kohle und möchten als Stadt Aachen eine aktive Rolle als Forschungsstandort im kommenden Strukturwandel einnehmen, zum Beispiel als Wasserstoff-Modellregion und mit Beiträgen in der Batterieforschung, Energiespeicherung und beim Thema Smart Grids.

Tihange abschalten

Auch nach unserem 40. GRÜNEN Geburtstag in diesem Jahr bleiben wir bei unserer strikten Haltung gegen die Nutzung von Atomkraft: Wir werden uns weiterhin für einen schnellen, weltweiten Ausstieg einsetzen, denn nicht nur die Reaktoren in Tihange gehören schnellstmöglich abgeschaltet! Genauso setzen wir uns für den Stopp der Brennelementelieferungen ein. Für den geplanten und inzwischen genehmigten Bau eines Atomüllzwischenlagers in Tihange fordern wir höchste Sicherheitsstandards.

Wir GRÜNE fordern eine grenzübergreifende Energiewende: Mit starker Vernetzung und Unterstützung können wir unsere belgischen Nachbarn am besten überzeugen.

Naturschutz, Landwirtschaft und Ernährung

Neben dem Klimawandel ist der Verlust der Biodiversität und vieler Naturräume die größte ökologische Herausforderung unserer Zeit. Unser Ziel ist es daher, die Artenvielfalt und Biomasse in Aachens Landschaften wieder zu erhöhen und die Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten. Die Böden müssen geschützt werden. Auch dem Grundwasser und den Oberflächengewässern gilt unsere besondere Fürsorge.

Strukturwandel in der Landwirtschaft proaktiv begleiten

Um die Tier- und Pflanzenwelt unserer Natur besser zu schützen, muss auch die Landwirtschaft ökologische Zusammenhänge stärker berücksichtigen. Grünlandflächen und Äcker haben wichtige ökologische Funktionen als Lebensraum für viele, inzwischen oft seltene Tier- und Pflanzenarten. Die dazugehörigen Feld-, Wiesen- und Wegraine leisten einen besonders hohen Beitrag und müssen respektiert und fachgerecht bearbeitet werden. Wir wollen im Dialog mit den Bäuer*innen eine naturverträgliche, nachhaltige Landwirtschaft in Aachen fördern. So kann steuernd auf Probleme wie die Überdüngung und den Einsatz von Pestiziden eingewirkt und auch dem Höfesterben entgegengewirkt werden. Für die Umstellung auf naturverträgliche Landwirtschaft brauchen die Landwirt*innen Planungssicherheit und Absatzmöglichkeiten. Wir GRÜNE wollen daher die Vermarktungsmöglichkeiten für regionale und naturverträglich erzeugte Produkte verbessern, z.B. durch die Nutzung von ohnehin leerstehenden Ladenflächen in der Innenstadt. Noch wichtiger ist, dass die Absatzbedingungen für Händler*innen von regionalen und naturverträglich erzeugten Produkten auf dem Wochenmarkt verbessert werden und eine neue Marketingstrategie für diesen ausgearbeitet wird. Bei zukünftigen Ausschreibungen für städtisches Catering und kommunal betriebene Kantinen, z.B. für städtische Veranstaltungen und in Schulen, Kitas und städtischen Betrieben, soll außerdem eine feste Quote für regionale und ökologische Produkte festgelegt werden - sofern diese lieferbar sind. Für die Produkte, die weiterhin überregional beschafft werden, sollen der CO2-Fußabdruck berücksichtigt und Fairtrade zertifizierte Produkte bevorzugt werden.

Gleichzeitig können Instrumente wie der Vertragsnaturschutz, also die Vereinbarung zwischen Landwirt*innen und dem Umweltamt zur ökologischen Aufwertung oder Nicht-Nutzung von Flächen gegen eine Vergütung, und vergünstigte Pachtverträge auf kommunalen Liegenschaften als Anreize für den Verzicht von Pflanzenschutzmitteln genutzt werden. So kann zielgenau auf ökologisch besonders wertvollen Flächen eine Verbesserung erreicht werden.

Ernährung

Am Ende kommt es auch darauf an, was bei den Verbraucher*innen auf den Teller kommt: Die Aufklärung über die gesundheitlichen, ökologischen und klimarelevanten Aspekte unserer Ernährung muss weiter ausgebaut werden, vom Kindergarten bis ins hohe Alter. Wir fordern außerdem eine Unterstützung der Mensen, Kantinen und Cafeterien, damit auch dort der Wandel zu ökologischem und regionalem Essen beschleunigt wird, insbesondere mit dem Ausbau von vegetarischen und veganen Angeboten.

Artenvielfalt und Naturschutz

Wir GRÜNE machen uns stark für einen konsequenten Schutz der Artenvielfalt: Neben einer Stärkung und Betreuung der vorhandenen Landschafts- und Naturschutzgebiete setzen wir uns für die Erhöhung der geschützten Flächenanteile ein (Landschaftsplan und Flächennutzungsplan). Nur so kann unsere wertvolle, struktur- und artenreiche Aachener Landschaft erhalten und der aktuelle massive Verlust der Artenvielfalt gestoppt werden. Dazu gehören zum Beispiel Streuobstwiesen und alte Baumbestände in naturnahen Wäldern genauso wie nicht gedüngte Blumenwiesen und Ackerrandstreifen oder Hecken mit ihren unterschiedlichen ökologischen Funktionen. Das neu initiierte Forschungsprojekt FLIP und die Umwelt- und Naturschutzverbände sind in diesem Prozess wichtige Partner und müssen mit einbezogen werden. Der Vertragsnaturschutz durch die Landwirtschaft soll ausgeweitet werden.

Wald

Die vielfältigen Aachener Wälder bieten Raum zur umfangreichen Erholung, sind Lebensraum einer artenreichen Tier- und Pflanzenwelt und - besonders die Altwälder mit hohem Totholzanteil - wichtige CO₂-Senken. Unser Ziel ist es, ökologisch wertvolle und widerstandskräftige Wälder zu entwickeln, die mit den Veränderungen des Klimawandels zurechtkommen und gleichzeitig ihre Funktionen für die Stadt erhalten. Entsprechend der Nationalen Biodiversitätsstrategie sollen etwa 10% der Aachener Wälder aus der forstwirtschaftlichen Nutzung genommen werden.

Grün in der Stadt

Auch in der Stadt haben Pflanzen wichtige Funktionen. Sie tragen zu Luftqualität und Mikroklima genauso bei wie zu einer erhöhten Lebensqualität. Wir setzen uns für Grün in der Stadt ein, nicht nur in Aachens Parks, sondern auch im restlichen Stadtbild.

Sichtbar mehr Grün

Wir GRÜNE bekräftigen das städtische Ziel, 10.000 neue Bäume bis 2030 im Stadtgebiet zu pflanzen, weil Bäume die Luftqualität verbessern, Schatten spenden, die Stadt abkühlen und lebenswerte Räume schaffen. Als wichtiges Instrument zur transparenten Kartierung von Bäumen in der Stadt möchten wir ein interaktives Baumkataster einrichten, in dem Bürger*innen einsehen können, wie es um Aachens Bäume bestellt ist, und Vorschläge für neue Standorte machen können. Wir wollen außerdem Initiativen und Vereine fördern, die sich für mehr Grün in der Stadt einsetzen, und sie bei der Flächensuche unterstützen. Aber auch auf und an Gebäuden soll unsere Stadt grüner werden: Wir GRÜNE werden Fassaden- und Dachbegrünung fördern und bei Neubauten verpflichtend einfordern, wo dies rechtlich möglich ist. Für bestehenden Gebäude soll ein Beratungsprogramm aufgelegt werden, damit auch dort das Potenzial für mehr Grün an und auf unseren Häusern ausgeschöpft wird. Zur Verbesserung der Artenvielfalt sind bei der Gestaltung der Grünanlagen bevorzugt vielfältige, klimaresistente, einheimische und insektenfreundliche Gehölze und Blumen zu verwenden, außerdem sollen große Anteile der Grünflächen nur extensiv bearbeitet werden.

Besonders wichtig sind uns auch Aachens Spielplätze: Sie sind oft Grüninseln in der Stadt und schaffen dringend benötigte Freiräume für Kinder. Wir setzen uns für den unbedingten Erhalt, die Aufbereitung und die qualitativ hochwertige grüne Gestaltung der Spielplätze in Aachen ein.

Klimafolgenanpassung

Auch für unsere Stadt sind die Folgen des Klimawandels bereits spürbar. Der konsequente Erhalt der Aachener Grünfinger und Kaltluftschneisen hat daher absolute Priorität, um die positive Wirkung auf Temperatur und Luftqualität zu erhalten. Auch mehr Wasser in der Stadt kann an heißen Tage helfen: Wir werden uns dafür einsetzen, die Offenlegung der Aachener Bäche voranzutreiben. Auch die Einrichtung öffentlicher Trinkbrunnen in der Stadt ist hilfreich. Gleichzeitig muss die Stadt gerüstet sein für Starkregenereignisse. Wir fordern deswegen bei Neubauten oder Umgestaltungen in der Stadt, weniger Fläche zu versiegeln und stattdessen Regenrückhaltebecken und Versickerungsflächen zu schaffen.

Kleine Grünflächen

Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass auch kleine Grünflächen wie Vorgärten zur Verbesserung des Kleinklimas erhalten bleiben. Ihre Funktion für die Luftqualität und die Aufenthaltsqualität ist hoch. Eine entsprechend gestaltete Vorgartensatzung ist zu überprüfen. Beratung für Bürger*innen soll eingerichtet werden. Sowohl im Innenstadtbereich als auch in den Wohnquartieren ist das Augenmerk auf die Schaffung und den Ausbau vorhandener Grünflächen zu richten.

Lebenswerte und Nachhaltige Stadt

Licht und Lärm

Viele Menschen in der Stadt leiden unter dem ständigen Lärm. Wir fordern Schutzmaßnahmen an besonders betroffenen Orten und eine Umsetzung der langfristigen Maßnahmen aus dem Lärmaktionsplan, also zum Beispiel verkehrsberuhigte Bereiche und die Förderung von Lärmschutzmaßnahmen. Für viele Tiere ist zusätzlich die Lichtverschmutzung ein großes Problem, dem wir mit insektenfreundlicher Beleuchtung und intelligenter Steuerung begegnen können.

Nachhaltige Beschaffung

Aachen ist Vorreiter als Fairtrade-Town und unterstützt damit den Fairen Handel. Diesen Weg wollen wir GRÜNE konsequent weitergehen, indem wir uns für eine wirklich nachhaltige Beschaffung durch die Verwaltung der Stadt einsetzen, die beide Aspekte von Nachhaltigkeit berücksichtigt: die Fairness und die Umweltverträglichkeit. Das bedeutet zum Beispiel, dass in Stadtverwaltung, städtischen Eigenbetrieben, Schulen und bei Veranstaltungen keine umweltbelastenden Produkte (Plastikgeschirr etc.) mehr genutzt werden sollen.

Für die Beschaffung gilt dann: Wo es nach technischen Anforderungen möglich ist, muss ökofair beschafft werden (z.B. Kleidung für das Ordnungsamt).

Müllvermeidung

Nach dem Vorbild Amsterdam sollen Werbezeitschriften nur noch an Bürger*innen mit „Werbung bitte“..Kennzeichnung auf ihrem Briefkasten verteilt werden. Im Dialog mit den Einzelhändlern sollen Lösungen gefunden werden, um noch genießbare Lebensmittel zu retten, z.B. Regale die solche Produkte unentgeltlich anbieten. Die Mülltrennung soll verbessert werden. Dazu können die Abfuhrpreise angepasst werden oder das Einführen einer Wertstofftonne geprüft werden, die neben Verpackung auch anderes Plastik

und Metall sammeln und recyceln kann. Darüber hinaus muss in allen öffentlichen Gebäuden Mülltrennung möglich sein.

Stadtentwicklung

Unsere Stadt gemeinsam weiter entwickeln und gestalten

GRÜNE Stadtentwicklungspolitik baut auf den Qualitäten unserer Stadt auf

Aachen ist eine liebenswerte Großstadt. Sie hat euregionales Flair, ein buntes universitäres, internationales und studentisches Leben, ist einladend und weltoffen. Viele Menschen leben in der Innenstadt. Aachen hat in vielen Bereichen eine angenehme Maßstäblichkeit und eine bedeutende und attraktive historische Altstadt mit dem Weltkulturerbe Dom als Zentrum.

Aachen ist eine Stadt der kurzen Wege, umrahmt von Stadtteilen und Bezirken mit eigenen Qualitäten und Begabungen.

Der jahrelange Stillstand in der Stadtentwicklung hat dazu geführt, dass Aachen trotz seiner vielen Qualitäten nicht weiter entwickelt wurde und somit ein Abwärtstrend in Gang gesetzt wurde. Vermehrter Leerstand im Einzelhandel, „trading down“ Prozesse in Teilen der Innenstadt, massive Aufkäufe ohne weitere Objektentwicklung, Spekulation durch Investoren und exorbitante Mietsteigerungen erfordern ein starkes Auftreten und Handeln kommunaler Verwaltung und Politik.

Unser Leitmotiv ist: Allen gehört die Stadt! Wir stehen ein für eine soziale und gerechte Teilhabe an Aachens Stadtentwicklung!

Klimawandel, Masterplan und Flächennutzungsplan

Der anhaltende Klimawandel erfordert ein radikales Umdenken in der Stadtplanung: Wir müssen höher, dichter, gleichzeitig aber auch klimaschonender bauen und in den Bestand investieren. Dabei ist der Erhalt und Ausbau innerstädtischer Frei- und Grünflächen genauso notwendig wie das Anlegen von Wasser- und Rückstauf Flächen. Baumpflanzungen müssen forciert werden. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel müssen zentrale Rahmenbedingungen für alle kommunalen Entwicklungen und Planungen von Verwaltung, Bürgerschaft und Wirtschaft werden. Der städtische Masterplan 2030 muss sich diesen Herausforderungen neu stellen und daraufhin dringend fortgeschrieben werden. Der Flächennutzungsplan (FNP) - ein Planwerk, welches die Weichen für die nächsten 20 Jahre stellt - befindet sich in Neuaufstellung und weist in

die richtige Richtung. Er berücksichtigt im Wesentlichen, dass Aachen nur noch in sehr begrenztem Umfang letzte Flächenreserven für Wohnungsbau und Gewerbeansiedlung aktivieren kann. Vorhandene Freiräume, landwirtschaftliche Flächen, Wälder und wichtige Kalt- und Frischluftschneisen müssen geschützt werden.

Die regionale und euregionale Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkommunen bei der Bereitstellung von neuen Bauflächen ist daher von großer Bedeutung. Die Bereitstellung von neuen Gewerbeflächen kann nur in der Region erfolgen, z.B. auf aufgegebenen, altindustriellen Gewerbestandorten, und nicht mehr auf dem Aachener Stadtgebiet.

Wir befürworten nicht alle im neuen FNP-Entwurf ausgewiesenen Wohn- und Gewerbeflächen, insbesondere nicht in den Außenbezirken wie Haaren, Kornelimünster, Walheim, Schmithof oder Orsbach.

Aachen muss seine regenerative Energiegewinnung weiter vorantreiben und ausbauen. Dazu bedarf es neuer Wind- und Solarkonzentrationsflächen auf Aachener Stadtgebiet, aber auch der euregionalen und regionalen Kooperation.

Baukultur

Die Stadtentwicklungsplanung von heute prägt Aachens Stadtbild von morgen entscheidend auf Jahrzehnte. Darin liegt eine große Verantwortung für Politik und Verwaltung. Vieles von dem, was in den letzten Jahren in Aachen geplant und gebaut wurde, ist im Ergebnis nicht so gut geworden, wie es von Politik, Verwaltung, Projektentwicklern und Planern versprochen wurde und wie es Aachen verdient hätte.

In unserer Stadt stehen sehr große Entwicklungsvorhaben an. Wir dürfen und wollen die Chance nicht vergeben, eine qualitätsvolle Baukultur zu realisieren. Architekturwettbewerbe sind ein sehr gutes Instrument, beste Planungsqualität zu sichern. Daher fordern wir, für alle wichtigen Bauvorhaben, die Durchführung von Wettbewerben. Auch müssen der Architektenbeirat und das Planungsdezernat in ihren Rollen und ihrem Selbstverständnis gestärkt werden. Alle kommunalen Planungsinstrumente der Verwaltung müssen eingesetzt werden, damit sich insgesamt die Gestaltungsqualität in unserer Stadt verbessert. In diesem Zusammenhang spielt auch der Dialog mit der Bürgerschaft und die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern eine wichtige Rolle. Die üblichen standardisierten Beteiligungsformen sind oft nicht ausreichend. Wir wollen neue Formen des Dialogs und der Beteiligung erproben und einführen.

Wohnen in der Stadt

Aachen hat mit inzwischen fast 260.000 Einwohner*innen eine enorme Wohnungsnachfrage, die nicht ausreichend bedient wird. Nach bezahlbarem und öffentlich gefördertem Wohnraum besteht ein großer Bedarf.

Verfügbares Bauland für den Wohnungsneubau wird immer knapper, letzte Lücken für Nachverdichtungen in der Innenstadt müssen entwickelt werden. Der freie Wohnungsmarkt bedient fast ausschließlich ein hohes Mietsegment und ist als Instrument zur Marktregulierung nicht wirksam. Hier ist kommunales, verantwortliches Steuern und Weiterentwickeln im Sinne von bezahlbaren Wohnungsangeboten notwendig. Quotenvorgaben für den Bau von öffentlich geförderten Wohnungen für Investoren sind zwingend geboten.

Der Wohnflächenverbrauch jeder/s Einzelnen ist in den letzten Jahrzehnten stark gestiegen, wir wohnen alle in immer größeren Wohnungen. Hier wollen wir Alternativen anbieten und andere Wohnformen wie z.B. „Cluster“-Wohnungen (individuelle Kleinwohnungen mit räumlich angeschlossenen großen Gemeinschaftsbereichen) fördern. Es sollen hierzu z.B. durch die städtische Wohnungsbaugesellschaft gewoge AG Modellprojekte umgesetzt werden. Als Beitrag der Bauwirtschaft zum Klimaschutz wollen wir Modellprojekte im Holzbau, z.B. bei möglichen Gebäudeaufstockungen, initiieren.

Die derzeit in großer Zahl entstehenden studentischen Einraumwohnungen, in Einzelbesitz vermarktet und mit extremen Mietpreisen, können auf zukünftige Bedürfnisse nicht flexibel reagieren und zeigen eine falsche Entwicklung. Wir wollen diese Entwicklung mit kommunalen Steuerungsinstrumenten eindämmen und für die Zukunft verhindern.

Aachens Innenstadt neu denken und umgestalten

Die qualitätsvolle Umgestaltung des öffentlichen Raums, der Wege und Plätze in der Altstadt rund um das Weltkulturerbe Dom und Katschhof ist weitgehend erfolgreich abgeschlossen. Großzügige Fußgängerbereiche und historische Plätze bieten eine hohe Qualität. Die steigenden Touristenzahlen in Aachen sowie zahlreiche Hotelneubauten stehen dafür.

Aber an vielen Stellen hat sich Aachens Innenstadt zur „Mittelmäßigkeit“ und

„Beliebigkeit“ entwickelt, anstatt Profil und Qualität als Oberzentrum und Europastadt zu entfalten. In Teilen der Innenstadt hat ein „trading-down“ Prozess eingesetzt. Ein hoher Leerstand von Einzelhandelsflächen, besonders in den etablierten Fußgängerzonen, ist nicht zu übersehen und alarmierend. Alteingesessene, große Ladenketten oder Kaufhäuser wie „Lust for life“: C&A, P&C sind betroffen, schließen, bauen oder investieren nicht mehr oder verkleinern sich massiv. Gründe hierfür sind u.a. der stetig zunehmende Online-Handel mit seinen negativen Folgen für unsere Innenstadt als Einkaufsstadt. Auf den Wandel im Konsumverhalten wurde in der Stadt noch nicht durch neue passende Angebote reagiert.

Wir müssen unsere Innenstadt neu erfinden und in Zukunft an anderen Maßstäben als nur dem Einkaufen und dem Handel ausrichten. Aachens Einkaufszonen werden sich verkleinern und konzentrieren müssen. Wir wollen diesen notwendigen Wandlungsprozess aktiv begleiten. Beispielsweise können in der Großkölnstrasse oder in der unteren Adalbert- und Stiftstrasse leer liegende Handelsflächen neu gedacht werden.

Denkbar sind Mischkonzepte aus Wohnen, Gewerbeansiedlungen (nicht nur Einzelhandel), innovativen Büroflächen mit Co-working Arbeitsplätzen oder auch durch die frequenzbringende Neuansiedlung von Hochschulinstituten und Lehrinrichtungen der RWTH/FH in der Innenstadt.

Der Handel ist gefordert, mit neuen innovativen Einzelhandelskonzepten wie z.B. mit nachhaltigen und gemischten Produktangeboten, show-rooms für einen regional organisierten Online-Handel oder pop-up stores neue Wege zu gehen.

Aachen braucht einen neuen, urbanen und kulturell geprägten Nutzungsmix. Einkaufen wird mit Kultur, Bildung, Freizeit, Vergnügen, Aufenthalt, Entspannung, Sport, Dienstleistungen, Gastronomie, Grünflächen und Baukultur verknüpft. Dies gilt es mit der Stadtgesellschaft kommunikativ und kooperativ zu entwickeln.

Eine große Bedeutung kommt der Neuanlage und Gestaltung von innerstädtischen konsumfreien Grün-, Spiel- und Aufenthaltsflächen zu. Die in Aachen immer wieder geäußerte und berechtigte Sehnsucht nach Wasser in der Stadt wollen wir endlich mit einem Gesamtkonzept zur Freilegung der zahlreichen unterirdisch verrohrten historischen Bachläufe Raum verschaffen. An Orten wie Hirschgraben, Komphausbadstraße, Jakobstraße/Rennbahn, Willy Brand Platz, Synagogenplatz, Neupforte können Aachener Bäche wieder sichtbar und erlebbar werden.

Das geltende Aachener Innenstadtkonzept 2022 als Grundlage für Fördermittel aus der Städtebauförderung von Land und Bund muss in seiner Fortführung den notwendigen Umbau und eine Neuausrichtung unserer Innenstadt stärker als bisher berücksichtigen und dazu neue Lösungen erarbeiten.

Vielfältige Investorenlandschaft

Stadtentwicklung ist immer auch auf private, in der Regel kommerzielle Projektentwickler und Investoren angewiesen. In Aachen sind es nur wenige Unternehmen und Personen, die in sehr viele und auch in fast alle städtebaulich wichtigen Projekte involviert sind. Diese Beschränkung auf einige wenige Akteure ist nicht gut für die Stadt, da sie starke Abhängigkeiten schafft und Konkurrenz verhindert. Konkurrenz ist aber wichtig im Ringen um alternative und auch um bessere Konzepte. Wir werden nach Möglichkeiten suchen, diese Beschränkung im Wettbewerb in Aachen zu beenden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist, dass die Stadt einen besseren Zugriff auf Grundstücke mit Entwicklungspotenzial erhält. Voraussetzung ist auch, dass die Stadt selbst vorausschauend Entwicklungspotenziale untersucht und ggf. entsprechende Grundstücke für sich sichert.

EINZELPROJEKTE

Die Aachener Hochschulen und ihre Entwicklung

Die Campus Projekte der RWTH und FH geben der gesamten Stadt einen enormen Schub, vieles ist bereits entstanden bzw. im Entstehen. Mit dem Campus West an der Schnittstelle zur Innenstadt und zum Campus Innenstadt hat Aachen die historische Chance und Aufgabe, ein lebendiges neues Stück Stadt zu planen und zu bauen. Momentan wird der Campus West in seiner Nutzung sehr monofunktional geplant, diese Entwicklung müssen wir verbessern und Veränderungen im Konzept einfordern. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass ergänzend zu neuen Gebäuden für Forschung und Lehre auch studentisches Wohnen und Wohnen für Familien, Gastronomie, Kultur und Sport ihren Platz finden. Der historische Ringlokschuppen ist perfekt geeignet als Location für Kultur, Musik und Kneipen. Der Campus lebt nur, wenn auch abends dort gewohnt, eingekauft, gejoggt und gefeiert wird. Der Umzug und Neubau des Berufskollegs aus der Lothringer Straße auf den Campus West wäre eine weitere gute Ergänzung.

Der Bausektor hat einen hohen Anteil an unserem CO₂-Ausstoß. Der Campus kann hier als das größte Entwicklungsvorhaben der Region Maßstäbe setzen, indem er Kreislauf-

wirtschaft und ressourcenschonendes Bauen vorlebt. Das wollen wir in den Planungszielen vertraglich verankern und zum Aushängeschild für vorbildliche klimaschonende „cradle to cradle“ Stadtentwicklung und Bauen machen. So kann eine nachhaltige Verbindung zwischen einer hochmodernen Forschung der RWTH und ihren Gebäuden geschaffen werden.

Als Campus der kurzen und attraktiven Wege brauchen Fußgänger*innen und Radfahrer*innen einen kurzen Brückenschlag vom Campus West zum Campus Melaten und zum Seffenter Weg. Die hierfür notwendige Brücke muss von Beginn an mit geplant, finanziert und gebaut werden. Der Campus Innenstadt bedarf einer Modernisierung, um die Verzahnung mit Aachens Innenstadt und die Präsenz der Hochschule in der Stadt zu erhöhen. Das denkmalgeschützte Karman Auditorium muss saniert werden. Hier kann an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit ein neuer öffentlicher Raum für die ganze Stadtgesellschaft entstehen.

An anderer Stelle in der Stadt entwickelt die FH ihren Campus an der Eupener Straße ambitioniert weiter. Eine Entwicklung, die auch hier über das Quartier hinaus wirken wird. Eine für die Innenstadt sehr wichtige Kaltluftschneise verläuft über das Grundstück und muss bei den Planungen berücksichtigt werden. Eine neue Verbindung für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen von der Habsburgerallee zur Eupener Straße schafft wichtige Verbindungen im Stadtgefüge. Eine hochwertige Architektur muss über Architekturwettbewerbe gewährleistet werden.

Erweiterung Klinikum

Fast eine halbe Milliarde Euro wird das Land NRW in den nächsten Jahren in das Universitätsklinikum der RWTH Aachen und dessen Erweiterung investieren. Die Stadt schafft mit Bebauungsplänen das notwendige Baurecht. Die meisten Planverfahren sind auf dem Weg und wurden von uns kritisch und konstruktiv begleitet. Mit dem Wettbewerb für das neue unterirdische OP Zentrum wurde hochwertige Architektur sichergestellt. Diesen Weg, Planungsqualität auch bei zukünftigen Erweiterungsbauten über Wettbewerbe abzusichern, werden wir immer wieder neu einfordern. Genauso muss ein kluges Verkehrskonzept jetzt schon Berücksichtigung finden, ein Anschluss an eine zukünftige Stadtbahn darf nicht „verbaut“ werden.

Die Entwicklungspläne sichern langfristig den Standort und schaffen neue Arbeitsplätze in allen klinischen Bereichen. Das Klinikum wird für seine Mitarbeiter*innen Wohnungen benötigen und muss hier selbst auch aktiv werden. Das werden wir fördern und fordern.

Quartiersentwicklung Büchel

Die Stadt Aachen hat am Büchel einen großen Teil an Grundstücken gekauft. Zur Projektentwicklung, Steuerung und Vermarktung wurde die städtische Entwicklungsgesellschaft SEGA gegründet.

Sie hat seit Anfang 2020 die Regie der Entwicklung des Quartiers Büchel übernommen und wird diese vorantreiben. Dies gibt Aachen die Chance, dieses Projekt nun verstärkt nach kommunalen Ansprüchen, Qualitäten und Kriterien gemeinsam mit der Stadtgesellschaft zu gestalten. Der von den GRÜNEN geforderte Abriss des Parkhauses ist, nach fast 25 Jahren Diskussion, für Anfang 2021 vom Rat fraktionsübergreifend beschlossen worden. Einen räumlich verkleinerten, baulich verbesserten Rotlichtbezirk Antoniusstraße verfolgen wir weiter. Die Stadt Aachen ist hier mit einem umfassenden Prostitutionskonzept zum Schutz der hier arbeitenden Frauen gefordert.

Wir verfolgen das Ziel einer qualitätsvollen, architektonisch anspruchsvollen Entwicklung dieses zentralen Altstadtquartiers nach den Grundzügen des Siegerentwurfs des städtebaulichen Wettbewerbs vom Büro Chapman Taylor. Die bauliche Verwirklichung soll gemeinsam mit ausgesuchten engagierten Investoren erfolgen. Wir unterstützen den diskutierten Nutzungsmix von „Wissen, Wohnen, Wiese, Wasser“. Insbesondere unterstützen wir die Idee zur Ansiedlung eines „Hochschulfensters“ der RWTH Aachen oder/und eines „Museumsfensters“ der Ludwig Stiftung am Büchel. Als Standort für einen gemeinsamen Neubau für VHS und Stadtbücherei favorisieren wir das Bushofareal.

Überplanung des Bushofgeländes

Das Bushofareal mit dem altem Kurhaus, der Komphausbadstraße, der Kirche Sankt Peter und der Alexanderstraße ist ein Bindeglied zur Innenstadt von Osten. Von hier werden die Altstadt, der Büchel und die Fußgängerzonen erschlossen. Wir wollen, dass hier ein attraktives, neues Stadtquartier mit Aufenthaltsqualität, Grünflächen und stark frequentierten öffentlichen Nutzungen entsteht. Ein „Haus des Wissens“: die konzeptionelle Modernisierung von Stadtbücherei und Volkshochschule, kann ein Ankerpunkt und Frequenzbringer sein. Gemeinsam mit einer Umnutzung der Kirche St. Peter, neuen Grün- und Freiflächen kann hier ein Bildungs-, Kultur und Wissensquartier entstehen. Die freigestellten, historischen Altbaufassaden des alten Kurhauses, und entlang der Couvenstraße, werden wieder erlebbar. Die Verbindung zum ehemaligen „Lust for Life“ und zur Mefferdatisstraße/Büchel wird gestärkt.

Grundlage für diese städtebauliche Entwicklung ist die Neukonzeption des Bushofs als ein Mobilitätsknoten für ein intelligentes, dezentrales und zukunftsfestes ÖPNV Netz

incl. Haltepunkt einer Stadtbahn. Die städtebauliche und architektonische Qualität muss über Wettbewerbe gesichert werden. Wir gehen davon aus, dass das Gebäude „Bushof“ für die neue Entwicklung weichen muss.

Umgestaltung Theaterplatz, Elisenbrunnen und öffentliche Plätze

Der Theaterplatz wird voraussichtlich ab 2022 umgestaltet und der Verkehr nur noch einseitig westlich am Theater vorbei geführt, eine von den GRÜNEN seit Jahren verfolgte Konzeption, der nun endlich gefolgt wird. Mit dem Theaterplatz als neuer Adresse kann nun der Stadtraum über den Elisenbrunnen und die Peterstraße bis zum Bushof neu gedacht werden.

Mit dem Abriss des Büchel Parkhauses kann der Individualverkehr auf der Peterstraße zwischen Hansemannplatz und Theater entfallen und auf den Liefer- und Serviceverkehr beschränkt werden. Hierdurch entsteht ein für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen attraktiver Stadtraum als verbindendes Element. Die trennende Wirkung der Busfahrbahn vor dem Elisenbrunnen muss zu Gunsten eines niveaugleichen Platzes aufgehoben werden, um den Friedrich Wilhelm Platz wieder erlebbar zu machen. Mit einem neuen Theaterplatz kann auch die Theaterstraße wieder zu dem Boulevard werden, der sie einst war. Der Bürgersteig mit der Baumallee muss den Fußgänger*innen und der Außengastronomie vorbehalten sein. Die Theaterstraße muss wieder Erste Adresse auch für Gewerbetreibende werden und die historische Anmutung neu entfalten können.

Westbahnhof: Trittstein von Campus zu Campus

Der Westbahnhof wird mit dem Ausbau von Campus West und Melaten zu einem neuen wichtigen Mobilitätsknoten und Bindeglied zum Campus Innenstadt. Hier müssen Bahn, Bus, Tram, Fahrrad, Fußgänger*innen und PKW-Verkehr miteinander vernetzt werden. Der Republikplatz vor dem Bahnhofsgebäude soll ein attraktiver, urbaner Platz werden, an dem studentisches Leben und Mobilität Raum haben. Eine barrierefreie Bahnferschließung vom Republikplatz aus zu den Gleisen gehört genauso dazu wie ein modernes Fahrradparkhaus.

Verlagerung Bendplatz zur Breslauer Straße

Die Campuserwicklung der RWTH wird im Aachener Westen ein neues Stadtquartier entstehen lassen. Die schon heute wegen seiner Emissionen problematische Lage des städtischen Veranstaltungs- und Kirmesplatzes „Bend“ zu den nahe gelegenen Wohnquartieren bedarf einer Neuordnung. Wir sehen die Notwendigkeit, den Bend zu verlagern und damit auch seine Funktion als Veranstaltungsfläche mit möglichen Lärmmissionen langfristig zu sichern. An der Breslauer Straße bietet sich mittelfristig

auf nicht mehr notwendigen oder zu verlagernden Flächen (belasteter Sportplatz und Kleingärten) die Chance, eine städtebaulich und verkehrlich gut gelegene Veranstaltungsfläche neu zu realisieren. Die Fläche des heutigen Bendplatzes muss in die Campusentwicklung West, insbesondere zum Wohnen eingebettet und verzahnt werden. Sie braucht Übergänge in den Grün- und Freizeitbereich Lousberg.

Krefelder Straße und Sportpark Soers

Wir unterstützen eine weitere Entwicklung des Sportparks Soers. Freiflächen und landwirtschaftliche Bereiche in der Soers sollen unangetastet bleiben. Das Flächenpotential des ehemaligen Standortes des Polizeipräsidiums kann von den ortsansässigen Sportvereinen durch Hallenbauten entwickelt werden. Der Sportpark Soers soll auch als Sportfläche für jede*n öffentlich zugänglich werden. Wir wollen zügig die geplante beleuchtete Rundlaufstrecke realisieren.

Innenentwicklung Reumontstraße

Das Quartier zwischen Friedland-, Reumont- und Leonhardstraße soll beispielhaft für eine Innenentwicklung und Nachverdichtung werden. Hier wollen wir Quartiersentwicklung fördern und zeigen, dass klimaschonender und innovativer Wohnungsbau mit einem guten Mobilitätskonzept funktioniert. Die Stadt kann eigene Grundstücke einbringen und private Eigentümer*innen motivieren, gemeinsam ein Stück Stadt zu entwickeln. Das Quartier hat eine ideale Größe, um über einen eingeladenen Wettbewerb jungen Architekten*innen die Möglichkeit zu geben, innovative Konzepte im Holzbau zu realisieren.

Weitere Beispiele der Innenverdichtung

Behutsame Nachverdichtungen sind ein wichtiges Instrument, um der Wohnraumnachfrage zu begegnen.

Beim Projekt „Luisenhöfe“ zwischen Südstraße, Boxgraben/Mariabrunnstraße wollen wir keine Vergrößerung des bestehenden Hochparkhauses für das Luisenhospital zulassen. Den sogenannten BOX Park wollen wir als besonders schützenswerte Grünfläche im Baublock Südstraße/Boxgraben erhalten und sichern.

Die Nachverdichtung im denkmalgeschützten Bauinnenblock Charlottenstraße/ Sophienstraße begrüßen wir, wenn auch hier die Kriterien für eine verantwortungsvolle Nachverdichtung beachtet werden.

Soziale Stadt Aachen Forst/Schönforst/Driescher Hof

Forst braucht einen Entwicklungsschub und ist zu lange städtebaulich und in seinen sozialen Belangen vernachlässigt worden. Mit Schönforst und Driescher Hof hat Forst ein gutes Entwicklungspotenzial, das es zu heben gilt. Die möglicherweise durch die Schließung des Betonwerks entstehende Bau- und Siedlungsdynamik wollen wir moderieren und gestalten, die Nahversorgung und den ÖPNV stärken. Themen wie energetische Sanierung, Nachverdichtung, klimaschonender preisgedämpfter Wohnungsbau mit Grünräumen, Spiel- und Sportanlagen sind für uns Grundlage und Standard der Stadtentwicklung. Auch gilt es, soziale Ungerechtigkeiten zu beheben und Bildungschancen für alle Kinder gleich zu gestalten. Das Land kann hier mit dem neuen Städtebauförderprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ wertvolle finanzielle Hilfe leisten.

Hauptefallstraßen als „Stadttore“

Die Krefelder Straße hat als „Stadttor“ zur Innenstadt eine gute Entwicklung genommen. Blücherplatz, Jülicher Straße und Roermonder Straße, die ebenfalls wichtige Stadteingänge bilden, benötigen neue Konzepte.

Der Blücherplatz hat nach dem Krieg durch die Planung zur autogerechten Stadt als Endpunkt der damals neu angelegten Autobahn seinen Wert als Platz vollständig verloren. Wir wollen hier den Verkehr neu denken und den Platz mit seinem Altbaubestand, der Kirche St. Elisabeth und dem Gebäude der Musikschule wieder der Stadt als lebenswerten Stadtraum zurückgeben.

Der Ortseingang Laurensberg an der Roermonder Straße und der westliche Zugang zur Innenstadt braucht eine bauliche und verkehrliche Neuordnung. Die Niederlande machen es uns vor: ein gut geplanter Kreisverkehr ist besser als die marode Überführung einer Verkehrsplanung aus den 70ern. Dieser würde einen neuen Zugang zum Gewerbegebiet und zum Campus West über die Henricistraße stark aufwerten und die dortigen untergenutzten Gewerbeflächen würden neue Entwicklungsimpulse erhalten.

Identität von Stadt- und Ortsteilen bewahren und entwickeln

Burtscheid

Bad Aachen ist das älteste Kurbad Deutschlands, seine Ursprünge liegen in Burtscheid. Das Kur- und Badewesen in Aachen entspricht aber nicht mehr dem notwendigen Standard eines modernen Kurbades. Es muss sich grundsätzlich neu als Kur-, Bade-, Reha-

und Gesundheitsstandort aufstellen. Dazu gehört der Neubau einer Kur- und Rehaklinik an der Michaelsbergstraße und mittelfristig der Abriss der in die Jahre gekommenen Rosenquellenklinik am Kurpark. Damit wird eine Öffnung und Stärkung des Parks zur Kurbrunnenstraße erreicht, sowie eine bessere Anbindung an das Frankenbergerviertel möglich.

Vom Kurpark ausgehend soll eine durchgehende Abfolge von Plätzen und Fußgängerbereichen über den Burtscheider Markt, die Kapellenstraße bis zum Kapellenplatz und zum Ferberpark aus einem Guss entwickelt werden. Auch wollen wir die Offenlegung des „kalten“ und „warmen“ Baches an der Dammstraße und im Kurpark realisieren. Das Kurwesen ist ein großer Wirtschaftsfaktor und ein wichtiger „Kunde“ des Einzelhandels in Burtscheid. Der Abriss der Parkpalette Kleverstraße und die Entwicklung des RWTH Geländes Jägerstraße zu einem neuen innerstädtischen Wohngebiet sind für uns weitere städtebauliche Bausteine für eine Stärkung Burtscheids.

Wir unterstützen den anstehenden Ausbau der alten Hofanlage „Branderhof“ zu einem lebendigen Quartierszentrum. Die um den Hof herum neu entstehende Wohnbebauung, errichtet von genossenschaftlich organisierten Wohngruppen, kann ein wichtiger nachbarschaftlicher Impuls sein.

Brand

Auf dem ehemaligen Standort der Tuchfabrik Becker entsteht ein großes neues Wohngebiet. Hier gilt es, die städtebauliche Qualität der Bebauung zu sichern und einzufordern. Der sehr stark autogerecht orientierte und ausgebaute Stadtteil Aachen-Brand bedarf einer neuen Mobilitätsstrategie und den Ausbau eines sicheren Fahrradweges. Das Gewerbegebiet „Am Ginster“ muss zu Gunsten des angrenzenden wertvollen Landschaftsraums verkleinert werden.

Haaren

Seit Jahren werden mehrere Bausteine einer Stadterneuerung für das Zentrum von Haaren diskutiert, sie sind aber bis heute leider nicht umgesetzt. Wir wollen die Stadtentwicklung aktiv und zielgerichtet umsetzen. Der geplante Neubau einer Parkpalette im Haarener Zentrum ist für uns keine Option für eine nachhaltige Entwicklung. Die wenigen Grünkorridore in Haaren gilt es zu sichern und zu stärken. Die Ausweisung einer Ergänzungsfläche des Gewerbegebietes Elleter Feld lehnen wir ab.

Eilendorf

Wichtigste Projekte in Eilendorf sind der qualitätsvolle Neu- und Ausbau des Montessori

Schulzentrums sowie der Neubau von Kitas. Der Eilendorfer Markt bedarf einer umfassenden Neugestaltung, die wir mit Städtebaufördermitteln angehen möchten.

Orsbach/Schmithof/Hahn/Krauthausen

Die an diesen Orten noch in großen Teilen vorhandene intakte Dorfstruktur gilt es zu erhalten und behutsam zu stärken. Einige geplante Ortsteilerweiterungen aus dem FNP in sensiblen Außenbereichen nehmen keine Rücksicht auf die historischen Dorfränder und den Übergang zur Landschaft. Hier wollen wir die FNP Planungen anpassen.

Walheim

Der Stadtteil Walheim mit seiner eher ungeordneten und weniger qualitätsvollen städtebaulichen Entwicklung bedarf insbesondere an der Schleidener Straße einer grundlegenden städtebaulichen Rahmenplanung zur Entwicklung und Stabilisierung des Stadtteils.

Kornelimünster

Den historischen Ortskern gilt es weiter zu schützen, ihn aber auch denkmalgerecht als lebendigen Wohn- und Lebensraum weiter zu entwickeln. Bedingt durch seine topografische Lage und die angrenzenden wertvollen geschützten Landschaftsbereiche befürworten wir nur an einigen wenigen Stellen des Ortes eine kleinteilige und maßvolle Nachverdichtung.

Laurensberg

Wir befürworten eine neue Wohnbebauung mit großen Anteilen an öffentlich gefördertem Wohnungsbau auf dem ehemaligen Sportplatz Rathausstraße.

In Vaalserquartier wollen wir den „Übergang“ nach Vaals an der ehemaligen Grenzstation entwickeln. Dadurch kann eine lange unklare städtebauliche Situation „zu Ende gebaut“ werden. Das Gebiet an der Grensstraat und dem ehemaligen Zollgelände kann ein bestens mit ÖPNV erschlossener Wohnstandort für Mitarbeiter*innen des Klinikums und der RWTH werden. Der Übergang zum angrenzenden Landschaftsschutzgebiet und zum Denkmal „Gut Pfaffenbroich“ mit seinen Teichanlagen muss sensibel gestaltet und geschützt werden.

Die vielen öffentlichen Fußwegeverbindungen in den Freiraum von Laurensberg sind zu sichern, den großen Anteil an Natur- und Landschaftsschutzgebieten gilt es weiter zu schützen und naturnah zu pflegen. Dies ist auch mit Anforderungen an die Landwirtschaft verbunden.

Richterich

Wichtige Projekte in Richterich sind der Ausbau des Bahnhofepunktes sowie der Neubau der Brücke Horbacher Straße.

Wir befürworten die sofortige Realisierung des Wohngebietes Richtericher Dell. Hier sehen wir mit der Stadt Aachen als größter Grundstückseigentümerin die Chance, einen zukunftsweisenden und weitgehend klimaneutralen Stadtteil selbst zu entwickeln. Sowohl die geplanten Hochbauten, als auch die öffentliche Infrastruktur der Energie- und Wasserversorgung sowie die Verkehrsplanung müssen sich hier neuen Maßstäben und Notwendigkeiten stellen. Der Neubau der Erschließungsstraße Richtericher Dell mit der Bahnquerung genießt hohe Priorität.

Das Zentrum von Alt-Richterich wollen wir als öffentlichen Raum mit einer besseren Aufenthaltsqualität entwickeln. Die ehemalige „Hühnerwiese“ wollen wir als Freifläche erhalten.

Das heutige Gewerbegebiet rund um das ehemalige Großhandelslager Plus/Netto an der Roermonder Straße soll als Gewerbebestandort erhalten und nachverdichtet werden.

Preuswald

Wir befürworten eine behutsame Nachverdichtung der Waldsiedlung Preuswald. Hier sind die bauliche Umnutzung oder der Teilabriss des ehemaligen Geschäftszentrums sowie die Modernisierung der Hochhausstandorte wichtige Bausteine zur weiteren Stabilisierung des Wohnstandorts. Nur durch eine attraktivere Anbindung des Stadtteils an den ÖPNV kann dieser Standort langfristig gesichert werden. Die angrenzenden Waldflächen „Maria im Tann“ wollen wir unbebaut erhalten.

Visionen denken

A544: Anders nutzen, früher enden lassen

Von Maastricht lernen, heißt den Mut zu haben, Autobahnen zu verändern! Unsere Nachbarn haben uns vorgemacht, wie man mit visionärer Verkehrsplanung neuen Lebensraum in der Stadt schaffen kann. Das wollen wir auch in Aachen angehen.

Auf einer aufzugebenden Autobahntrasse Richtung Europaplatz könnte gewohnt, gearbeitet und produziert werden, wenn die A 544 mit der Ausfahrt Hüls/Rothe Erde und Berliner Ring ihren sinnvollen Abschluss findet. Mit einer ergänzenden Bebauung um den Europaplatz und auf der Autobahntrasse könnte eine neue Stadtkante zum Grün-

raum Gut Kalkofen gebildet werden. Zur Erreichbarkeit der Innenstadt kann an der Jülicher Straße/Prager Ring ein leistungsfähiger P+R Punkt mit einem Euregiobahn-Haltepunkt entstehen.

Rund um den Europaplatz könnten die angrenzenden Quartiere völlig neu verknüpft werden, der Europaplatz könnte als Wohn- und Arbeitsort, die heute durch den Verkehr abgeschnittene Verbindung in die angrenzenden Stadtbereiche neu schaffen.

Aachen Nord, eine „andere“ LAGA (Landesgartenschau NRW)

Wir wollen eine Bewerbung Aachens für eine „andere“ LAGA (Landesgartenschau NRW) in 2026 oder 2029 in Aachen Nord. Eine aufgegebene und umgenutzte Autobahntrasse, eine zu renaturierende Wurmaue, der geschützte Landschaftsraum von Gut Kalkofen, die altindustriellen Gewerbebestände und Bauten zwischen Jülicher Straße und Grünem Weg, die dann aufgegebenen Gasballons der Stawag als Landmarken, die zahlreichen Kleingartenanlagen in den „Zwischenräumen“, das Ludwig Forum mit seinem Park, der benachbarte Kurpark Monheimsallee können gemeinsam zugleich Kulisse, Chance und Impuls für eine „andere“ LAGA sein. Hier könnte auf einem altindustriellen Gewerbebestandort ein neuer urbaner und durchgrünter Lebens- und Wirtschaftsraum beispielhaft umgebaut und präsentiert werden.

Aachen - Internationale Bau- und Technologieausstellung IBTA

Wir in Aachen wollen Modellregion und Pilot sein für eine nachhaltige klimaschonende Mobilität, regenerative Energien, und nachhaltiges Bauen. Wir wollen damit als Kommune gemeinsam mit der Stadtgesellschaft und den Aachener Hochschulen ein zentraler und urbaner Standort der im Rheinischen Revier geplanten, internationalen Bau- und Technologieausstellung (IBTA) sein. Der Campus West könnte als „next practice“ Projekt ein zentraler Beitrag zur IBTA sein. Gleiches gilt für das innerstädtische Altstadtquartier „Büchel“: die geplante Siedlungserweiterung „Richtericher Dell“ oder eine Landesgartenschau (LAGA) zwischen „Grüner Weg“ und der Autobahntrasse A 544. Auch diese Bereiche können Teil dieser internationalen Bau- und Technologieausstellung (IBTA) werden.

Mobilität

Mobilität

Mehr Lebensqualität in der Stadt - den Menschen in den Mittelpunkt rücken

GRÜNE Stadtplanung und Verkehrspolitik stellt die Menschen und ihre Lebensqualität in den Mittelpunkt. Lange Jahre wurde der Blick in vielen Städten auf das Auto gerichtet. So entstand auch in Aachen die „autogerechte Stadt“. Heute wird immer klarer, dass dabei der Platz für die Menschen nicht ausreichend berücksichtigt wurde.

Moderne Mobilitätspolitik nimmt den Menschen und seine Bedürfnisse in den Fokus und kommt dabei nicht ohne eine Umverteilung der Flächen aus. Mehr Flächen für Menschen erreichen wir, indem wir moderne Verkehrskonzepte umsetzen und so den für den Autoverkehr benötigten Raum reduzieren. In vielen vergleichbaren Städten wie Münster, Groningen und Freiburg hat sich so die Nutzung der Verkehrsmittel weg vom Auto zugunsten von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen verlagert. Die Beispiele zeigen, dass bei einer modernen Verkehrspolitik die Lebensqualität deutlich steigt, während die Präsenz des Autos in der Stadt abnimmt. GRÜNE Verkehrspolitik berücksichtigt dabei die Interessen der gesamten Stadtgesellschaft.

Mehr Flächen für Menschen bedeuten mehr Freiräume und lebendige Orte statt öder Verkehrsflächen. Wichtig ist die Teilhabe für Alle, ein gesundes Klima und Sicherheit im Verkehr für alle Verkehrsteilnehmer*innen. Wir wollen möglichst viel Mobilität für alle, die mit möglichst wenig motorisiertem Individualverkehr auskommt.

Immer mehr Menschen leben und arbeiten in der Stadt. Folglich geht es darum, das Bedürfnis von immer mehr Menschen nach komfortabler und stets verfügbarer Mobilität zu befriedigen – während gleichzeitig die Ressourcen knapper werden und die Anforderungen an den Umweltschutz steigen. Die Luftreinhaltung ist hier an erster Stelle zu nennen. Grüne Mobilitätspolitik bietet moderne Antworten auf diese Herausforderungen.

Die Klimakrise erfordert mit der konsequenten Reduktion unserer CO₂-Emissionen auch eine veränderte Mobilität. Diese beginnt auf der lokalen Ebene mit dem sukzessiven Ersetzen des motorisierten Individualverkehrs durch öffentliche Verkehrsmittel und andere klimafreundliche Alternativen. Auch die Stadt Aachen muss die CO₂-Emissionen in allen Sektoren drastisch reduzieren. Gerade im Verkehr ist dies bislang nicht gelungen. Seit 1990 nahmen die CO₂-Emissionen hier um 14% zu. Den Wandel unserer Mobilität

wollen wir jetzt vorantreiben und als Chance begreifen, um eine lebenswertere Stadt für alle zu erreichen.

Merkmale der neuen Mobilität

Um ans Ziel zu kommen, wechselt man problemlos zwischen den Verkehrsmitteln Füße, Fahrrad, Bus, Bahn, Pkw (Seamless Mobility). Neue Mobilität kommt idealerweise ohne fossile Treibstoffe aus und ist klimaneutral. Neue Mobilität bietet unbeschränkten Zugriff auf alle Mobilitätsträger – mit bequemem Zugriff über das Smartphone. Neue Mobilität lässt sich teilen. „Sharing“ wird zum mobilen Funktionsprinzip.

Transport muss kein Produkt mehr sein, das man in Form eines eigenen Autos besitzt, sondern ein Service, der das bietet, was man in einem bestimmten Moment braucht. Dies wird durch Sharing Angebote und durch die Digitalisierung einfach, komfortabel und kostengünstig.

Fußgänger*innen brauchen sichere, kurze Wege mit hoher Aufenthaltsqualität und ohne Hindernisse durch und in der Stadt – und aus der Stadt hinaus (Premiumfußwege).

Für das Fahrrad benötigen wir sichere und schnelle Verbindungen und Strecken wie Vorrangrouten, Fahrradstraßen und ein durchgehendes und sicheres Radroutennetz.

Schulwege müssen angenehmer Teil des öffentlichen Raums für Schüler*innen jeden Alters sein. In diesem Zusammenhang fordern wir auch die kostenlose Nutzung des ÖPNV für alle Schüler*innen mit dem Ziel, das „Auto-Elterntaxi“ zur Schule überflüssig zu machen, die Nutzung des ÖPNV zu erlernen und den ÖPNV als selbstverständlichen Bestandteil der Mobilität aller Schüler*innen zu etablieren. Es muss sichergestellt werden, dass Kinder frühzeitig die Chance erhalten, das Radfahren zu erlernen – unabhängig vom Mobilitätsverhalten der eigenen Eltern und vom Besitz eines eigenen Fahrrads.

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) in der Stadt und zwischen Umland und Stadt muss leicht verständlich, schnell und kostengünstig sein. Dies ist am besten möglich mit einem schienengebundenen Verkehrsmittel als Rückgrat wie etwa einer Regio-Tram.

Lieferverkehre müssen durch umweltfreundliche Lieferdienste ersetzt werden. In der Innenstadt wollen wir Microhubs etablieren, von denen aus die Verteilung über Lastenräder oder saubere Kleinfahrzeuge erfolgt.

Umweltverträgliche Verkehrsmittel sollten – gerade in der Innenstadt – Vorrang haben. Die Innenstadt bleibt für Anlieger*innen mit dem Auto erreichbar, Besucher*innen werden aber nicht mehr dazu eingeladen, mit dem Auto in die Innenstadt zu fahren.

Neue Mobilität - Konzept und Konkrete Maßnahmen

Während die anderen Parteien mit einem „Weiter so“ versuchen, dem Zuwachs des Verkehrs zu begegnen, wollen wir mit einem klaren Paradigmenwechsel Mobilität neu gestalten. Dies geht nicht von heute auf morgen, aber wir müssen heute die Weichen stellen und die Voraussetzungen schaffen, damit eine neue Mobilität möglich wird.

Auf dem Weg zu mehr Lebensqualität in der Stadt haben für uns drei Aspekte Priorität: Sicherheit vor Quantität, die Neuaufteilung des Verkehrsraumes und ein neuer ÖPNV.

Sicherheit vor Quantität

Während die konventionelle Verkehrsplanung versucht, immer mehr Verkehr immer weiter zu optimieren, steht für uns Grüne die Verkehrssicherheit an oberster Stelle. Jede*r Verkehrsteilnehmende muss sich sicher fühlen und sicher bewegen können, auch wenn dies zu Lasten der Verkehrsmenge im motorisierten Individualverkehr geht.

Autofahrende müssen sich darauf verlassen können, dass sie nicht durch eine schlechte Verkehrsführung Fußgänger*innen oder Radfahrende gefährden. Radfahrende müssen sicher sein, dass sie keine Fußgänger*innen gefährden oder durch Autofahrende übersehen werden. In der Ausbildung von Verkehrsplaner*innen muss das Ziel „Sicherheit“ vor dem KFZ-optimierten Ausbau von Verkehrswegen stehen.

Auch in Aachen kann festgestellt werden, dass sich nach wie vor ein Großteil der Verkehrsunfälle auf den bereits als Unfallachsen identifizierten Straßenzügen ereignet. Bei diesen handelt es sich um die nach bzw. aus Aachen herausführenden Hauptverkehrsstraßen, wie z.B. die Trierer Straße. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Beispiele in anderen Ländern beweisen uns, dass es möglich ist, leistungsfähige und gleichzeitig sichere Verkehrswege zu bauen.

Regelgeschwindigkeit Tempo 30

Ein wichtiger Faktor für mehr Sicherheit ist die Angleichung der Geschwindigkeit der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer*innen. Wir GRÜNE befürworten grundsätzlich

die Herabsetzung der Regelgeschwindigkeit innerorts auf 30 km/h. Auf den meisten Straßen im besiedelten Gebiet der Stadt gilt bereits heute Tempo 30. Neben vielen verkehrsberuhigten Zonen in den Stadtbezirken wurde in 2019 auch für das gesamte Gebiet innerhalb des Grabenrings die Höchstgeschwindigkeit von 30 Kilometer pro Stunde beschlossen. Dieser Beschluss hatte das Aufstellen eines enormen Schilderwalds zur Folge, was sich mit Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit erübrigen würde. Lediglich auf den Hauptverkehrsachsen mit baulicher Trennung der unterschiedlichen Verkehrsteilnehmer*innen, auf denen - wie heute - schneller gefahren werden kann, wäre eine entsprechend höhere zulässige Geschwindigkeit auszuschildern.

Wir werden uns außerhalb unserer kommunalen Zuständigkeit für eine bundesweit einheitliche Regelgeschwindigkeit von 30 km/h einsetzen, denn bis heute lässt die Straßenverkehrsordnung eine solche Umkehr der Beschilderung nicht zu. Eine entsprechende Änderung wäre eine wichtige Maßnahme, eine allgemeine Reduzierung der Geschwindigkeit im Stadtgebiet zu erreichen.

Neuaufteilung des Verkehrsraums

Zur Verbesserung der Lebensqualität der Stadtbewohner*innen gehört es, den öffentlichen Raum anders zu nutzen als nur für den Autoverkehr. Der Aufenthalt im öffentlichen Raum muss wieder der Erholung, Entspannung, dem Entdecken, dem Spielen, dem Genießen gehören. Dass dieser Bedarf besteht, zeigt sich an den wenigen vom Verkehr zurückgewonnenen Flächen. Der Katschhof ist ein ruhiger Erholungs- und Entspannungsort mitten in der Stadt geworden, ebenso der Elisengarten. In der Innenstadt ist die knappe Fläche an den Verkehrswegen besser zu nutzen als zum Parken.

Erreichbarkeit der Innenstadt gewährleisten

Die Aachener Innenstadt zeichnet sich derzeit durch kurze Wege, gute Erreichbarkeit zu Fuß und leider auch reichlich Durchgangs- und Parksuchverkehr aus. Mehr Platz für Menschen statt für Autos erreichen wir durch bessere ÖPNV und P+R-Angebote und durch das Vermeiden des Durchgangsverkehrs. Mit einem Schleifenkonzept soll deshalb die Erschließung des Bereichs innerhalb des Alleenrings neu geordnet werden. Dazu gehören Netzdurchtrennungen am Grabenring für den motorisierten Individualverkehr, z.B. am Templergraben. So bleiben alle Punkte der Innenstadt weiter erreichbar, aber der Verkehr wird aus der Innenstadt immer wieder herausgeführt. Durch konkrete Maßnahmen zur Verlangsamung des Tempos wird zugleich der Fuß- und Radverkehr sicher

und die Luftqualität besser. Um Platz zu gewinnen und das Verkehrsaufkommen auf dem Grabenring zu verringern, ist auch die Idee der Befahrbarkeit in nur eine Richtung (Einbahnregelung) auf dem Grabenring eine Möglichkeit.

Die positiven Effekte einer Netzdurchtrennung zeigt das Beispiel Lindenplatz: Mit dem Auto kann man an den Lindenplatz heranfahren, ihn aber nicht überqueren, sondern man wird wieder hinaus auf den Grabenring geleitet. Schon lange hat der Lindenplatz seinen Platzcharakter zurückerhalten. Dort halten sich Menschen gerne auf, Kinder spielen unter hohen Bäumen, das öffentliche Leben hat einen sicheren und angenehmen Treffpunkt.

Straßenrandparken abbauen

In der Innenstadt, d.h. innerhalb des Alleenrings, muss die Fläche besser genutzt werden als zum Straßenrandparken. Bereits jetzt gibt es in den Parkhäusern genug Kapazitäten, sodass beispielsweise die Hartmannstraße und die Kleinmarschierstraße sofort von parkenden Autos befreit werden können. Für das langfristige Abstellen von Fahrzeugen müssen entsprechende Ersatzflächen bereitgestellt werden (Parkhäuser, Quartiersgaragen). Dafür können die APAG-Parkhäuser Adalbertstraße und Rathaus in reine Bewohner*innen-Parkhäuser umgewandelt werden. Zum Be- und Entladen sollen Ziele in der Innenstadt weiterhin mit dem Auto erreichbar sein. Außerdem können Alternativen wie Lieferdienste und überwachte Abstellmöglichkeiten für Gepäck angeboten werden.

Konsequente Parkraumbewirtschaftung und ihre schnelle Umsetzung in allen Quartieren ist ein weiteres geeignetes Instrument zur Entlastung von Flächen. Dabei müssen die Gebühren für das noch vorhandene Straßenrandparken höher sein als in den Parkhäusern.

Im Zuge des Rückbaus des Straßenrandparkens soll auch das aufgesattelte Parken auf dem Gehweg und die Zweckentfremdung von Grünstreifen als Parkflächen nicht weiter geduldet werden.

Öffentliche Fläche zurückgewinnen

Die vorhandenen Flächen, die durch den Autoverkehr verdrängt wurden, werden so zurückgewonnen und können wieder zum attraktiven Aufenthalt genutzt werden. Beispiel Theaterstraße: Der einstige Boulevard mit seinen Prachtbauten, Bäumen, Geschäften und Cafés lud mit einem breiten Gehweg zum Flanieren ein und bot von Burtscheid aus kommend einen schönen Spazierweg in die Stadt. Gegenwärtig müssen Fußgänger sich

an parkenden Autos vorbeidrängen, Gästen, vom Hauptbahnhof aus kommend, bietet sich kein einladender Blick. Die Theaterstraße sollte komplett von parkenden Autos befreit werden. Eine zweispurige Verkehrsführung bietet Platz für Radfahrende. Tempo 30 verlangsamt den Verkehr und erzeugt eine angenehme Atmosphäre für Fußgänger*innen. Ausreichend Parkraum bieten die drei in der Nähe liegenden Parkhäuser.

Die großen Plätze und Kreuzungen wie Kaiserplatz, Hansemannplatz, Alexianergraben/Franzstraße, Schanz, „Drei-Räubereck“, Normaluhr müssen vor allem unter dem Aspekt der Sicherheit und im Sinne einer hohen Aufenthaltsqualität und gefahrlosen Querung umgestaltet werden.

Zu Fußgehen verbessern

Zu Fußgehen ist die natürlichste Art der Fortbewegung. Aachen hat dafür die ideale Größe: Viele Wege in der Innenstadt sind zu Fuß am schnellsten zu erledigen. Die neuen Premiumfußwege sind ein guter Ansatz und sollen weiterentwickelt werden. Eventuelle Baulücken sollen auf alternative und interessante Wegeverbindungen überprüft werden, wie z.B. bei der Verbindung durch das Generali-Gelände (Freitreppe zum alten Posthof) erfolgreich umgesetzt. Durch die Ringform der Aachener Haupteerschließungsstraßen (Alleenring, Grabenring) lassen sich kurze Querverbindungen schaffen.

Förderung des Radverkehrs

Die Zahl der Fahrradfahrenden im öffentlichen Raum hat sich in Deutschland zwischen 2005 und 2015 verdoppelt, der Anteil des Rades an täglichen Wegen ist bundesweit im Jahresdurchschnitt auf knapp 18 Prozent geklettert. Die Zeit, in der die Topographie Aachens als Hindernis für einen Umstieg auf das Rad galt, ist spätestens seit dem Aufkommen der E-Bikes und Pedelecs vorbei. Und doch haben wir in Aachen seit Jahren einen Radverkehrsanteil von nur 11%.

Von der Situation anderer fahrradfreundlicher Städte sind wir in Aachen heute weit entfernt. Dafür brauchen wir weitere Maßnahmen wie Radvorrangrouten, Fahrradstraßen, den verkehrssicheren Umbau von Kreuzungen, ein durchgängiges Fahrradwegenetz und ausreichend sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder. Um mehr Alltagsfahrten auf den Radverkehr zu verlagern, bedarf es zudem eines Lastenfahrradverleihs. Hierfür wollen wir durch die Schaffung geeigneter Abstellplätze die nötigen Voraussetzungen schaffen.

Wir Grüne unterstützen die Forderungen und Ziele der Bürgerinitiative Radentscheid Aachen ausdrücklich und wollen sie 1:1 umsetzen.

- Sichere Rad-Vorrangrouten sind auszubauen, dabei dient der Grabenring als Verteilerring.
- Aachen erhält ein durchgängiges Radwegenetz mit baulich getrennten Radwegen.
- Deutliche Markierung und Roteinfärbung von Radspuren.
- Große Kreuzungen müssen verkehrssicher ausgebaut werden.
- Anpassung der Ampelschaltungen für Radfahrende.
- Freigabe von Einbahnstraßen für Radfahrende - mit Markierungen.
- Regelmäßige Vegetationskontrolle, Bauunterhaltung und Räumungspflicht für Radwege.

Fahrradabstellplätze schaffen

Durch sichere Fahrradabstellplätze im gesamten Stadtgebiet soll die Attraktivität der Nutzung des Fahrrads für Fahrten in die Innenstadt gefördert werden. Zentrale Parkhäuser für Fahrräder sollen den Nutzern Sicherheit geben. Dies macht auch die Nutzung des Fahrrads oder e-Bikes für längere Strecken (z.B. Radvorrangrouten aus dem Umland) attraktiv. Insbesondere im Innenstadtbereich und vor Kitas sollen Stellplätze für Lastenräder geschaffen werden. Quartiersparken und sichere Abstellmöglichkeiten an Bus/Bahnknoten ergänzen das Angebot

Innovative Logistikkonzepte

Mit dem Aufkommen des Onlinehandels ging ein enormer Zuwachs im Lieferverkehr einher. Es ist davon auszugehen, dass dieser durch die Digitalisierung noch stärker wird. Beim „Same Hour Delivery“ bestimmt der Kunde das Zeitfenster: Es soll sofort geliefert werden. Das bedeutet, dass Paketdienstleister kleine Mengen mit zu großen Fahrzeugen ausliefern müssen.

Das gesteigerte Aufkommen beim Lieferverkehr führt dazu, dass Lieferfahrzeuge in zweiter Reihe (oft mit laufendem Motor) oder auf Fuß- und Radwegen halten. Dies zeigt, dass Verkehrsplanende nicht nur den privaten PKW- und den Personennahverkehr, sondern auch die Zustell-Logistik neu denken müssen.

Anbieterunabhängige Anliefer- und Abholstationen (Paketstationen) in fußläufiger Ent-

fernung vom Wohn- bzw. Arbeitsort können die Lieferverkehre entzerren bzw. reduzieren. Solche Stationen können auch gleichzeitig als Verteilstationen eingesetzt werden, um die Zustellung im Umkreis mit Lastenfahrrädern zu vereinfachen.

Elektromobilität voranbringen

Wir fordern den konsequenten Ausbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur, um die Elektromobilität in Aachen voranzubringen. Innerhalb der Ratsperiode wollen wir auf öffentlichen Parkplätzen ein flächendeckendes Netz von AC-Ladesäulen aufbauen sowie die Zahl der Schnelladesäulen (CS-Standard) - auch in den äußeren Stadtbezirken - deutlich erhöhen. Auch und gerade in öffentlichen Parkhäusern fordern wir den Aufbau von Ladeinfrastruktur, um den Umstieg auf Elektromobilität auch für Bewohner*innen in dicht besiedelten Bezirken attraktiv zu machen. Durch intelligentes Lastmanagement kann dabei eine Überlastung des Stromnetzes vermieden werden.

Ein neuer Öffentlicher Personennahverkehr

Der heutige ÖPNV ist in Aachen schon längst an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gelangt. Busse stehen oder fahren mit im Stau. Abhilfe können da nur eigene Trassen für den ÖPNV leisten. Wir werden durchgängige Busspuren auf allen Hauptverkehrsachsen wie der Trierer Straße, dem Adalbertsteinweg von Brand in die Innenstadt oder der Roermonder Straße einrichten.

Neue Ideen für einen leistungsfähigen ÖPNV in Aachen sind längst überfällig. An erster Stelle steht für uns Grüne ein neues und innovatives Busnetzkonzept. Bushof und Eilsenbrunnen als zentrale Bushaltestellen bieten keine ausreichenden Kapazitäten. Auch aus stadtplanerischen Gründen müssen diese wertvollen Flächen entknotet werden. Hinzu kommt der Bedarf von Ringlinien, die einzelne Stadtteile miteinander verbinden. Beispiel: Die RWTH mit dem Klinikum als wichtiger Arbeitgeber muss besser an das Umland und die Bezirke angebunden werden.

Die wichtigsten Vorhaben aus GRÜNER Sicht sind die Erstellung eines neuen Busnetzkonzeptes und die Verbindung von Aachen ins Umland. Hier ist der Plan einer RegioTram weit gediehen und aus GRÜNER Sicht zwingender Bestandteil einer erfolgreichen Lösung. Hinzu kommt die Umstellung auf Busse mit alternativem Antrieb.

Ein neues Busnetzkonzept

Das ÖPNV-Netz ist zwar betriebswirtschaftlich optimiert, aber aus Nutzer*innensicht nicht mehr zeitgemäß und muss völlig neu konzipiert werden. Die Ausrichtung auf den Bushof als zentralen Umsteige- und Endpunkt muss zugunsten verschiedener Umsteigeknoten (z.B. Westbahnhof, Schanz, Hauptbahnhof) überarbeitet werden. Buslinien dürfen nicht mehr am Bushof enden. Die Bezirke untereinander müssen besser verbunden werden. Anschlüsse müssen sichergestellt werden, das Umsteigen darf nicht zum Glücksspiel werden. Unter anderem auf der stark frequentierten Verbindung von Hauptbahnhof, Campus Mitte, Westbahnhof, Campus Melaten und Uniklinik soll eine Verbesserung kurzfristig durch eine zusätzliche Schnellbuslinie ohne weitere Haltestellen erreicht werden.

Das Umland einbeziehen, Bezirke verbinden

Die ÖPNV-Verbesserungen dürfen sich nicht nur auf die Stadt Aachen beziehen, sondern das Umland ist in dieses System einzubinden, damit der ÖPNV auch für die Umlandbewohner attraktiv wird und sie auf den Individualverkehr verzichten können. Das umfasst einen leicht verständlichen Taktverkehr und Schnellverbindungen zu zentralen Umsteigestationen. Hier ist die Einführung von Stadt-Umland-Bahnen (RegioTram) erforderlich, die wir unterstützen. Sie schaffen eine umsteigefreie Verbindung vom Zentrum ins Umland. Im Außenbereich kann die Bahn im 12-15 Minuten-Takt eingleisig auf nur 3 Meter breiten Trassen fahren. Die Anbindung des ÖPNVs an das Umland und die Stadtbezirke muss pendler*innenfreundlich ausgebaut werden und zwar rund um die Uhr an allen Tagen der Woche.

RegioTram weiter denken

Langfristig braucht eine Großstadt wie Aachen ein schienengebundenes Verkehrssystem, denn nur so lässt sich ein hohes Verkehrsaufkommen mit sauberen Technologien und auf begrenzter Fläche zuverlässig bewältigen. Straßenbahnen bieten zudem im Vergleich zu Bussen einen höheren Komfort und ermöglichen kürzere Fahrzeiten. Deshalb werden wir bei der aktuell geplanten RegioTram darauf achten, dass sich das derzeitige Konzept auf andere, heute stark ausgelastete Routen, erweitern lässt. Insbesondere die Anbindung der Hochschulstandorte Campus West und Melaten sowie des Klinikums ist wegen der vielen Pendler*innen und der vergleichsweise einfachen Umsetzung im Rahmen der Gestaltung des Campus West bei der weiteren Planung stets zu berücksichtigen. Auch eine Anbindung in Richtung Brand muss mitgedacht werden, um eine Entlastung der Hauptverkehrswege zu erreichen.

Innovativ und komfortabel ausbauen

Der ÖPNV muss konsequent ausgebaut werden, sowohl flächenmäßig als auch im Komfort. Dazu bedarf es eines flächendeckenden Vorrangs für den ÖPNV z.B. durch Vorrangspuren und Ampelschaltungen. Im ÖPNV müssen innovative Technologien vernetzt und Prozessoptimierungen erreicht werden. Zur Attraktivität gehört auch, dass in Bussen keine Fensterflächen mehr mit Werbung beklebt werden. Diese kundenunfreundliche Praxis der ASEAG ist zu beenden. Fahrgäste sind kein Stückgut.

Klimagerecht umstellen

Der ÖPNV muss vollständig auf alternative Antriebssysteme und die Versorgung aus regenerativen Quellen umgestellt werden. Nur so ergibt sich in der Gesamtabrechnung ein sauberes Verkehrssystem.

Bezahlsysteme vereinfachen

Die Nutzungsabrechnung muss einfacher werden. Dazu brauchen wir ein multimodales Auskunft- und Buchungssystem. Die Digitalisierung ermöglicht es, jederzeit das günstigste Verkehrsmittel, den günstigsten Tarif und den günstigsten Anschluss zu finden. Das Fahrplansystem ist so zu gestalten, dass auch ohne Smartphone Verbindungen leicht zu erkennen sind. Das bedeutet einen klaren Taktverkehr rund um die Uhr. Wir brauchen einen Taktverkehr auf allen Linien ähnlich einer U-Bahn.

Ein Ticket für alle

Ein Mobilitätsticket bzw. eine Mobilitäts-App soll allen die Teilhabe am gesamten Mobilitätsmix der Stadt ermöglichen. Dieses Ticket muss für alle Verkehrsarten auch die günstigste Abrechnung ermöglichen. Die verschiedenen bestehenden Systeme wie Velocity, Cambio, ASEAG und Taxis sind zu integrieren. Das optimale Verkehrsmittel muss jederzeit kurzfristig zur Verfügung stehen. Hier bieten langfristig auch autonome Fahrzeuge eine große Chance.

Finanzierung erneuern

Zur Finanzierung des ÖPNV müssen neue Wege beschritten werden. Die jährlichen Preiserhöhungen müssen ein Ende haben. Kurzfristig könnte eine Attraktivitätssteigerung

zum Beispiel nach dem Modell Wien erfolgen: Für 365 Euro bekommen die Einwohner*innen ein Jahresticket des ÖPNVs. Die Einführung eines solchen Tickets setzt allerdings auch den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs voraus. Deshalb ist mittelfristig die Finanzierung auf neue Füße zu stellen beispielsweise durch ein Umlagesystem wie eine Nahverkehrsabgabe, ein Job-Ticket für alle, wie es die ASEAG favorisiert oder ein System der Finanzierung, wie wir es aus Frankreich mit der Taxe Versement Transport kennen. Hier ist die Landesregierung gefordert, die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Neustart Park and Ride

Auf allen Haupteinfallstraßen wollen wir die Errichtung neuer P+R Plätze an verkehrsgünstigen Stellen mit sehr guter Busanbindung vorantreiben, um Besucher*innen eine attraktive Alternative zum Parken in der Innenstadt zu bieten. Dabei sollten auch bestehende Parkflächen, z.B. von Supermärkten oder Einkaufszentren (Aachen Arkaden, Hirsch Center), mit einbezogen werden. Zusätzlich zum bestehenden Tarif „5 Personen für 5 Euro“ wollen wir eine erweiterte Preisdifferenzierung nach dem Vorbild Amsterdam einführen. Dort können P+R Tickets für beliebige Personenzahlen gekauft werden. Dabei sinkt der Preis pro Person mit steigender Personenzahl.

Wohnen

Wohnen

Wohnen in Aachen: Nachhaltig und bezahlbar

Der Aachener Wohnungsmarkt ist geprägt von fehlendem Wohnraum, vor allem im preiswerten Segment. Durch das Auslaufen von Mietpreisbindungen verschärft sich die Lage. Zwischen 2019 und 2028 werden von den knapp 10.000 öffentlich geförderten Wohnungen insgesamt 4.822 aus der Bindung fallen. Hinzu kommen spekulativer Leerstand und langfristig unbebaute Grundstücke, die ebenfalls als Spekulationsobjekte dienen. Vor allem Menschen mit erschwertem Zugang zum Wohnungsmarkt, finden in dieser Situation nur schwer eine bezahlbare Wohnung. Das betrifft vor allem Familien mit mehreren Kindern, alleinerziehende Eltern oder auch Menschen mit Behinderung. Aktuell kann nur jeder und jedem dritten Berechtigten eine geförderte Wohnung vermittelt werden.

Somit bleibt die Schaffung von attraktivem und preiswertem Wohnraum eine der zentralen Aufgaben der Stadt. GRÜNE Wohnungspolitik ist auf die wichtigen Zukunftsthemen ausgerichtet und zeigt auf allen Ebenen Maßnahmen auf, um das Wohnen in Aachen klimagerecht und bezahlbar zu machen.

Nachhaltiges Bauen

Auch für den Sektor Wohnen stellt der Klimawandel die große Herausforderung des neuen Jahrzehnts dar. Von der gesamten Energie, die ein Haus verbraucht, werden rund 2/3 beim Bau benötigt und nur 1/3 während der Nutzung. Somit steht die Schaffung von neuem Wohnraum den Klimaschutzziele entgegen. Hier kann und muss die Stadt Aachen eine Vorreiterrolle übernehmen und CO₂-reduziertes und nachhaltiges Bauen fördern. Desweiteren müssen bestehende städtische Liegenschaften auf einen energetisch sinnvollen Stand gebracht werden. So werden Klimaziele unterstützt und zusätzlich Energiekosten gesenkt. Bei allen Bauprojekten sind die Auswirkung auf Flächen und Klima unbedingt zu beachten. Ressourcenschonendes Bauen muss Grundlage jeder zukünftigen Baupolitik sein. (vgl. Kapitel Klimaschutz und Kommunale Energiewende)

Städtischen Wohnungsbau betreiben

Um preiswerten Wohnraum langfristig zu sichern, wollen wir verstärkt in den städtischen Wohnungsbau investieren. Dieses sinnvolle Instrument wurde in den vergange-

nen Jahren vernachlässigt. Hier wollen wir energisch gegensteuern. Wenn die Stadt über mehr eigenen Wohnraum verfügt, kann sie aktiver gestalten. Sie kann dauerhaft Einfluss nehmen auf die Miethöhe, auf die konkrete Belegung, sowie auf die soziale Struktur von Quartieren. Bei Nachverdichtung können die Belange der Nachbar*innen stärker berücksichtigt werden. Beim Bau städtischer Wohnungen kann die Stadt mit gutem Beispiel vorangehen, Klimaschutzpolitische Ziele, gute Wohnqualität und Baukultur leichter umsetzen. Städtischer Wohnungsbau ist zudem in der Lage, bedarfsgerechte Wohnungen zu bauen. Die zurzeit überall entstehenden, oft möblierten, sehr teuren Mikroappartements lehnen wir ab.

Investitionen erhöhen

Bei den zurzeit angebotenen Fördermitteln und Darlehenskonditionen sind Investitionen in den städtischen Wohnbau sinnvoll, weil sie dauerhafte Einnahmen in den städtischen Haushalt sichern. Auf diese Weise tragen sie zur langfristigen Haushaltskonsolidierung bei.

Studentisches Wohnen

Studentisches Wohnen soll wieder mehr gefördert werden, vor allem auch im Umfeld der Fachhochschule in Burtscheid, wo derzeit zu wenig Wohnraum für Studierende existiert. So soll das in der Nähe liegende, leerstehende Gebäude des Landesbetriebs „Straßen.NRW“ vom Land erworben und für geförderten Wohnbau für Studierende verwendet werden. Auch auf den Flächen des ehemaligen Sportplatzes Adenauerallee/Heidben-denstraße sollen geförderte Wohnungen für Studierende gebaut werden. Neben der Stadt sollten auch das Studierendenwerk und die Gewoge hier aktiv werden.

Grundsätzlich wollen wir GRÜNE uns dafür einsetzen, dass Wohnraum geschaffen wird, der auch für BaFöG-Empfänger*innen erschwinglich ist. Darunter fällt auch, in den Dialog mit zukünftigen Investor*innen zu gehen und Angebote für alternatives Wohnen auszubauen. Darunter fallen Bestrebungen für Mehrgenerationenwohnen und die Errichtung eines gemeinschaftlichen Wohnheims für Azubis und Studis, um ein nachhaltiges, gutes Miteinander in der Stadt zu fördern.

Genossenschaftliche und selbstverwaltete Wohnformen fördern

In den letzten Jahren haben sich auch in Aachen vermehrt Baugruppen zusammengefunden und genossenschaftliche Wohnformen entwickelt. Diese Initiativen nutzen verschiedene Modelle, um gemeinschaftliches Wohnen zu ermöglichen. Dies schafft einerseits eine gewisse Unabhängigkeit von Mietpreissteigerungen und trägt dazu bei, Gemeinsamkeiten zu stärken und Vereinzelung entgegenzuwirken. Genossenschaftliche Wohnformen und Baugruppen oder generationsübergreifende Wohnprojekte sollen auch in Zukunft gezielt gefördert werden. Dabei muss die Vielfalt der gemeinschaftlichen Wohnformen Berücksichtigung finden.

Nachverdichtung im Bestand

In Aachen gibt es etwa 16.500 Mehrfamilienhäuser, bei denen der Dachboden vielfach noch ungenutzt ist. Dieses Potential gilt es zu nutzen, da die Schaffung von Wohnraum in Dachgeschossen sowie auch bei Aufstockungen ohne weiteren Flächenverbrauch einhergeht und meist zeitnah umsetzbar ist. Die in der Regel verwendete Holzbauweise ist klimafreundlich und preiswert. Durch die Novellierung der Stellplatzsatzung wird für den Ausbau von Dachgeschossen kein zusätzlicher Stellplatz benötigt. Trotzdem scheuen gerade private Eigentümer*innen das finanzielle Risiko einer Vorplanung. Aus diesem Grund soll die Stadt Aachen möglichst unbürokratisch einen Investitionszuschuss für private Investor*innen bereitstellen, um die Möglichkeiten einer Dachgeschossnutzung oder Aufstockung zu untersuchen.

Aktive Liegenschaftspolitik zur Reduzierung der Bodenspekulation

Grund und Boden ist in Aachen - auch aufgrund der Grenzlage - ein besonders begehrtes und teures Gut. Baugrund wird oft zum Zwecke der Gewinnmaximierung nicht bebaut oder mehrfach weiterverkauft. Durch die Erhöhung der Mittel zur Bodenbevorratung wollen wir der Stadt wieder die Möglichkeit geben, mehr Grundstücke zu kaufen und so der Bodenspekulation entgegenzuwirken. Grundstücke sollen nach Möglichkeit durch die Stadt Aachen selbst bebaut werden, oder, wenn dies nicht möglich ist, nach dem Aachener Modell zur kommunalen Wohnbauförderung vergeben werden. Der Verkauf von Grundstücken soll die Ausnahme werden und muss mit einer Konzeptvergabe einhergehen. Im Rahmen des Kooperationsmodells zwischen Investor*innen und der Stadt Aachen, wollen wir den Baulandbeschluss - 30% der Grundstücksfläche geht an die

Stadt Aachen - aktiv umsetzen und hier die alternative Anwendung der Quotenregelung, nach der 40% der Wohnfläche mit gefördertem Wohnraum bebaut werden muss, ebenfalls zur Ausnahme werden lassen.

Baulücken schließen

Trotz der starken Bautätigkeit der letzten Jahre gibt es immer noch viele Baulücken und minder genutzte Grundstücke in Aachen. Viele dieser Grundstücke sind in der Hand von privaten Eigentümer*innen. Hier soll die Liegenschaftsverwaltung aktiv auf die Eigentümer*innen zugehen und über die Möglichkeiten einer Bebauung und damit auch Wertschöpfung informieren. Um die 1m Akzeptanz zu erhöhen, sollen Ideenskizzen von der Verwaltung als Anregung zur Verfügung gestellt werden. Auch soll die Stadt ein Flächenmonitoring einführen, um perspektivisch Grundstücke zu identifizieren, bei denen eine Nutzungsänderung oder ein Verkauf anstehen könnte. Die von der Verwaltung identifizierten Potentialflächen auf städtischen Grundstücken sollen zeitnah entwickelt werden. Um die Liegenschaftsverwaltung handlungsfähiger zu machen, wollen wir hier zusätzliche Personalstellen schaffen. Mit dem Auszug der Kinder verbleiben ältere Menschen oftmals allein in zu großen Wohnungen oder Häusern. Gleichzeitig suchen junge Familien oder Studierende dringend Wohnraum. Die Stadt Aachen verfügt seit einiger Zeit über die Leitstelle „Älter werden In Aachen“. Hier wird Senior*innen unter anderem Hilfe beim Umzug in eine kleinere Wohnung angeboten. Wir wollen die Leitstelle stärken und um eine Beratung von Eigentümer*innen und zukünftigen Eigentümer*innen erweitern. Erstere werden beraten, wie sie ihr Gebäude umbauen können, einerseits um das Haus altersgerecht zu ertüchtigen und andererseits, um ggf. durch Verringerung der bestehenden Wohnfläche und Erweiterung Platz für eine neue Wohnung zu schaffen. Die Berater*innen sollen somit ältere Eigentümer*innen mit potenziellen Mietern oder potenziellen neuen Eigentümer*innen zusammenbringen. Darüber hinaus werden neue Eigentümer*innen durch eine Modernisierungsberatung unterstützt, um die vorhandene Bausubstanz zu bewerten und mögliche bzw. nötige An- und Umbauten auszuloten.

Wohnüberbauung von Handels- und Gewerbeflächen

Gewerbeimmobilien, insbesondere großer Handelsketten, besitzen auch in Aachen ein bisher weitgehend ungenutztes Flächenpotenzial. Durch die meist eingeschossige Bauweise für Verkaufs- und Lagerflächen sowie riesige ebenerdige Parkflächen wird die beanspruchte Fläche nicht optimal genutzt. Die Stadtverwaltung muss in einem ersten Schritt Flächen identifizieren und in einem zweiten Schritt planungs- und baurechtliche Fragen klären, die eine Aufstockung und Mischnutzung zur Folge haben.

Zur Vermeidung neuer Flächenversiegelungen sollten vorrangig innerstädtische, bereits erschlossene Flächen bebaut werden. Oft werden diese Flächen aber nur geringfügig bebaut, oder über Jahre, zur Spekulation, gänzlich nicht bebaut. Aufgrund des §176 BauGB kann die Stadt eine*n Eigentümer*in verpflichten, sein Grundstück innerhalb einer angemessenen Frist entsprechend eines Bebauungsplans bzw. im bebauten Innenbereich nach §34 zu bebauen oder eine vorhandene Anlage entsprechend anzupassen. Auch diese Möglichkeit sollte die Stadt Aachen nutzen um Wohnraum zu schaffen und Bodenspekulation zu reduzieren.

Wirtschaft

Wirtschaft

Aachens Wirtschaft hat den Strukturwandel der letzten Jahrzehnte gut gemeistert und sich als Wissens- und High-Tech-Standort international Wahrnehmung verschafft. Aachen verfügt über gute Entwicklungsmöglichkeiten, um weiterhin Zentrum und Motor einer stabilen und zukünftig nachhaltigen Wirtschaftsregion zu sein. Das große Potential von Stadt und Region muss aktiviert werden und in nachhaltige und zukunftssichere Technologien fließen, um so den Wirtschafts- und Wissensstandort Aachen langfristig zu sichern und auszubauen. Wir treten für eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte und soziale Entwicklung der lokalen Wirtschaft ein.

GRÜNE Wirtschaftspolitik zielt darauf ab, gute, existenzsichernde Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen und zu erhalten und natürliche Ressourcen zu schonen. Grüne Wirtschaftsförderung stärkt ökotechnologische Wirtschaftsbereiche und unterstützt das mittelständische Handwerk. Wir fördern Existenzgründungen, unterstützen regionale Unternehmen und ihre Produkte und setzen uns für die dezentrale Versorgung im Einzelhandel ein.

Aus GRÜNER Sicht besteht kein Gegensatz zwischen Klimaschutz und ökonomischen Aspekten. Im Gegenteil: Gut gemachter Klimaschutz bedeutet auch Wirtschaftsförderung. Dabei darf die langfristig notwendige Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit auch bei der Bewältigung akuter Krisen nicht vergessen werden.

Fortschritt durch Klimaschutz und Nachhaltigkeit

Mit GRÜNER Wirtschaftspolitik werden der Klimaschutz und nachhaltige Technologien zum Motor für die Wirtschaft unserer wachsenden Stadt. Bei der Entwicklung hin zu mehr Nachhaltigkeit können und müssen alle Akteure der Wirtschaft beteiligt werden. Dies umfasst Hightech-Unternehmen und das produzierende Gewerbe, Handel und Handwerk sowie die Hochschulen und Ausgründungen aus den Hochschulen. langfristiges Ziel ist die Transformation hin zu einer ganzheitlich gedachten, CO₂-neutralen Kreislaufwirtschaft.

In Kooperation von Stadt, Hochschulen und Wirtschaft sollen Projekte angestoßen und gefördert werden, die zur baldigen CO₂-Neutralität sowohl der Stadt als auch der Wirtschaft beitragen können. Dazu streben wir gemeinsam mit den Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft die Gründung einer kommunalen „Allianz für das Klima“ an. Hierfür ist

eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und Kammern wichtig, um auch Kleinbetriebe und Arbeitnehmer*innen einbeziehen zu können.

Die Stadt soll Maßnahmen fördern, die die Energieeffizienz von Unternehmen steigern und die Nutzung von erneuerbaren Energien durch Unternehmen vereinfachen. Die Hochschulen sollen als große Arbeitgeber und Quellen von Innovationen bei der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit mit gutem Beispiel vorangehen.

Wir streben die nachhaltige Nutzung knapper werdender Flächen an und setzen auf Unternehmen mit sozialer und ökologischer Verantwortung. Wir unterstützen Unternehmen, die ihren Mitarbeiter*innen Alternativen zur Pendlermobilität mit dem Auto ermöglichen.

Rheinisches Braunkohlerevier

Aachen liegt am Rand des Rheinischen Reviers. Auf das Braunkohlerevier kommt mit dem Ausstieg aus der Braunkohleförderung in den kommenden Jahren ein umfassender Strukturwandel zu. Die Bundesregierung stellt unserer Region hierfür bis zu 15 Milliarden Euro an Fördermitteln bis 2038 zur Verfügung. Aachen kommt dabei als städtisches Oberzentrum eine zentrale Rolle zu und ist als starker Partner bei der Umgestaltung und Neuaufstellung einer ganzen Region gefragt.

Gemeinsam wollen wir GRÜNEN die Region von einer Kohleregion zu einer Modellregion für klimaschonende Mobilität, regenerative Energien und nachhaltiges Bauen wandeln. Dazu müssen sich alle Aachener Akteure, wie Hochschulen, HWK, IHK, und die Verwaltungen von Stadt und StädteRegion, vernetzen und gemeinsam eine kraftvolle Rolle im Entwerfen und Gestalten des Strukturwandels einnehmen.

Gewerbestandorte und interkommunale Gewerbegebiete

Auch bei der Entwicklung von Gewerbestandorten wollen wir Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit erreichen. Vorhandene Gewerbestandorte in Aachen wollen wir ertüchtigen und besser nutzen. Die Vergabe der wenigen im Flächennutzungsplan noch neu ausgewiesenen und vertretbaren Gewerbestandorte auf Aachener Stadtgebiet muss an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet werden.

Wir wollen, dass die Planung flächeneffizienter erfolgt, und fordern innovative Energie- und Mobilitätskonzepte für die Mitarbeiter*innen ein. Insbesondere für den Altindust-

riellen Standort Aachen-Nord/Jülicher Straße gibt es große Potentiale, diesen zu einem modernen Stadtquartier zu entwickeln. Hier besteht die Chance, durch die planungsrechtliche Ausweisung eines sogenannten „urbanen Gebietes“, produzierendes Gewerbe, Büroflächen, Co-Working-Spaces z.B. für Freiberufler*innen, Kultur und Wohnstandorte wieder miteinander zu verzahnen.

In Aachen ist die Verfügbarkeit von neuen Gewerbeflächen begrenzt. Naturschutz und die Folgen weiterer Versiegelung bedingen eine klare Entwicklungsgrenze auf unserem Stadtgebiet. Dagegen verfügen andere Kommunen in der Städteregion wie Eschweiler, Alsdorf, Stolberg und Würselen über Reserven, gerade auch auf altindustriellen Standorten wie am Kraftwerk Weisweiler oder auf dem Bahngelände Stolberg. Über einen Gewerbesteuerverbund können diese gemeinsam und interkommunal entwickelt und betrieben werden.

Stadtverwaltung fördert das Gemeinwohl

Wirtschaftliches Handeln bedeutet neben ökologischer auch gesellschaftliche Verantwortung. Die Stadt Aachen ist einer der bedeutenden kommunalen wirtschaftlichen Akteure: Sie kauft große Mengen Produkte und Dienstleistungen ein und beschäftigt eine große Anzahl von Mitarbeiter*innen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Wirtschaftskraft auf Menschenwürde, Solidarität, ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Mitbestimmung beruht. Dies ist die Grundlage gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Wirtschaftens.

Gemeinwohlorientiertes Wirtschaften versteht sich als ergebnisoffener, partizipativer, lokal wachsender Prozess mit großer Ausstrahlung. Die Wirtschaftsförderung soll diese Form des Wirtschaftens auch in die lokalen Unternehmen tragen.

Entwicklung des Einzelhandels

Die Aachener Innenstadt ist geprägt von einem stagnierenden Einzelhandel mit zunehmendem Leerstand, der durch den Onlinehandel unter Druck steht. Wir unterstützen den hybriden Einzelhandel, d.h. das Zusammendenken von Online- und stationärem Handel. Zur Förderung des Einzelhandels unterstützen wir Initiativen, mit denen Angebote städtischer Einzelhändler gerade durch Ältere und mobil eingeschränkte Menschen von zuhause aus genutzt werden können (z.B. ein Online-Marktplatz und emissionsfreier Lieferverkehr). Viele Stadtteile und Wohnsiedlungen vermissen einen Einzelhandel, der Artikel des täglichen Bedarfs anbietet. Wir setzen uns für eine dezentrale, bürgernahe

Ansiedlung von Einzelhandel in den Ortsteilen und insbesondere in Neubaugebieten ein.

Fair Trade ausbauen

Aachen ist Fair Trade Stadt mit einer wachsenden Zahl beteiligter Einzelhändler*innen und Initiativen. Diese Entwicklung wollen wir in Zukunft fortsetzen und intensivieren. Aachen kann aufgrund seiner Lage im Dreiländereck, den kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben sowie als Hochschulstadt eine innovative Rolle einnehmen, was den Fairen Handel und das Angebot von klimagerechten Agrarprodukten betrifft.

Insbesondere im Bereich der Landwirtschaft ist die Bereitschaft für eine nachhaltige und klimagerechte Produktion gestiegen. Hier gilt es, die vorhandenen Potentiale zu nutzen und entsprechende Vermarktungsmöglichkeiten zu fördern, z.B. mit Hilfe lokaler Läden, über eine Aufwertung von Märkten und Wochenmärkten sowie durch Unterstützung von Marketing-Strategien für die regionale Landwirtschaft.

Auch vielfältige lokale Initiativen wie z.B. Reparatur-Initiativen, öffentliche Gärten und Tauschregale in einzelnen Stadtteilen können helfen, unseren Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Diese gilt es zu fördern.

Vielfältige Unternehmenskultur

Viele Unternehmer*innen und Gründer*innen haben sich in den letzten Jahren in Aachen angesiedelt. Forschungsnahe Unternehmen, Einzelhandel und andere Selbständige bereichern unsere Technologieregion mit ihren innovativen Impulsen. Neugründungen werden seit vielen Jahren in vielfältiger Form unterstützt durch Beratung und Förderung und eine ganze Reihe von Seed- und Venture-Capital-Fonds. Ein relativ breites Angebot von Co-Working-Spaces ist auch in Aachen entstanden und bietet vor allem kleinen Büros, jungen Unternehmen und Start-Ups attraktive Arbeitsplätze sowie die Möglichkeit gemeinsame Infrastruktur zu nutzen und Kosten zu sparen. Hier kann auch die städtische Wirtschaftsförderung zu einer Erweiterung des Angebots beispielsweise für besondere Zielgruppen, soziale Unternehmen, Wiedereinsteiger*innen u.a. beitragen.

Bürgerschaftliche Unternehmen

Wir wollen bürgerschaftliches Engagement in vielen Formen fördern: Genossenschaften, gemeinnützige Organisationen, soziale Unternehmen, und soziokulturelle Zentren.

Mit dem Engagement der Menschen können wir viele Probleme unserer Stadt angehen. Für Unternehmen aus diesen Bereichen soll ein Crowdfunding-Ansatz gefördert werden, damit das bürgerschaftliche Engagement auch finanziell unterstützt werden kann.

Gute Arbeit und Ausbildung in Aachen

Für Langzeitarbeitslose ist eine ganzheitliche und individuelle Unterstützung notwendig. Ziel ist es, die Bezieher*innen von SGBII wieder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. So kann Altersarmut wirksam vermieden und Teilhabe gesichert werden. Hierfür sollen weitere kommunale Mittel zur Verfügung gestellt werden. Nur angemessen bezahlte Erwerbsarbeit ermöglicht Teilhabe und einen ausreichenden Lebensstandard und dient so auch dem Gemeinwohl. Zur Vermeidung prekärer und befristeter Arbeitsverhältnisse fordern wir, dass bei öffentlichen Vergaben und Beschaffung das Tariftreuegesetz NRW strikt beachtet wird.

Die wirtschaftliche Transformation in unserer Region verlangt gute Ausbildung. Die wirtschaftlichen Akteure müssen dafür sorgen, dass ihre Mitarbeiter*innen durch Weiter- und Ausbildung entsprechend aufgestellt sind. Eine gute Ausbildung, egal ob handwerklich, kaufmännisch oder akademisch, verbessert die Chancen auf einen Arbeitsplatz und ist damit sozialpolitisch wichtig. Wir setzen uns dafür ein, dass alle, die eine Ausbildung absolvieren wollen, dies auch in einem Ausbildungsbetrieb tun können. Auch die Stadtverwaltung hat hier als große Arbeitgeberin in der Region mit 5600 Beschäftigten eine Vorbildfunktion. Dort, wo es Probleme mit dem Ausbildungsangebot gibt, bedarf es einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller Beteiligten.

Aachen ist eine kosmopolitische Stadt, in der viele Menschen unterschiedlicher Nationalitäten leben, studieren und arbeiten. Für die Integration insbesondere neu zugewanderter Familien ist eine entsprechend offene Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik erforderlich. Wir wollen, dass Aachen in Kooperation mit der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer aktiv im Ausland nach Fachkräften sucht und auch den geflüchteten Menschen Chancen auf unserem Arbeits- und Ausbildungsmarkt bietet. Wir müssen dem Fachkräftemangel auch lokal aktiv begegnen.

Digitalisierung

Digitalisierung

Digitalisierung: Transformation gestalten

Die digitale Transformation erfasst und verändert immer mehr Lebensbereiche. Auf kommunaler Ebene wollen wir die Digitalisierung und ihre Auswirkungen aktiv mitgestalten und neue Möglichkeiten sinnvoll einsetzen. Hier ist es uns GRÜNEN ein besonderes Anliegen, dass alle Bürger*innen davon profitieren. So soll unsere Stadt noch transparenter, bürger*innenfreundlicher und ökologischer werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass digitale Möglichkeiten allen Bürger*innen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Maßnahmen im Kontext der Digitalisierung sollen kritisch begleitet und hinterfragt werden, da nicht alles, was technologisch möglich ist, auch ökologisch sinnvoll ist und dem Gemeinwohl dient.

Transparenz und Bürgerservice stärken

Die Stadt Aachen bietet bereits Informationen und Dienstleistungen online an. Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere digitale Möglichkeiten zur Verbesserung der Transparenz der Verwaltung und des Service. Dazu sollen die bestehenden E-Government Angebote kontinuierlich verbessert und ausgebaut und die Website der Stadt übersichtlicher gestaltet werden. Mehr und einfachere Feedback- und Vorschlagsmöglichkeiten für Nutzer*innen sollen geschaffen werden. Wichtig ist uns, dass Informationen zur Kommunalpolitik und zu den kommunalpolitischen Gremien einfach und gut zugänglich online zur Verfügung stehen. Dazu ist das Ratsinformationssystem (Allris) entsprechend zu verbessern. Ein Nutzer*innen-freundliches Ratsinformationssystem ist wichtig zur Unterstützung der kommunalpolitisch Tätigen. Um die Benutzerfreundlichkeit öffentlicher Internetangebote für alle Bevölkerungsgruppen sicher zu stellen, sollen Bürger bei der Gestaltung von bestehenden und neuen Projekten frühzeitig beteiligt werden - zum Beispiel in Form eines Usability Labs.

Zugang zu öffentlichen Daten

Daten sind ein wichtiger Rohstoff. Uns GRÜNEN ist es wichtig, dass Daten allen gleichermaßen zugänglich sind und ihre Veröffentlichung gleichzeitig für mehr Transparenz sorgt. Wir unterstützen den weiteren Ausbau und die Überarbeitung des städtischen Open Data Angebots. Damit können sowohl Bürger*innen als auch Unternehmen und Institutionen öffentliche Daten - z.B. Geodaten und Statistiken - zu Informations-, Wirt-

schafts- und Forschungszwecken nutzen. Es soll eine Veröffentlichungsform gewählt werden, die sowohl für Menschen verständlich als auch maschinenlesbar ist. Dabei muss sichergestellt werden, dass alle veröffentlichten Daten anonymisiert sind und eine Rückverfolgung zu einzelnen Personen ausgeschlossen ist.

Offene Lösungen bevorzugen

Bei der Ausschreibung neuer Softwareprojekte soll auf offene Standards geachtet und Open Source Software bevorzugt werden. Offene Schnittstellen und Standards sowie Open Source Software sind wichtige Bausteine für mehr IT-Sicherheit und verringern die oft gravierende Abhängigkeit von einzelnen Softwareanbietern. Neben der deutlich erhöhten Transparenz eröffnen offene Lösungen auch neue Möglichkeiten für Kooperationen mit innovativen regionalen Unternehmen und Hochschulen. Bei der langfristigen Planung der IT-Infrastruktur der Stadt müssen Unabhängigkeit und Transparenz der Verwaltung als strategische Ziele berücksichtigt und mit wirtschaftlichen Interessen abgewogen werden.

Ökologische Transformation digital unterstützen

Es gibt vielfältige Möglichkeiten digitaler Technologien für den Schutz von Umwelt und Klima sowie für die Sicherung und Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt. Dazu zählen z.B. Teile des Smart City Konzeptes sowie der Einsatz von Sharing-Plattformen. Die Stadt Aachen hat im Bereich Smart City in den letzten Jahren sehr viele Projekte gestartet, an deren Umsetzung es hapert. Diese Projektansätze müssen stärker zu einem Gesamtkonzept zusammenwachsen. Insbesondere Teilprojekte im Bereich der Umweltüberwachung oder Energie- und Ressourceneinsparung müssen zügig umgesetzt werden.

Sharing-Plattformen im Mobilitätsbereich erfreuen sich in Aachen großer Beliebtheit. Wir wollen, dass solche Sharing-Konzepte, z.B. zum Verleihen von Gegenständen, ausgebaut und auf weitere Bereiche übertragen werden.

Digitalisierung für Alle

Von der Digitalisierung müssen alle Bürger*innen profitieren können. Das verlangt zeitnah eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen und freiem WLAN an öffentlichen Orten. Genauso notwendig sind mehr Bildungs- und Hilfsangebote für Bürger*innen. Diese sollen allen die Möglichkeit bieten, die sichere und verant-

wortungsvolle Nutzung digitaler Anwendungen zu erlernen und grundlegende Prinzipien zu verstehen. Wir setzen uns dafür ein, dass solche öffentlichen Angebote gestärkt und gemeinnützige Initiativen in diesem Bereich unterstützt werden.

Kultur

Kultur

Kultur ist für uns GRÜNE Ausdruck und elementarer Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens. Die freie Entfaltung von Kultur und Kunst ist elementar für eine offene und demokratische Gesellschaft. Für eine Stadtgesellschaft wie Aachen gilt das ganz besonders, denn Städte sind seit jeher Foren für Diskussionen und Austausch. Städte sind ein fruchtbarer Boden zur Entwicklung kultureller und künstlerischer Ausdrucksweisen. Gleichzeitig sind Kultur und Kunst Impulsgeber für die Stadt und die Stadtgesellschaft.

Die Stadt muss ihren Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten bieten, sich kulturell zu betätigen, als Publikum, aber auch als Kulturschaffende. Dazu braucht es in der Stadt Räume, die für kulturelle Aktivitäten nutzbar sind, es braucht Initiativen und Vereine, die Kultur machen und organisieren, es braucht Kulturinstitutionen, die Kultur schaffen, entwickeln und pflegen, es braucht Organisationen, die für kulturelle Bildung sorgen, und es braucht vor allem auch Menschen, die Kultur machen, professionell oder auch als Hobby.

Die Förderung von Kunst und Kultur ist für uns eine öffentliche Aufgabe. In der Kulturpolitik werden wir GRÜNE darauf hinwirken, dass die Stadt gute Voraussetzungen für ein vielfältiges, lebendiges und attraktives Kulturleben hat. Städtische Kulturpolitik trägt für uns sowohl Verantwortung für die städtischen Kulturinstitutionen, also Theater, Museen, Stadtbibliothek und Stadtarchiv sowie Musikschule und VHS, als auch Mitverantwortung für die vielfältige Kultur außerhalb dieser städtischen Einrichtungen. Deshalb wollen wir die kulturelle Infrastruktur bewahren, sie ausbauen und öffnen.

Wir wollen Kunst und Kultur integrativ und inklusiv ausgestalten. Dazu gehört es auch, kulturelle Angebote möglichst barrierefrei anzubieten, die interkulturelle Öffnung von Kulturangeboten zu fördern und Kooperationsprojekte zu unterstützen. Projekte und Maßnahmen, die Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur erleichtern, haben für uns eine große Bedeutung.

Die städtischen Kulturinstitutionen gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln, so dass sie ihre Aufgaben nachhaltig, effizient und wirkungsvoll erfüllen können. Dabei ist uns wichtig, dass die Kulturinstitutionen künstlerische und programmatische Freiheit haben.

Ganz wichtig ist uns auch die Wertschätzung der sogenannten „freien Kultur“ und der

Menschen, die in diesem Bereich aktiv sind. Sie muss mehr als bisher von der Kulturpolitik gewürdigt werden. Dazu gehört, dass sie gute Rahmenbedingungen in Form von Räumen, Beratung und auch finanzieller Förderung erhält. Hier setzen wir uns für Förderverlässlichkeit und die Senkung bürokratischer Hürden ein.

Wir GRÜNE wollen Kulturprojekte für Kinder und Jugendliche verstärkt fördern und ausbauen, die zum Ziel haben, diese zu starken, selbstbewussten, aufgeklärten, toleranten und kreativen Menschen zu machen. Intensivieren wollen wir die Kooperation zwischen Schulen und Kitas und den Anbietern kultureller Bildung.

Große Chancen für die Stadt sehen wir GRÜNE in der Kulturwirtschaft, dem Wirtschaftssektor, der sich mit der Schaffung und der Verbreitung kultureller und kreativer Güter und Dienstleistungen befasst.

Entschieden wehren wir uns gegen alle Versuche von rechtsextremer Seite, Druck auf Kulturinstitutionen und Kulturschaffende auszuüben.

Kulturleben stärken

Aachen hat ein reiches und lebendiges Kulturleben mit langer Tradition. Dazu tragen zum einen städtische Kulturinstitutionen bei. Wichtig und unverzichtbar sind aber auch die Beiträge der Kulturschaffenden außerhalb der städtischen Institutionen, freie Theatergruppen, Kunstvereine, Musik-, Film- und Literaturinitiativen. Aktivitäten in den Bereichen Kinder- und Jugendkultur oder auch Kulturvereine von Migrant*innen.

Wir GRÜNE stehen für eine vielfältige und bunte Kultur und die damit verbundene Lebendigkeit. Wir wollen sie daher stärken und weiter verzahnen. GRÜNE Kulturpolitik hat auch die ökonomische und soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern im Blick und strebt deren Verbesserung an.

Kulturprofil

Seit November 2009 hat die Stadt Aachen ein kulturelles Leitprofil. Dieses war und ist wichtig, um den Bereich Kultur gezielt weiter zu entwickeln und die beschränkten Ressourcen effizient und gezielt einzusetzen.

Wir halten wir es für wichtig, dieses Kulturprofil in einem umfassenden Beteiligungsprozess zu aktualisieren, in den insbesondere die junge Generation einbezogen wird.

Freie Kultur

Seitdem wir GRÜNE uns in der Aachener Kommunalpolitik engagieren, ist uns die Unterstützung und Förderung der sogenannten „freien Kultur“ ein zentrales Anliegen. Die freie Kulturszene bereichert unsere Stadt. Sie steht für Lebendigkeit, Kreativität und Experimentierfreude, sie erreicht auch Menschen, die die Angebote von „etablierten“ Kulturinstitutionen kaum oder gar nicht wahrnehmen, und sie erfüllt wichtige Aufgaben z.B. in den Bereichen Kinder- und Jugendtheater, Neuer Musik oder Film.

Die freie Kultur muss in der Kulturpolitik die gleiche Wertschätzung genießen wie die etablierten Kulturinstitutionen. Ihr müssen Ressourcen für Beratung und Unterstützung zur Verfügung gestellt werden, z.B. bei der Bereitstellung und Nutzung von Räumen, bei Programmen für personelle Unterstützung, bei der Werbung, beim Zugang zu Förderprogrammen etc.

Wir GRÜNE wollen die Kooperationen zwischen der freien Kultur und städtischen Kulturinstitutionen intensivieren und vertiefen. Um dafür eine bessere Basis zu schaffen, wollen wir eine jährliche Kulturkonferenz schaffen, die dem gegenseitigen Austausch und der Information dient.

Wir GRÜNE wollen die finanzielle Förderung der freien Kultur verbessern. Wir streben an, die Mittel für die sogenannte „KASTE“ (Kultur außerhalb städtischer Einrichtungen) auf mindestens 5% des Etats des Kulturbetriebs zu erhöhen, was derzeit ca. 1,35 Mio€ entspräche. Damit die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel effektiv und unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit eingesetzt werden, wollen wir sie auf kontinuierlich arbeitende Initiativen konzentrieren.

Auch die Richtlinien für die Vergabe der Mittel wollen wir regelmäßig im Dialog mit den Kulturschaffenden überprüfen und weiterentwickeln.

Ziel ist es dabei, deren Arbeit zu sichern, Grundlagen für gute Arbeitsbedingungen zu schaffen und eine Weiterentwicklung zu ermöglichen.

Kultur in den Stadtbezirken, von der Bürger*innenschaft getragene Bürger*innenhäuser

Auch in den Stadtbezirken und den Stadtteilen gibt es ein reges kulturelles Leben. Hier möchten wir durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten unterstützen und für einen

Erfahrungsaustausch mit den Bürger*innenvereinen sorgen, die schon erfolgreich Bürger*innenhäuser und Kulturhäuser unter eigener Regie etabliert haben.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt die bereits gut arbeitenden Initiativen wie etwa das KuKuK am Grenzübergang Köpfchen, die Frankenburg im Frankenberger Viertel oder Branderhof in Burtscheid in die Lage versetzt, dauerhaft ihre Häuser zu betreiben und Programme anzubieten.

Kulturelle Bildung - Kinder- und Jugendkultur

Die kulturelle Bildung muss bereits in Kindergarten und Schule beginnen. Kinder und Jugendliche verbringen dort heute einen Großteil ihrer Zeit. Deshalb richten wir den Fokus auf die Themen „Kultur und Kita“ und „Kultur und Schule“. Die kulturelle Bildung gehört für uns zum Bildungsauftrag dieser Einrichtungen.

Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass kulturelle Vorhaben an unseren Kitas und Schulen unterstützt und kreative und persönlichkeitsbildende Projekte stärker in das Schulleben integriert werden. Kultur an Aachener Kindergärten und Schulen darf kein exklusives Unternehmen, sondern muss die Regel werden. Alle Schulen müssen so ausgestattet werden, dass dort kulturelle Bildung möglich ist.

Wichtig ist dafür die Kommunikation zwischen denen, die Kultur betreiben und kulturelle Angebote machen, und den Kitas und Schulen. Das vorhandene vielfältige Angebot, das die städtischen Kulturinstitute und die freie Kunstszene zur Verfügung stellen, muss besser genutzt werden. Eine wichtige Rolle spielt dabei das Bildungsbüro bei der StädteRegion, das wir weiter unterstützen wollen.

Mit dem Ziel, jungen Menschen unterschiedlicher Herkunft das Erleben von Kultur zu ermöglichen und sie für die Vielfalt der Kreativangebote der Stadt zu interessieren, planen wir an zentraler Stelle ein frei zugängliches Zentrum für Jugendkultur und Kreativität. Hier bietet sich ein ebenerdiger und gut einsehbarer Raum auf dem Gelände oder in unmittelbarer Nähe des Bushofs als zentralem Verkehrsknotenpunkt in Aachen an. Es soll ein offener Experimentierraum sein, in dem Jugendliche mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen ihre spezifischen künstlerischen Ausdrucksformen während ihrer täglichen Wartezeiten ausprobieren können.

Eine Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement und idealerweise mit Sozialarbeitern, mit Kulturschaffenden, Kulturinstitutionen, freien Kulturorganisationen und der

Stadtverwaltung ist in Planung und Umsetzung anzustreben. Besonders wichtig ist es dabei, dass Jugendliche schon bei der Planung einbezogen werden, um die Gestaltung des Projektes besonders auf diese Zielgruppe hin abzustimmen und sie in die Gestaltungsprozesse zu integrieren. Wichtig ist zudem der integrative Charakter, indem auf die Kulturhintergründe der Menschen mit ausländischen Wurzeln eingegangen und eine Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden aus den verschiedenen Kulturen eingeplant wird.

Das Projekt wertet den Bushof während seiner Restnutzungsdauer auf. Darüber hinaus läge es an zentraler Stelle auf einer „Kulturachse“ vom DAS DA Theater bis zum Mörgens und würde sich in eine zukünftig grüne, den Bereich Bushof - VHS - Stadtbibliothek aufwertende Stadtplanung einfügen.

Kulturbetrieb

Der von uns GRÜNEN mit initiierte Kulturbetrieb erhält aktuell einen jährlichen Zuschuss von ca. 20 Mio€. Damit hat er einen Anteil von etwa 1,92 % an den Gesamtausgaben des städtischen Haushalts.

Die Leistung des Kulturbetriebes für die Stadt bewerten wir insgesamt als sehr positiv. Zu intensivieren sind seine Arbeit für die freie Kultur und die Stärkung und der Ausbau der Kulturwirtschaft als wichtiger ökonomischer Sektor unserer Stadt.

Kulturwirtschaft

Bereits in den letzten Jahren haben wir GRÜNE das Thema Kulturwirtschaft in Aachen stärker in den Fokus gerückt. In den nächsten Jahren wollen wir die Kulturwirtschaft zu einem Schwerpunkt unserer Politik machen.

Damit Kulturwirtschaft in Aachen erfolgreich sein kann, vertreten wir folgende Punkte:

- Kunst- und Kulturschaffende, Start-Ups und Kreative brauchen Platz, um weitestgehend frei von wirtschaftlichen Zwängen Individualität und Kreativität ausleben zu können. Die Stadt muss dafür sorgen, dass es in der Stadt Räume gibt, die der rein profitorientierten Verwertung entzogen werden. Sie soll auch dafür sorgen, dass zum Beispiel Zwischennutzungen in leer stehenden Gewerbeimmobilien einfach und unbürokratisch möglich sind.

- Kulturwirtschaft hat das Potential mit „Raumpionieren“ und „Raumunternehmen“ Impulse in der Stadtentwicklung zu setzen. Alte Häuser, verlassene Plätze oder Ähnliches können mit Initiative, neuen Ideen und Experimenten belebt und so vor dem Verfall und der Verwahrlosung geschützt und zu kreativen Treffpunkten werden. Auch dieses Potential soll die Stadt unterstützend nutzen.
- Die Kulturwirtschaft muss in der Wirtschaftsförderung und im Kulturbetrieb beratende und unterstützende Ansprechpartner finden.

Festivals und Feste

In den letzten Jahren und Jahrzehnten haben sich in Aachen einige Festival-Formate etabliert. Sie sind ein wichtiges Aushängeschild für die Stadt. Großveranstaltungen wie das „September Special“, bei denen die Stadt Einfluss hat, müssen auch qualitativen Ansprüchen genügen. Lokale und regionale Künstler*innen sollen hier eine Bühne finden.

„Freie“ Festivals wie das traditionelle „In Front Festival“ oder jüngere Festivals wie zum Beispiel „Kimiko“ oder „Garden Eden“ soll die Stadt insbesondere bei bürokratischen Angelegenheiten unterstützen. Auch Straßen- und Nachbarschaftsfeste wie das „Lothringair“ gehören zur städtischen Kultur. Für ihre Umsetzung soll die Stadt gute Voraussetzungen schaffen.

Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass die Stadt ein „Urban Culture Festival“ organisiert, welches die Vielfalt junger, urbaner Kulturen in Aachen und in der Region deutlich macht und deren Akteur*innen Gelegenheit gibt, sich und ihre Arbeit einem breiten Publikum zu präsentieren.

Filmlandschaft

Die Aachener Kino- und Filmlandschaft verdankt ihre Qualität dem Engagement der Kinobetreiber und verschiedenen Filminitiativen. Diese arbeiten seit vielen Jahren gut zusammen. Soweit es mit den Mitteln der Kommunalpolitik möglich ist, wollen wir diese Landschaft erhalten und stärken. Dazu gehört, dass wir die Arbeit der „freien“ Filminitiativen im Rahmen der „freien“ Kultur weiter unterstützen wollen.

Clubkultur / Nachtleben

Die Kultur- und Freizeitangebote der Stadt sollen attraktiv für jede Altersgruppe sein.

Insbesondere für junge Menschen und Studierende, aber auch für andere, spielt dabei das Nachtleben mit Clubs und Bars eine große Rolle. Die Stadt braucht Orte, wo dieses Nachtleben möglich ist und sich entfalten kann.

Wir GRÜNE wollen das Nachtleben attraktiver gestalten. Deshalb setzen wir uns nicht nur dafür ein, dass vorhandene Angebote erhalten bleiben, sondern dass auch neue Angebote an Clubs und Bars entstehen können. Wir wollen verhindern, dass man lange Wege zurücklegen oder gar auf andere Städte ausweichen muss, um z.B. eine gute Diskothek zu besuchen. Das Nachtleben sollte möglichst in der Innenstadt stattfinden können oder aber an Orten mit einer guten ÖPNV-Verbindung auch in der Nacht. Politik und Verwaltung haben einige - wenn auch eingeschränkte - Möglichkeiten ein gutes Nachtleben zu erhalten und zu fördern. Wir GRÜNE wollen diese Möglichkeiten nutzen. In Konfliktfällen, z.B. dort, wo es Konflikte zwischen Anwohner*innen und dem Nachtleben gibt, sollten Verwaltung und Politik vermitteln und versuchen, für alle Beteiligten tragfähige Lösungen zu finden. Andere Städte setzen erfolgreich sogenannte Nachtbürgermeister*innen ein. Sie sind Ansprechpartner*innen für die Belange des Nachtlebens, der sogenannten „Nachtökonomie“, und vermitteln z.B. zwischen Klubs, Bars und deren Besuchern auf der einen und Anwohnern und Politik auf der anderen Seite. Diese Idee möchten wir GRÜNE auch in Aachen umsetzen.

Weiterhin wollen wir darauf achten, dass nicht durch Planung (z.B. Gebietsausweisungen) Konfliktfelder entstehen, die das Nachtleben gefährden. Die Aspekte des Nachtlebens sind transparent abzuwägen. Bei Neuplanungen, insbesondere im Bereich der Innenstadt sowie an (ehemaligen) Gewerbe- und Industriestandorten werden wir prüfen, ob sich dort nicht auch Chancen für eine Verbesserung des Nachtlebens ergeben. Dort, wo es Initiativen für Neugründungen gibt, wollen wir, dass diese von vornherein aktiv begleitet werden, damit sie nicht an bürokratischen oder anderen Hürden scheitern. Im Rahmen der Entwicklung neuer kultureller Veranstaltungs- und Begegnungsorte im Innenstadtbereich sollen auch Clubnutzungen berücksichtigt werden. Ebenfalls wollen wir beim Umbau des neuen Kurhauses die Einrichtung eines Clubs als Möglichkeit vorsehen.

Stadtbibliothek und Volkshochschule

Stadtbibliothek und Volkshochschule haben elementare Bedeutung für die Grundversorgung der Bürger*innenschaft mit Kultur und Bildung.

Die GRÜNEN wollen den Standard der Bibliothek als Teil des Kulturbetriebs erhalten

und dessen Attraktivität verbessern. Dazu gehört, dass die Stadtbibliothek mit moderner Bibliothekstechnik ausgestattet wird, die auch die Selbstverbuchung oder die Rückgabe von Medien außerhalb der Öffnungszeiten ermöglicht. Die Stadtbibliothek muss als Kultur- und Bildungsinstitution fit für die Herausforderungen gemacht werden, die sich aus der radikalen Veränderung der Medienwelt ergeben.

Die Volkshochschule leistet wertvolle und erfolgreiche Arbeit in der (Weiter-) Bildung und in den Bereichen Integration, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Darüber hinaus betreut sie wichtige Projekte wie die „Stolpersteine“ oder „Demokratie leben!“. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die VHS diese Arbeit auch weiterhin gut und erfolgreich leisten kann.

Auch das an der Volkshochschule angesiedelte Angebot der Schulabschlusskurse soll erhalten bleiben.

Eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die VHS und die Bibliothek weiter so erfolgreich arbeiten können, ist eine Verbesserung der räumlichen Situation. Daher setzen die GRÜNEN sich dafür ein, ein „Haus der Bildung“ zu schaffen, das neben der Volkshochschule die Zentrale der Stadtbibliothek beherbergen soll. Wir sind der Überzeugung, dass sich damit Synergien ergeben, die für beide Institutionen neue Chancen und für die Bürger*innen einen großen Mehrwert bieten.

Theater

Die Stadt Aachen hat sich dazu entschlossen, das Theater Aachen als Dreispartentheater mit Schauspiel, Oper und Konzertbetrieb weiterzuführen. Der Beschluss ist das Ergebnis der Arbeit mehrerer Strukturkommissionen, in der sich Theater, Stadt und Rat über Angebot und Leistung des Theaters, ein zeitnahe Controlling sowie das Budget verständigt haben. Wir GRÜNE stehen dazu, das Theater Aachen als Dreispartenhaus zu erhalten.

Wir GRÜNE werden den konstruktiven Dialog zwischen Politik und Theater fortsetzen, um bei Problemen gemeinsame Lösungen zu finden.

Ein Ziel ist es auch, die städtebauliche Situation rund um das Theater zu verbessern, das Theatergebäude aus der durch vielbefahrene Straßen entstehenden Insellage zu holen und den Theaterplatz zu einem gut nutzbaren urbanen Raum zu entwickeln (siehe Stadtentwicklung).

Museumslandschaft

Wir GRÜNE streben das gemeinsame Erarbeiten eines Gesamtkonzeptes für unsere Museums-„Häuser“ an, damit Aachen auch überregional als spannender Ort der Kultur und Kunst wahrgenommen wird.

Wir sehen die „Häuser“ weniger als umgrenzte Räume mit fest definierten Programmschwerpunkten, sondern mehr als Orte, an denen sehr verschiedene Aktivitäten stattfinden können, als „Labore“ für Neues, als Experimentierräume, die in die Stadt hineinwirken und Einwirkungen aus der Stadt Raum geben. Dazu gehört auch eine stärkere Kooperation mit der freien Kultur.

Um die Attraktivität der „Häuser“ zu verbessern und Hemmschwellen zum Museumsbesuch abzubauen, sind wir für eine Ausweitung des kostenlosen Eintritts. Zunächst sollen die Museen an einem Tag in der Woche freien Eintritt haben, später soll der Eintritt - ausgenommen Sonderausstellungen - generell frei sein.

Die GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass sich die Häuser mehr öffnen, wobei das Ludwig Forum hier in den letzten Jahren mit gutem Beispiel vorangegangen ist. Die Museen sollen Orte der Begegnung werden. Dazu ist auch ein gutes gastronomisches Angebot notwendig.

Stadtarchiv, Stadtgeschichte, Archäologie

Das Stadtarchiv ist das historische Gedächtnis der Stadt. Besonders in der Aufarbeitung der Nazizeit leistet unser Archiv einen unverzichtbaren Beitrag zur Erinnerungspolitik und zur Stärkung unserer Demokratie.

Für wichtig halten wir, dass das Archiv verstärkt die jüngere Geschichte Aachens (Nachkriegsgeschichte, 1960er, 70er, 80er, 90er Jahre) in den Fokus nimmt. Wir treten dafür ein, dass das Stadtarchiv die Bürger*innen noch mehr als bisher ermuntert, aktiv Geschichtsarbeit zu leisten.

Die Buchreihe „Geschichte Aachens“ soll fortgesetzt werden. Wir regen an, Veröffentlichungen zur Geschichte Aachens verstärkt in digitalen Medien darzustellen und Dokumente und Materialien zu digitalisieren.

Seitdem in Aachen vor einigen Jahren eine eigene Stadtarchäologie geschaffen wurde,

hat Archäologie in Aachen wieder einen Stellenwert. Wir werden sie weiter unterstützen. Die Grabungsergebnisse sollen - auch digital - aufbereitet und damit einem breiten Publikum vermittelt werden.

Digitalisierung

Die Digitalisierung ist auch für die Kultur und die Kulturpolitik ein wichtiges Thema. Für Aachen sind uns insbesondere folgende Maßnahmen und Themen wichtig:

- Alle Kultureinrichtungen müssen technisch und baulich so ausgestattet werden, dass Beschäftigten und Nutzer*innen das digitale Arbeiten und Nutzen von digitalen Medien und Angeboten auf hohem Niveau möglich ist.
- Die Bildungs- und Kulturinstitutionen sollen mit eigenen Angeboten dazu beitragen, Bürger*innen zu befähigen, die Herausforderungen der Digitalisierung zu verstehen, sich mit ihnen auseinanderzusetzen und sie zu meistern. Das können Informations-, Diskussions- und Qualifizierungsangebote sein.
- Wir wollen Initiativen aus der freien Kultur unterstützen und fördern, die sich mit dem Thema Digitalisierung auseinandersetzen, Kunst und Kultur mit Digitalisierung verbinden oder Kooperationsprojekte zwischen Kunst, Kultur, Wissenschaft und Forschung verwirklichen.

Kulturregion Euregio

In unseren unmittelbaren Nachbarländern, in Limburg, Ostbelgien und der Wallonie gibt es ein vielfältiges, interessantes Kulturleben. Darüber ist in Aachen viel zu wenig bekannt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Kulturangebote in der Euregio über die Grenzen hinweg besser kommuniziert werden, in jede Richtung. Grenzüberschreitende Kooperationen sollen ausgebaut werden. Entsprechende Initiativen werden wir GRÜNE unterstützen.

Unser Ziel ist es, dass die Euregio als eine Kulturregion wahrgenommen und erlebt wird, und dass ihre vielfältigen Kulturangebote ganz selbstverständlich genutzt werden. Durch die privilegierte geographische Lage unserer Stadt haben wir Aachener*innen die besondere Chance, die kulturelle Vielfalt Europas direkt zu erleben, unseren eigenen

kulturellen Horizont zu erweitern und unseren Beitrag zu einem offenen und toleranten Europa zu leisten.

Kultur erweitert nicht nur den Horizont der Menschen, sondern bietet ihnen Möglichkeiten, die Gegenwart zu begreifen und vor allem eine lebenswerte Zukunft zu gestalten, in Freiheit und Selbstverantwortung.

Kinder und Jugend

Kinder und Jugend

Jung sein in Aachen - Chancen für junge Menschen schaffen

Wir stehen mit GRÜNER Kinder- und Jugendpolitik dafür, dass alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt gleiche Entwicklungschancen haben: unabhängig vom sozialen Hintergrund, ihrer Herkunft oder anderen Rahmenbedingungen. Kinder und Jugendliche sollen sich gut aufgehoben fühlen und in einer Stadt leben, die ihren Wünschen und Gedanken Raum gibt. Jedes Kind soll mit der Gewissheit aufwachsen, dass es in unserer Stadt willkommen ist und gemeinsam mit der Familie, den Freund*innen wertgeschätzt wird. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen weiter verbessern und mit einer kindgerechten Politik den Raum schaffen für Teilhabe und Mitsprache in allen Bereichen einer jungen, sozial gerechten Stadtentwicklung für Aachen.

Wir wollen ein faires Bildungssystem von Anfang an. Bildung sollte von Beginn an selbstverständlich und kostenfrei sein. Der Zugang zur frühkindlichen Bildung ist für uns ein unabdingbarer Bestandteil zur Chancengleichheit und einer gleichberechtigten Entwicklung.

Wir wollen Familien auch weiterhin mit niedrigschwelligen Hilfsangeboten unterstützen. Hilfe zur Erziehung ist für uns ein Baustein im System der Jugendhilfe, der Familien und junge Menschen wieder stark macht. Hier arbeiten wir erfolgreich mit den Träger*innen der freien Jugendhilfe zusammen.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche stärker an politischer Entscheidungsfindung teilhaben und ihre Stimme einbringen können - auch und gerade in der Kommune. Unsere Ideen für eine kinder- und familienfreundliche Stadt im Einzelnen:

Bedarfsgerechter Kita-Ausbau

Die Kindertagesstätten-Bedarfsplanung gibt in jedem Jahr Auskunft über den Stand der Plätze in Kindertagesstätten und der Tagespflege. Wir GRÜNE in Aachen haben den bedarfsgerechten Ausbau immer aktiv mitgestaltet. Besonderen Wert haben wir auf die sozialräumliche Planung gelegt, d.h.: Wir schauen auf die Stadtbezirke und planen mit dem Grundsatz „Kurze Beine, kurze Wege“, denn Kindertagesstätten sind auch soziale Begegnungsräume. Hier treffen sich Kinder, Erzieher*innen und Eltern, hier entstehen Freundschaften und Netzwerke im eigenen Stadtteil. Kinder und Eltern fühlen sich so

in ihrem Stadtteil zuhause und gestalten ihren unmittelbaren Lebensraum aktiver mit. Neue Ideen und Angebote - wie die Betreuung in Randzeiten - sind uns wichtig und müssen gemeinsam mit den Kindertagesstätten und den Eltern vor Ort entwickelt werden. Gleichzeitig achten wir auf den Ausbau im Innenstadtbereich. Auch hier sollen durch Neubau und die Modernisierung von Kindertagesstätten in den nächsten Jahren zusätzliche Betreuungsangebote geschaffen werden.

Gute Kinderbetreuung braucht hoch qualifiziertes, gut bezahltes und zufriedenes Personal. Mit einer „Qualitätsoffensive“ wollen wir sowohl die hohen Standards und die gute personelle Qualität in unseren Kindertagesstätten verbessern als auch neues Personal gewinnen. Dazu gehören neben guter Bezahlung etwa auch Gesundheitsprogramme, sichere Arbeitsplätze und eine hohe Wertschätzung.

Welchen Kinderbetreuungsbedarf haben Eltern in Aachen? Wir halten sowohl im U3- als auch im Ü3-Bereich die Statistiken im Blick und wollen den kontinuierlichen Ausbau fördern. So sorgen wir auch in Zukunft dafür, dass die Stadt der bereits jetzt hohen Nachfrage gerecht wird. Dazu ist es auch wichtig, die Wünsche und Bedürfnisse der Eltern zu berücksichtigen. Die letzte Elternbefragung zum Betreuungsbedarf fand im Jahr 2013 statt. Um die Bedarfe der Eltern besser berücksichtigen zu können, möchten wir GRÜNE eine neue Elternbefragung durchführen. Diese soll in Zukunft in kürzeren Intervallen durchgeführt werden.

Spielplätze und Bolzplätze

In einer Großstadt sind Spielplätze auch immer Lebens- und Erfahrungsräume für Kinder. Hier können sie sich ausprobieren, toben, Kontakte knüpfen, sich im Spiel entfalten und vieles mehr. Der Erhalt und der gute Zustand von Spielplätzen und Bolzplätzen ist uns wichtig. Spielflächen in der Stadt müssen erhalten und, wo möglich, auch neu geschaffen werden. Flächen für Parks oder für andere Nutzungen dürfen nicht auf Kosten von Spiel- und Bolzplätzen angelegt werden. Wir GRÜNE wollen mehr Beteiligung der Menschen im Viertel bei der Umgestaltung und Schaffung unserer Spielplätze und auch die schnellere Umsetzung der Planungen. Wir wollen die bestehenden Bolzplätze erhalten und attraktiver gestalten. Dazu wollen wir ein „Bolzplatzprogramm“ auflegen und im Haushalt verankern.

Jugendpartizipation Mitreden - Mitentscheiden - Mitgestalten

Was in der StädteRegion bereits in die Praxis umgesetzt ist, möchten wir auch in Aachen ermöglichen: Wir lassen Jugendliche an politischen Prozessen stärker teilhaben, und werden in der nächsten Ratsperiode einen festen Sitz für junge Bürger*innen als sachkundige Einwohner*innen in den Ausschüssen und Gremien einrichten. In der heutigen Zeit ist die aktive und gleichberechtigte Mitsprache junger Menschen in allen Bereichen einer sozial gerechten Stadtentwicklung für uns als GRÜNE ein absolutes Muss.

Wir loten aus: Welche weiteren Ansätze von Jugendpartizipation können wir auf den Weg bringen? Das geschieht in enger Kooperation mit dem Bildungsbüro der StädteRegion Aachen. Wir begrüßen die Politisierung und das gesellschaftliche Engagement der jungen Generation, die nicht zuletzt durch die „Fridays for Future“-Bewegung volle Fahrt aufgenommen hat. Wir fördern Demokratiebildung von der Kita bis zur „Offenen Tür“ (OT).

Nachhaltige Kita und OGS

Gutes Essen, kurze Wege: Wir möchten regionale Versorgung nicht nur für unsere Kleinsten in den Kitas, sondern auch in unseren Ganztagsangeboten an Schulen etablieren: Wir möchten saisonale gesunde Nahrungsmittel von regionalen Anbieter*innen fördern, um Lieferwege kurz zu halten und Gemüse und Obst so frisch wie möglich auf den Tisch zu bekommen. Neue Modelle werden wir gemeinsam mit den Akteur*innen vor Ort entwickeln und damit eine nachhaltige gesunde Ernährung in allen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gewährleisten. Um auch kleineren Einrichtungen und freien Träger*innen ein gutes Angebot zu ermöglichen, wollen wir die Möglichkeit prüfen, eine zentrale kommunale Großküche einzurichten, die die Einrichtungen nach den genannten Kriterien versorgt. Eine Kooperation mit der Jugendberufshilfe könnte Synergieeffekte schaffen.

Förderung von nachhaltiger und selbstständiger Mobilität

Wir wollen, dass unsere Kinder fit für den Alltag sind. Dazu gehört, dass sie sicher - und später auch eigenständig - ihre Wege meistern können. Dazu gehört ebenso eine engmaschige Versorgung mit Kita-Plätzen im eigenen Quartier (nach dem Motto „kurze Beine, kurze Wege“). Dann können Wege mit dem Roller, dem Lauf- oder Fahrrad oder zu Fuß zurückgelegt werden. Wir schaffen so schon bei den Kleinsten ein Umweltbewusstsein

in Sachen Mobilität und reduzieren „Eltern-Taxis“ in Form von Kfz-Verkehren. Hierfür bedarf es einer kindgerechten Verkehrsgestaltung mit sicheren Rad- und Fußwegen. Dazu ist auch der Ausbau von Abstellplätzen für Fahrräder an Kitas und Schulen dringend notwendig (auch für Cargo-Bikes oder Gespanne, z.B. Anhänger).

Freie Jugendhilfe

Wir unterstützen und erhalten die Offenen Türen, also Kinder- und Jugendeinrichtungen, die offen für alle sind. Mit ihrem umfassenden Angebot bilden sie die Grundlage für kulturelle Bildung und Teilhabe. Der Jugendförderplan muss finanziell so gut ausgestattet sein, dass diese wertvolle Arbeit in den Einrichtungen der freien Jugendarbeit mit hoher Qualität zukunftsfähig weitergeführt werden kann. Jugendliche brauchen Freiraum und die Möglichkeit, eigene Ideen zu entwickeln. Die Jugendeinrichtungen bieten hier seit vielen Jahren den kreativen Raum und geben jungen Menschen in allen Stadtteilen Gelegenheit, sich frei und offen zu begegnen. Darüber hinaus fördern wir ein bedarfsgerechtes Angebot je nach Stadtteil oder nach besonderen Zielgruppen. Hierzu gehören Jugendeinrichtungen wie der lesbisch-schwule Jugendtreff „Knutschfleck“ oder Einrichtungen mit besonderen inhaltlichen Schwerpunkten, wie zum Beispiel die Jugendkunstschule in der Bleiberger Fabrik oder das Fanprojekt der Alemannia.

Ferienspiele

Die Aachener Ferienspiele sind außerordentlich beliebt, das Angebot ist vielfältig und kreativ. Sie haben eine große Bedeutung für Kinder und Eltern und bieten soziale, spielerische und intellektuelle Lern- und Erfahrungsräume außerhalb der Schulzeiten. Wir GRÜNE möchten das Programm beibehalten, finanziell gut ausstatten und laufend an die Bedarfe der Teilnehmenden und Ehrenamtlichen anpassen. Der große Erfolg der Ferienspiele ist auch den vielen Ehrenamtlichen zu verdanken, sie verdienen große Wertschätzung und Anerkennung.

Jugendberufshilfe und Arbeitsmarktintegration

Eine gute Ausbildung ist der wichtigste Baustein für die Zukunft junger Menschen. Die Chancen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt sind für die junge Generation so gut wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Auf einen gemeldeten Ausbildungsplatz kommt in der StädteRegion weniger als eine Bewerbung. Doch trotz des zunehmenden Fachkräftemangels gibt es Jugendliche, die nach der Schule keinen erfolgreichen Anschluss finden. Die Jugendberufshilfe ist hier eine zentrale Stütze für den Übergang in Ausbildung und

Beruf. Sie unterstützt als Trägerin die berufliche Orientierung im Rahmen der Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA). Gerade bei jungen Menschen, die besondere Bedürfnisse in dieser Lebensphase haben, kann die Jugendberufshilfe mit verschiedenen Maßnahmen und Projekten zu gelingenden Übergängen beitragen - und die Jugendlichen auch während der Ausbildung noch begleiten. Bei der Integration sozial benachteiligter Gruppierungen, wie dies beispielsweise häufig bei Geflüchteten und Neuzugewanderten der Fall ist, spielt die Jugendberufshilfe eine wichtige Rolle.

Wir GRÜNE werden die Arbeit der Jugendberufshilfe weiterhin fördern und stärken. Ebenso werden wir auch andere Programme und Projekte zur Arbeitsmarktintegration junger Menschen aktiv unterstützen.

Kinder und Jugendarbeit 2.0 - Digitale Angebote ausbauen

Viele Behördengänge und Formalitäten erledigen wir heute schon bequem und mit Zeitersparnis vom PC, Laptop oder Smartphone aus. Angebote wie das städtische Kita-Portal erleichtern solche Vorgänge nicht nur für Eltern, sondern auch für das Personal „am anderen Ende der Leitung“. Wir wollen das Kita-Portal ebenso wie weitere familienfreundliche Web-Angebote (Ferienspielanmeldung, OGS etc.) weiter ausbauen und anwendungsfreundlicher gestalten.

Bildung

Bildung

Bildung ist die grundlegende Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Sie ermöglicht Teilhabe und soziale Verantwortung. Sie ermöglicht den Menschen ein eigenständiges Urteil und schützt sie vor Manipulation. In diesem Sinn ist Bildung ein wesentlicher Schlüssel dazu, dass alle Menschen in einer friedlichen, sozial gerechten und ökologischen sowie ökonomisch nachhaltigen Welt leben können.

Eine gerechte Bildung entsteht nicht dadurch, dass man alle gleich behandelt, sondern indem man gleiche Voraussetzungen für alle schafft, sodass vorhandene Benachteiligungen möglichst ausgeglichen werden.

Eine besondere Herausforderung und Möglichkeiten für die Bildungspolitik in Aachen liegt darin, dass Menschen aus ganz unterschiedlichen sozialen Schichten, mit ganz unterschiedlicher Herkunft und Voraussetzungen in Aachener Bildungseinrichtungen zusammentreffen. Wir GRÜNE stehen für ein Bildungssystem, in dem Diversität und Vielfalt als Bereicherung angesehen werden. Wir stehen für ein Bildungssystem, in dem alle Menschen gemeinsam leben und lernen können: unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer bisherigen Bildungsgeschichte, unabhängig von ihrer geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung, unabhängig von vorhandenen Behinderungen und unter Rücksichtnahme auf besondere Unterstützungsbedarfe.

Gute Bildungspolitik muss Ungleiches ungleich behandeln: Die Schulen, die vor den größten Herausforderungen stehen, sollen auch die größte Unterstützung erhalten. Um dies zu erreichen wollen wir GRÜNE Arbeitsstrukturen und gezielte Unterstützungssysteme auf allen Ebenen unserer Bildungsangebote in Aachen schaffen und die Vielfalt der Aachener Bildungslandschaft weiterentwickeln.

Bildungslandschaft in Aachen

Auch wenn der Institution Schule ein zentraler Stellenwert zukommt, reicht Bildung jedoch weit über Schule hinaus. Neben einer vielfältigen Schullandschaft und gleich mehreren Hochschulen in Aachen, findet Bildung auch an zahlreichen außerschulischen Lernorten und auch der Volkshochschule (VHS) und der Musikschule statt.

Wir GRÜNE begrüßen dieses große Angebot in Aachen und wollen die Vernetzung der einzelnen Bildungsinstitutionen weiter vorantreiben. Wir sehen alle Schulformen in der Verantwortung, ein inklusives Bildungssystem umzusetzen. Wir wissen, dass ein inklusi-

ves Bildungssystem nicht von heute auf morgen zu erreichen ist. Deshalb wollen wir dafür Sorge tragen, dass zielführende Zwischenziele und Schritte verankert werden. Neben der Unterstützung der Förderschulen in Aachen gehören viele kleine Projekte dazu, die allen Schulen in Aachen die Chance gibt, ihr inklusives Angebot auszuweiten.

Aachener Schul- und Hochschullandschaft

Grundschulen

Unser Verständnis von kindlicher Bildung folgt dem Dreiklang aus Betreuung, Erziehung und insbesondere Bildung. Kindertageseinrichtungen spielen eine wichtige Rolle bei der Persönlichkeitsentwicklung und legen den Grundstein für eine selbstbestimmte und individuell bereichernde Bildungsbiografie.

Eine Ganztagsgrundschule muss ein Lebens- und Lernort sein, der Vertrauen, Sicherheit und Geborgenheit bietet. Offene Ganztagsangebote sind grundsätzlich Bildungsangebote, die eine gute pädagogische Qualifikation der Beschäftigten ebenso voraussetzen wie eine gute Abstimmung mit den Kollegien und den Schulleitungen. Das Ganztagsangebot in Aachen ist auf einem guten Stand. Dennoch ist auch hier ein ständiger Entwicklungsprozess Grundlage guter Bildung.

Eltern sowie Schüler*innen müssen in die Planung und Gestaltung des strukturierten Ganztags einbezogen sein. Offene Ganztagschulen müssen entscheiden können, ob und wie sie ihren offenen Ganztags zu einem gebundenen Ganztags weiterentwickeln. Das gilt für die Inhalte, die Teamarbeit, die Fortbildung der multi-professionellen Fachkräfte und ein Raumkonzept, bei dem Räume von Schule und OGS gemeinsam genutzt werden.

Die Grundschulen sind stark mit dem umliegenden Sozialraum verwoben. Daher unterstützt die Stadt als Schulträger die Schulen in sozial schwierigen Lagen mit dem Grundschulfonds. Die Mittel in diesem Grundschulfonds wollen wir GRÜNE deutlich erhöhen. Die Finanzierung der Schulen soll langfristig anhand eines Sozialindex ausgerichtet werden.

Weiterführende Schulen

Den Gedanken einer Schule für Alle setzen die Grundschulen schon heute um. Diesen Weg führen die Gesamtschulen mit ihrer großen Diversität in der Schüler*innenschaft fort und leisten damit einen wichtigen Beitrag für eine inklusive und offene Gesell-

schaft. Wir begrüßen den Beschluss des Schulausschusses, die Anzahl an Eingangsklassen an Gymnasien zu beschränken. Auf dieser Grundlage sind beide Systeme, sowohl die Gymnasien als auch die Gesamtschulen, nebeneinander entwicklungsfähig. Wir GRÜNE setzen uns seit Jahren und auch weiterhin für ausreichend viele Schulplätze an den Gesamtschulen ein. Seit Jahren verschiebt die Große Koalition aus CDU und SPD die Entscheidung über zusätzliche Gesamtschulplätze und/oder eine massive Unterstützung der Gesamtschule in Laurensberg. In einer weiteren zweiten Zukunftswerkstatt wollen wir alle Perspektiven (Unterstützung, Umzug, Schließung und Neugründung) abwägen und mit einer gemeinsamen Entscheidung einen neuen Weg für das Schulzentrum einschlagen.

Damit die Gesamtschulen ihrer vielfältigen Schüler*innenschaft gerecht werden können, müssen sie sowohl personell als auch materiell in besonderer Weise ausgestattet werden. Die Konkurrenz zwischen den Schulen und Schulformen möchten wir in eine positive Richtung lenken, in dem wir die Profilbildung der weiterführenden Schulen unterstützen. Diese Profile wie auch die der in Trägerschaft der StädteRegion stehenden Schulen (Berufskollegs, berufliche Gymnasien) sollen zentral und transparent dargestellt werden, um den Schüler*innen die Vielfalt möglicher Bildungswege zu verdeutlichen.

Die Stadt unterstützt innovative Projekte an allen Schulen, indem sie Mittel aus dem Zukunftsfond bereitstellt. Wir GRÜNEN werden einen neuen Projektfonds einrichten, der - nach einer Anschubfinanzierung durch den Zukunftsfonds - eine dauerhafte Unterstützung von innovativen Projekten ermöglicht, wenn diese Projekte sich in der Anschubphase als erfolgreich erwiesen haben. Die Bildungsdiskriminierung junger Migrant*innen verhindert eine gelingende Integration in die Gesellschaft. Wir sehen die Förderung des Spracherwerbs sowie die Integration von Flüchtlingen und Migrant*innen als Aufgabe aller Schulformen.

Ausbildung

Wie in vielen Kommunen ist auch in Aachen der Fachkräftemangel deutlich spürbar. Die Landesinitiative „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAoA), die Ausbildungsbetriebe, die Hochschulen und auch die Stadt selbst sind in diesem Bereich Kooperationspartner.

Die Attraktivierung der Dualen Ausbildung ist ein wichtiges Ziel. Gemeinsam mit allen Akteuren müssen wir die Öffentlichkeitsarbeit vorantreiben und Initiativen unterstützen, um die Ausbildungen als attraktive Alternativen zu einem Hochschulstudium zu

etablieren. Dazu ist es auch von entscheidender Bedeutung, die gesellschaftliche Wertschätzung von Ausbildungsberufen zu steigern und Eltern frühzeitig in den Prozess der beruflichen Orientierung einzubinden.

Hochschulen

Die Hochschulen haben in Aachen eine herausragende Bedeutung und prägen das Bild der Stadt. Die Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Hochschulen ist für beide Seiten gewinnbringend. Das zeigt sich an vielen schon heute bestehenden Kooperationen wie beispielsweise der Kinder-Uni und das Projekt Talentscouting.

Wir GRÜNE wollen die enge Verzahnung zwischen den Hochschulen und den Schulen weiter intensivieren und ausbauen. Initiativen zur Förderung der Bildungsgerechtigkeit (etwa von Kindern aus Familien ohne akademische Erfahrung) werden in besonderer Weise unterstützt.

Um eine gute Versorgung von Lehrkräften in unserer Region sicherzustellen, ist es erforderlich, dass an der RWTH Aachen eine umfangreiche Lehramtsausbildung eingerichtet wird. Diese soll nicht nur eine Erweiterung der Studienfächer für die bestehenden Ausbildungsmöglichkeiten für das Lehramt an Gymnasium und Berufskolleg umfassen, sondern insbesondere das Lehramtsstudium für Primarstufe, Sekundarstufe und Förderschulen ermöglichen.

Vielfältige und vernetzte Bildung

Für uns GRÜNE ist lebenslanges Lernen sowohl eine Chance als auch eine Notwendigkeit, um in unserer dynamischen und sich rasant verändernden Welt Schritt halten und am öffentlichen Leben teilnehmen zu können. Dafür brauchen wir geordnete und gut funktionierende Institutionen und Orte des Lernens, die ebenso viel Aufmerksamkeit verdienen wie Schulen und Universitäten. Die VHS, Einrichtungen der allgemeinen Weiterbildung, die Abendschulen in der Stadt sowie die Musikschule und auch die Sportvereine sind Bildungseinrichtungen, die für die Stadt Aachen eine große Bereicherung darstellen. Wir wollen eine gute Vernetzung dieser außerschulischen Bildungseinrichtungen mit den Schulen der Stadt fördern. Kooperationsmodelle wie das Drehtürmodell, bei dem auch während der Schulzeit Raum für außerschulische Bildung geschaffen wird, halten wir GRÜNE für besonders geeignet.

Mit seinen umfangreichen Dienstleistungsangeboten hat sich das Medienzentrum

modern und zukunftsweisend aufgestellt, indem es die Entwicklung zukunftsfähiger medienpädagogischer Angebote eigenständig umgesetzt hat. Um mit seiner Angebotspalette alle Schulen bedienen zu können, bedarf es mehr Fachpersonal und Vernetzung mit der regio-iT und den Schulen.

Wir werden die Vernetzung aller Bildungsträger in der Stadt und in der StädteRegion weiter vorantreiben und unterstützen. Dazu bedarf es auch einer Intensivierung der Beziehung mit dem Bildungsbüro der Städteregion.

Schulbau

Schulgebäude und Technische Ausstattung

Die Umsetzung von G8 auf G9 wird in den nächsten Jahren eine herausfordernde Aufgabe für die Stadt sein. Im Schuljahr 2026/27 wird es zum ersten Mal wieder einen Jahrgang 13 an den Aachener Gymnasien geben, sodass bis zu diesem Schuljahr alle Gymnasien für eine größere Schüler*innenzahl räumlich gerüstet sein müssen. Neue Klassen- und Fachräume werden benötigt, zum Teil sind neue Schulbauten erforderlich. Auch wenn die Kosten für die Umstellung vollumfänglich vom Land übernommen werden, ist noch völlig unklar, wann das Land zahlungsbereit sein wird.

Wir GRÜNE erwarten vom Land NRW, dass nicht nur die Investitionskosten, sondern auch laufende Kosten übernommen werden. Das bezieht sich auch auf die Kosten des Planungspersonals, das für die Umbauten benötigt wird: Die neuen Raumbedarfe, die durch den G9-Ausbau entstehen, müssen in der städtischen Verwaltung zusätzlich zu anstehenden Schulneubauten und Schulsanierungen sowie dem Vorantreiben der digitalen Schulinfrastruktur gestemmt werden. Die Stadtverwaltung benötigt zusätzliches fachkompetentes Personal, damit der Wechsel zurück zu G9 an den städtischen Gymnasien nicht auf Kosten der anderen dringend notwendigen Bauvorhaben im Bereich der Aachener Schulinfrastruktur geht. Auch das jährlich durchgeführte Schulreparaturprogramm darf nicht unter G9 leiden. Wir GRÜNE werden dieses Programm vollumfänglich weiterführen.

Die Ausstattung der Schulen mit digitaler Infrastruktur ist, neben der kontinuierlichen Sanierung und Instandsetzung, die zweite wichtige Säule hin zu zeitgemäßen Schulgebäuden. Für uns GRÜNE beinhaltet das eine Reihe verschiedener Maßnahmen. Essentiell ist die Ausstattung aller Schulen mit zeitgemäßer und stabiler IT-Infrastruktur (Breitband-Interzugänge, WLAN, Ausstattung mit digitalen Endgeräten).

Es ist außerdem Aufgabe der Stadt, die für die von den Schulen benötigte Hard- und Software bereitzustellen und laufend zu aktualisieren, um die in Zusammenarbeit mit dem euregionalen Medienzentrum entwickelten Medienkonzepte umsetzen zu können. Es muss ein zuverlässiger und schneller Support für diese Systeme gewährleistet sein, damit sie im Alltag zuverlässig funktionieren und im Unterricht eingesetzt werden können. Dafür haben wir GRÜNE bereits im Jahr 2019 den Antrag gestellt, IT-Hausmeister*innen als First-Level-Support an den Schulen einzustellen, damit Lehrkräfte nicht durch die zusätzliche Bearbeitung technischer Probleme von ihren pädagogischen Aufgaben abgehalten werden. Wir werden auch weiterhin die Verbesserung des technischen Supports der Schulen direkt vor Ort vorantreiben.

Arbeitsbedingungen von Lehrer*innen

Lehrer*innen verbringen in der Regel mehr Zeit in der Schule als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Das macht es notwendig, die Arbeitsmöglichkeiten von Lehrer*innen in der Schule zu verbessern. Die Stadt muss vor allem beim Neu- und Umbau von Schulen dafür sorgen, dass für Lehrer*innen Räume zur Verfügung stehen, in denen konzentriertes Arbeiten und Beratungsgespräche möglich sind. Dazu gehört selbstverständlich auch eine entsprechende IT-Ausstattung.

Mensen

Das Mittagessensangebot ist aus GRÜNER Sicht ein elementarer Teil der Schule im Ganztags. Auch Eltern wünschen sich gesundes Essen für ihre Kinder. Unser Ziel ist es, dass langfristig alle Schüler*innen an dem Angebot in den Mensen teilhaben. Dazu gehört, dass für dieses Angebot gerade in Grundschulen ausreichend Platz geschaffen wird. Zum anderen darf die Teilhabe nicht an finanziellen Gründen scheitern. Darüber hinaus soll das gemeinsame Mittagessen ein Teil des Schullebens werden. Wir GRÜNE unterstützen neben der Einrichtung von eigenen Schulgärten zur Eigenproduktion von Lebensmitteln alle Akteure, die sich für eine nachhaltige Mensaverpflegung einsetzen. Wichtig sind uns die Regionalität und die Saisonalität von Lebensmitteln, damit lange Transportwege entfallen und Produzenten aus der Umgebung gestärkt werden. Ein solches Lebensmittelangebot trägt auch mittelbar dazu bei, dass sich Schüler*innen mit Herkunft und Qualität ihres Essens auseinandersetzen. Dies bringt uns dem Ziel einer Versorgung aller Kinder mit vollwertigem Essen in der Schule näher. Denn das gemeinsame Mittagessen ist ein wichtiger Teil gelungener Schulkultur. Auf dem Weg sollen vielfältige Kooperationsprojekte gefördert werden, die die Schulen mit ihren Schülern in die Lage versetzen Essensangebote in unterschiedlicher Form anzubieten.

Schule der Zukunft

Bildungsinhalte: Diversitätsbildung / politische Bildung / Umweltbildung

Wir begrüßen das Weltaktionsprogramm der UNESCO zur Förderung nachhaltiger Entwicklung auf lokaler Ebene und Stärkung und Mobilisierung der Jugend. Viele Kommunen in Deutschland haben sich hier auf den Weg gemacht und sind bereits ausgezeichnet. Zahlreiche Schulen mit nachhaltigen Projekten werden jedes Jahr zertifiziert.

Wir GRÜNE wollen auch in Aachen ein Zeichen setzen für „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (BNE) und diese auf den verschiedenen Ebenen im Bildungssystem festigen: In den Curricula von Bildungsinstitutionen, als Lernmethode und als Vorbildfunktion für die gesellschaftliche Transformation. Wir unterstützen die Bildungsträger in der Stadt Aachen, die sich mit entsprechenden Projekten beteiligen.

Ein wichtiger Grundstein für die Demokratie ist politische Bildung. Wir GRÜNE unterstützen jede kindgerechte und jugendgerechte Partizipation in und außerhalb von Schulen, sodass Schüler*innen von klein auf durch Beteiligungsmöglichkeiten lernen können, sich mit ihren Kenntnissen und ihrem Urteilsvermögen für eine Gemeinschaft einzubringen. Zur Demokratiebildung gehört neben dem Einbezug in das aktuelle politische Geschehen auch die Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit. Hier unterstützen wir Bildungsmaßnahmen im Rahmen der historisch-politischen Bildung, um nationalistischem und populistischem Gedankengut entgegen zu wirken.

Digitalisierung

Digitale Kompetenz wird zur Schlüsselkompetenz und ist die Basis für unsere Lebens- und Arbeitswelt von morgen.

Der Einsatz digitaler Medien in den Schulen bietet viele Chancen, auf neuen Wegen zu lernen. Traditionelle Medien wie das Schulbuch werden ergänzt und erweitert durch multimediale und interaktive Lernmittel. Sie ermöglichen ein Lernen, das stärker die individuellen Interessen und Fähigkeiten berücksichtigt und unterstützt. Schüler*innen eignen sich im Umgang mit den neuen Medien Kenntnisse und Fähigkeiten an, mit denen sie in einer sich rasch verändernden Welt ihren Platz finden und diese Welt mitgestalten können.

Der sichere und reflektierte Umgang mit digitalen Medien und Arbeitsmitteln entwickelt sich immer mehr zu einer elementaren Kulturtechnik. Alle Schüler*innen und auch das Lehrpersonal müssen Medien- und IT- Anwendungskompetenz erlernen und

für einen sorgsamem Umgang mit Daten sensibilisiert werden. Nur mit ausreichendem Grundwissen im Umgang mit digitalen Medien werden Schüler*innen zu souveränen Bürger*innen und sind nicht auf das Wohlwollen von Medien-Plattformen und Technologie-Firmen angewiesen.

Kulturelle Bildung

Die Teilhabe an Kunst und Kultur ist in unserer vielfältigen Gesellschaft besonders wichtig, um ein kulturelles Bewusstsein zu entwickeln und eine kulturelle Identität zu stärken. Durch die Partizipation an künstlerischen Projekten wird die Reflektionsfähigkeit gestärkt und das Gefühl der Selbstwirksamkeit ermöglicht. Wir GRÜNE unterstützen daher Kooperationen von Schulen mit kulturellen Einrichtungen und dem Bildungsbüro sowie Projekte, die dies verstärken.

Mit allen oben beschriebenen Maßnahmen wollen wir GRÜNE den zukünftigen Herausforderungen des Bildungssystems begegnen, sodass jedes einzelne Kind bestmöglich gefördert wird und seine Potenziale entfalten kann.

Grenzüberschreitende Angebote

An vielen Schulen sind Schulaustauschprogramme seit Jahrzehnten etabliert und werden gepflegt. Wesentlich seltener sind grenzüberschreitende Kooperationen mit Schulen in den benachbarten Niederlanden und Belgien. Wir wollen grenzüberschreitende Kooperationen in der Euregio Maas-Rhein, insbesondere im Rahmen der Euregioprofilschulen, gezielt unterstützen. Dazu sollen neben klassischen Formaten des Austauschs auch gezielt neue Online-Formate genutzt werden, um einen regelmäßigen grenzüberschreitenden Austausch der Schüler*innen zu ermöglichen.

Hochschulen

Hochschulen

Aachen ist bekannt als Stadt der Wissenschaft und Hochschulen. Zum Studieren an einer der anerkannten staatlichen oder privaten Hochschulen ziehen junge Menschen aus aller Welt nach Aachen. Ein Viertel der Aachener Bevölkerung ist den Hochschulen als Studierende oder Mitarbeitende direkt verbunden. Die RWTH und das Uniklinikum sind die beiden größten arbeitgebenden Institutionen in der StädteRegion und auch regional haben die Hochschulen eine große Bedeutung.

Attraktivität des Bildungsstandortes

Die Bildungsangebote und die Hochschullandschaft machen Stadt und Region zu einem attraktiven Standort für Bildungstragende, Forschungseinrichtungen und Unternehmen. Das Potenzial als angesehener Bildungsstandort gilt es auszubauen und zu nutzen. Wesentliche städtische Informationen und Verwaltungsvorgänge sollten deshalb mehrsprachig angeboten werden, damit auch ein internationales Publikum einfachen Zugang hat. (siehe Verwaltung)

Kooperation mit Hochschulen

Um sich zukunftsorientiert zu entwickeln, muss die Stadt aktiv mit den Hochschulen, Instituten und forschungsorientierten Unternehmen kooperieren. Es gibt bereits Schnittstellen mit der Stadtverwaltung (Wissenschaftsbüro) und auch hochschulnahe Unternehmen, die sich der Aufgabe verschrieben haben, ihr Wissen, Know-How und Kreativität in städtische und regionsübergreifende Projekte einzubringen (z.B. Innovation2Market Interreg EMR und UrbanMove). Dies betrifft Bereiche wie Mobilität, Smart City Konzepte, Umweltmonitoring und Kulturangebote. Wir GRÜNE begrüßen vor allem, dass laufende Projekte Themen der Nachhaltigkeit und der sozialen Gerechtigkeit im Fokus haben. Die Stadt soll verstärkt als Reallabor dienen, um zukunftsgerichtete Konzepte mit wissenschaftlicher Begleitung testen und umsetzen zu können.

Verantwortung der Hochschulen

Die Hochschulen sind Teil der Gesellschaft. Auch sie tragen gesellschaftliche Verantwortung. Sie werden der Verantwortung gerecht, indem sie mit daran arbeiten, Lösungen für Probleme wie etwa den Klimawandel zu erarbeiten. Gerade in Aachen gibt es aber auch viele enge Verflechtungen zwischen Hochschulen und Unternehmen, die vor allem wirtschaftliche Interessen haben. Das kann gesellschaftlich produktiv sein, aber auch

problematisch. Wir erwarten von den Hochschulen, dass sie sich mit dieser Problematik auseinandersetzen. Die Hochschulen dürfen nicht ausschließlich zu Forschungsabteilungen der Industrie werden. Die Lehre muss weiterhin Priorität haben. Forschung muss in erster Linie der Gesellschaft verpflichtet sein. Auch in ihren Forschungsgebieten tragen die Hochschulen Verantwortung. Die Forschung muss der Gesellschaft nutzen. Deshalb lehnen wir Rüstungsforschung ab.

Stadtentwicklung

Mit dem Campus Melaten und dem neuen Campus West ist die RWTH wesentlicher Treiber der Stadtentwicklung in Aachen. Auch der Zentralbereich der RWTH ist von großer Bedeutung für die Entwicklung und Qualität der Innenstadt. Dort wollen wir die Hochschule bei der Belebung und nachhaltigen Nutzung des Campus Mitte unterstützen. Weitere wichtige Bereiche sind die Hochschulliegenschaften auf der Hörn oder die Liegenschaften der FH in Burtscheid.

Die Entwicklung der Hochschulen muss durch die Stadt eng und umfassend begleitet werden. Ziel ist es nicht nur das Bildungs- und Forschungsangebot zu verbessern, sondern auch die Lebens- und Wohnqualität der Bürger*innen zu steigern. Zentrale Themen sind dabei Verkehr - hier die Stärkung des ÖPNV - und Stadtentwicklung, aber auch Infrastrukturen für soziales Leben und Kultur, z.B. Angebote und Einrichtungen zum Einkaufen, für die Kinderbetreuung, für Freizeit oder Sport.

Zur Stärkung des ÖPNV und Verbesserung der Verbindung zwischen Hochschule und Stadt sollte eine direkte Busverbindung von Hauptbahnhof über Campus-Mitte, Westbahnhof, Campus West bis nach Campus Melaten ohne weitere Zwischenstopps eingerichtet werden. (siehe Mobilität)

Die Stadt soll ihre Lenkungs Kompetenzen nutzen, um leerstehende innerstädtische Immobilien bevorzugt für eine Nutzung durch Hochschulinstitutionen und Studierende zur Verfügung zu stellen. Für unbebaute Flächen im Hochschulbereich soll die Stadt eine kreative Zwischennutzung wie Gärten und Sportbereiche ermöglichen. Auch das Angliedern von Cafes und die Verschönerung von Außenbereichen in Campus-Nähe durch Begrünung von Flächen und Fassaden sowie Projekte mit regionalen Künstler*innen sollten eingeplant werden. (Siehe Stadtentwicklung)

Wohnen

Die Wohnungssituation für Studierende ist von besonderer Bedeutung für die Hochschulen. Aachen benötigt mehr bezahlbaren und qualitativ angemessenen Wohnraum für Studierende. Die Stadt ist hier als Akteurin gefordert, sowohl durch eigene Initiativen als auch in Abstimmung mit dem Studierendenwerk. Aufgrund verschiedener Lebens- und Wohnkonstellationen von Hochschulangehörigen sollen darüber hinaus vermehrt Angebote für alternatives Wohnen geschaffen werden. (Siehe Wohnen)

Studentisches Leben - Kultur, Ehrenamt und Nachhaltigkeit

Die Hochschulen bringen Leben in die Stadt und machen sie demografisch sowohl jünger als auch internationaler. Die Stadt profitiert von den Aktivitäten der jungen Menschen und der damit einhergehenden Infrastruktur - angesagte Läden, Bars, Cafés, Restaurants, Clubs, Kinos. Die Beziehungen und Kooperationen zwischen städtischen Kulturinstitutionen und den Hochschulen sind jedoch ausbaufähig. So setzen wir uns dafür ein, die Angebote für Studierende in den Aachener Kulturinstitutionen zu erweitern. (Siehe Kultur)

Die meisten Studierenden suchen neben dem Studium weitere Möglichkeiten sich einzubringen und auch abseits der Universität Erfahrungen zu sammeln. Darunter fallen studentische Aushilfsarbeiten, die der Wirtschaft der Stadt zugute kommen, und Ehrenämter z.B. in zahlreichen hochschulnahen Eigeninitiativen, aber auch in anderen Vereinen in und um Aachen. Daher fordern wir die Verbesserung von Ehrenamtsstrukturen für junge Menschen mit besserer Vernetzung, Unterstützung bei Vereinsgründung, Ehrenamtsvergünstigungen (Ehrenamtspass für junge Menschen nach bereits einem Jahr Ehrenamt) und Aufwandsentschädigungen sowie Ehrungen.

Viele Studierende möchten gerne im alltäglichen Leben einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Um diesen Bestrebungen entgegenzukommen, setzen wir uns ein für den Radentscheid, den Ausbau des RECUP-Bechersystems, Urban Gardening, einen Lastenradverleih und vermehrte Angebote von regionalen, saisonalen und ökologischen Lebensmitteln sowie einer Sharing-Kultur von Lebensmitteln. (Siehe Umwelt)

Sport

Sport

Sport ist für viele Aachener*innen ein wichtiger Teil ihres Lebens, er fördert ihre Gesundheit, schafft Gemeinschaft und baut Vorurteile ab. Wir haben diese gesellschaftliche Bedeutung des Sports mit seinen positiven sozialen, pädagogischen und gesundheitlichen Funktionen erkannt. Alleine in den Aachener Sportvereinen, die über 70 Sportarten anbieten, sind 62.000 Menschen organisiert. Hinzu kommen viele Menschen, die vereinsungebunden Sport treiben. Neben den vielen Freizeitsportler*innen ist der Leistungssport ein wichtiges Aushängeschild für Aachen im In- und Ausland, egal ob Volleyball, Tanzsport oder Kunstspringen. Wir sind auch weiterhin bestrebt, allen Sportler*innen gute Trainings- und Wettkampfbedingungen zu ermöglichen.

Vereinssport

Die Vereine führen die Menschen an den Sport heran und leisten dadurch eine sehr wichtige soziale und gesellschaftliche Arbeit. So sind die Sportvereine oft zentrale soziale Akteure in den Stadtteilen und wichtige Partner bei der Integration der Neuzugewanderten und der Inklusion von Menschen mit Behinderung. Diese ehrenamtliche Tätigkeit werden wir weiterhin unterstützen. Angesichts der zunehmenden Ganztagsbildungsangebote werden wir noch stärker die Kooperation zwischen Sportvereinen, OGS, Schulen und Einrichtungen der freien Jugendhilfe fördern. Die Zusammenarbeit stärkt Verein und Schule. Gerade bei der Förderung der Schwimmfähigkeit können die Vereine eine große Stütze sein. Neue Vereine und Sportarten werden auch zukünftig unsere Unterstützung erfahren.

Dazu werden wir auch zukünftig alle städtischen Turnhallen und Sportplätze den Sportvereinen kostenlos zur Verfügung stellen und die Vereinsförderung in ihrer bisherigen Form beibehalten. Zu unterstützen gilt es insbesondere:

- Angebote zur Inklusion von Menschen mit Behinderung u.a. dadurch, dass Barrierefreiheit in möglichst in allen Aachener Sportstätten gewährleistet wird
- Angebote zur Integration von Neuzugewanderten
- Kooperationen mit Kitas, Schulen und Jugendeinrichtungen, sowie anderen Vereinen
- „Neue“ Sportarten und Vereine
- (Sport-)Vereine, die Veranstaltungen im öffentlichen Raum durchführen (z.B. Tanzkurse/Yogakurse) und hierfür von Sondernutzungsgebühren befreit werden sollen.

Wir wollen vorbildliche Sportereignisse, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, besonders unterstützen. Bei allen Fördermaßnahmen werden wir die Prinzipien Nachhaltigkeit und Diskriminierungs- und Gewaltprävention als entscheidende Kriterien einfordern.

Außerdem wollen wir alle von den Vereinen genutzten städtischen Sportstätten auch während der Schulferien für den Vereinssport nutzbar machen.

Vereinsungebundener Sport

Trotz des vielfältigen Angebots gewinnt der vereinsungebundene Sport zunehmend an Bedeutung. Auch hier wollen wir für alle Aachener*innen möglichst gute Voraussetzungen schaffen, indem wir versuchen werden, weitere kostenlose frei zugängliche Sportmöglichkeiten im öffentlichen Raum zu schaffen. Dabei legen viele Menschen Wert darauf, möglichst wohnortnah nach Feierabend ihrem Sport nachzukommen. Deswegen müssen insbesondere für die Kinder Schulhöfe und Schulsportanlagen geöffnet bleiben.

Viele der bereits umgesetzten und geplanten Maßnahmen zur Sportförderung in Aachen sind im Sportentwicklungsplan fixiert. Dieser auf GRÜNE Initiative hin entstandene Sportentwicklungsplan muss weiter umgesetzt und durch den Aspekt der Nachhaltigkeit ergänzt werden. Den Prozess dazu werden wir aktiv begleiten.

Konkret möchten wir:

- Neue Laufstrecken schaffen, die in der dunklen Jahreszeit beleuchtet werden können
- Fahrradstrecken ausschildern, um attraktive Vernetzungen mit den Knotenpunktsystemen in der Städteregion, den Niederlanden und Belgien zu schaffen
- Flächen für Sport in Parks oder im öffentlichen Raum schaffen und erhalten
- Bolzplätze erhalten und attraktivieren (siehe auch Kapitel Kinder/Jugendliche)
- Den Bau und die Unterhaltung neuer Sportanlagen z.B. Skate- und Bikeanlagen fördern
- Entwicklung von Sportstätten für Angebote des Rehabilitations- und Gesundheitsports

Bedarfsgerechte Sportinfrastruktur für Vereins-, Schul- und vereinsungebundenen Sport schaffen

Schwimmbäder

Bisher wurde in Aachen kein Schwimmbad geschlossen. Das ist für uns auch zukünftig ein Tabu. Die Bereitstellung von Schwimmhallen ist ein wichtiger Teil kommunaler Daseinsvorsorge. Nicht nur in Aachen nimmt die Schwimmfähigkeit immer weiter ab. Dieser Trend muss dringend gestoppt werden. Wir werden die bisherigen Ansätze zur Förderung der Schwimmfähigkeit weiter fortführen und bedarfsgerecht für verschiedene Zielgruppen erweitern.

Neben dem Erhalt der städtischen Schwimmbäder und der Osthalle werden wir den Hangweiher als einziges Freibad der Stadt modernisieren und weiterentwickeln. Der von uns seit vielen Jahren geforderte dritte Bauabschnitt muss zügig umgesetzt werden, um die Aufenthaltsqualität auf den Liegeflächen und die Eingangssituation grundlegend zu verbessern. Zu allererst muss ein einfaches Ticketsystem für den Hangweiher eingeführt werden, welches die unzumutbare Eingangssituation im Freibad Hangweiher entzerrt. Perspektivisch halten wir ein Naturschwimmbad für eine gute Ergänzung des Angebotes. Hierzu werden wir eine Standortprüfung beauftragen, die verschiedene Flächen im Stadtgebiet untersuchen soll.

Turnhallen

Die städtischen Turnhallen gehören wie die Schwimmbäder zur wichtigen Sportinfrastruktur, die gepflegt und erhalten werden muss. Im Innenstadtbereich sind die Hallenkapazitäten seit langem nicht ausreichend. Die Standortsuche für eine neue Innenstadtturnhalle hat daher höchste Priorität. Eine neue Turnhalle muss in direkter Nähe der zurzeit unterversorgten Schulen St. Leonhard Gymnasium, der Grundschule Am Fischmarkt und der Grundschule Annastraße liegen, damit eine Schulnutzung sinnvoll möglich ist. Hierzu soll zeitnah die Planung des Neubaus zweier Turnhallen in der Franzstraße geprüft werden, die ganz oder teilweise unterirdisch angelegt sind und so den städtischen Raum weniger verdichten und eine zusätzliche Nutzung als Freifläche für eine Kindertagesstätte in der Innenstadt ermöglichen. Die Aufgabe alter, kleiner Hallen im Innenstadtbereich ist nur denkbar, wenn durch Neubauten ein ausreichendes Angebot geschaffen worden ist.

Mehrzwecksporthalle

Der im Zusammenhang mit der Volleyball-Bundesligamannschaft des PTSV immer wieder aufkommende Wunsch der Errichtung einer Mehrzwecksporthalle kann nur unter

dem Aspekt einer intensiven Nutzung realisiert werden. In Verbindung mit dem Neubau eines Berufskollegs werden wir diesen Wunsch unterstützen und die Städteregion bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück unterstützen.

Sportpark Soers

Der heterogen strukturierte Sportpark Soers dient dem Spitzensport, dem Breitensport bis hin zu Freizeitgestaltung und Gesundheitsfürsorge. Diese Vielfältigkeit und dieses breite Angebot gilt es zu stärken und zu entwickeln. Als erstes sollte eine beleuchtete und damit auch in der dunklen Jahreszeit nutzbare Rundlaufstrecke eingerichtet werden, die die unterschiedlichen Sportanbieter verbindet und eine räumliche und sportliche Klammer bildet, die durch alle Vereine, aber auch von Nichtmitgliedern genutzt werden kann. Der aufgegebene Standort des Polizeipräsidiums ist planungsmäßig für den Sport so zu sichern, dass neben Sportnutzung auch neue Grünstrukturen entstehen.

Sportliche Waldnutzung

Der Öcher Bösch, wie die Aachener*innen Ihren Stadtwald nennen, ist ein wichtiger Naherholungsraum und wird auf vielfache Weise genutzt. Egal ob Jogger*innen, Reiter*innen, Spaziergänger*innen oder Mountainbiker*innen, alle zieht es in den Wald. Der Wald ist aber auch ein Wirtschaftsforst und v.a. Lebens- und Rückzugsraum verschiedenster, z.T. geschützter Tier- und Pflanzenarten.

Leider kam es in der Vergangenheit immer wieder zu Konflikten zwischen den verschiedenen Nutzer*innengruppen. Wir glauben, dass man nur gemeinsam zu tragfähigen Lösungen kommt, die den unterschiedlichen Interessen gerecht werden. Daher wollen wir den Dialog mit den verschiedenen Nutzer*innengruppen ergebnisoffen fortsetzen. Wir unterstützen weiter den Bikepark des Geländefahrrad e.V., der sich gut etabliert hat. Die Frage nach einem MTB-Trailnetz muss mit angrenzenden Kommunen auch grenzüberschreitend diskutiert werden.

Soziales

Soziales

Sozialpolitik in Aachen: Quartiere als Lebensräume für alle gestalten, Vielfalt und inklusives Gemeinwesen fördern - nachhaltig und zukunftsgerecht

Der demografische, ökologische und soziale Wandel stellt unsere Stadtgesellschaft vor große Herausforderungen. Eine inklusive, kultursensible und generationen- und geschlechtergerechte Quartiersentwicklung ist für eine nachhaltige und zukunftsgerechte Stadtentwicklung notwendig. Wir leben immer länger - und das ist gut so! Wir müssen sicherstellen, dass ein selbstbestimmtes Leben und eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft in jedem Alter bei bestmöglicher Gesundheit möglich bleibt. Gefordert ist damit ein neues Entwicklungs- und Planungsverständnis.

Zur Ermöglichung der Teilhabe gehören: Die Förderung von lebendigen Wohnvierteln und Nachbarschaften und der Abbau von Barrieren unterschiedlicher Art. Gute Betreuungseinrichtungen, Schulen, Beratungsstellen, Kontaktstellen, Stadtteilbüros, aber auch städtebauliche Qualität sind entscheidende Faktoren, damit Quartiere in ihrer Funktion gestärkt sind und lebenswert bleiben. Als kleinste Einheit ist das Quartier der erste Ansatzpunkt für die direkte Gestaltung und Einflussnahme von Bürger*innen vor Ort. Die Zufriedenheit der Menschen mit ihrer Stadt und insbesondere mit ihrem direkten Wohnumfeld und Quartier hängt auch mit den Gestaltungsmöglichkeiten zusammen. Die Identifikation der Menschen mit ihrem Umfeld trägt dazu bei, das Gemeinwesen zu stärken.

Quartiere stärken

Quartiere spielen eine Schlüsselrolle, um Menschen ein lebenswertes und gesundes Umfeld zu bieten. Das Expert*innenwissen der Bewohner*innen eines Quartiers wollen wir nutzen, um den Zusammenhalt und die Gemeinschaft in der Nachbarschaft zu stärken. Geeignete Instrumente sind Quartiersmanagement, Stadtteilkonferenzen, Streetwork und aufsuchende Sozialarbeit, die wir stetig begleiten und weiterentwickeln. Wir wollen erreichen, dass die richtigen Instrumente für die jeweiligen Quartiere bedarfsgerecht und nachhaltig eingesetzt werden. Unterstützungs- und Hilfsangebote müssen mit den vorhandenen ehrenamtlichen Strukturen verzahnt und effektiv ausgebaut werden. Wir möchten den Stadtteilkonferenzen die Kompetenz zuschreiben, Projektmittel eigenständig einzusetzen. Wir setzen uns dafür ein, dass Quartiersarbeit strukturell und nicht projektbezogen finanziert werden wird.

Vereint statt einsam

Wer seine Nachbarn kennt und sich gegenseitig im Alltag unterstützt, lebt zufriedener und glücklicher. Doch gerade im urbanen Raum besteht die Gefahr zu vereinsamen. Alter und Krankheit spielen dabei eine große Rolle. Ältere Menschen sollen die Möglichkeit haben, diese Lebensphase in eigener Verantwortung - und gemeinschaftlich mit Menschen anderer Generationen - zu gestalten. Wir wollen der Vereinsamung in der Stadt entgegenwirken und den Zusammenhalt stärken. Der Generationenvertrag wird auch dadurch gelebt, dass ältere und jüngere Menschen ihre Erfahrungen in die Gemeinschaft einbringen können.

In Zukunft wollen wir die bestehenden Strukturen an Stadtteil-, Familienzentren und Begegnungsstätten zu generationenübergreifenden, inklusiven und interkulturellen Treffpunkten weiterentwickeln. Dadurch wollen wir eine Multifunktionalität der Begegnungszentren erreichen, damit diese für verschiedene Gruppen interessant werden und intensiver genutzt werden. Wir unterstützen die Idee halbfertiger Begegnungsräume, die durch die Besucher*innen selbst weiterentwickelt werden. Dies führt zu einer stärkeren Bedarfsorientierung der Angebote und stärkt die Akzeptanz der Nutzer*innen.

Im öffentlichen Raum muss die kostenlose Aufenthaltsqualität gestärkt werden. Darüber hinaus muss die Nachbarschaftshilfe gefördert, die Wahrnehmung von Sport- und Kulturangeboten gesichert und Mobilität auch für Hochbetagte ermöglicht werden. Betreute Wohngruppenangebote und gemeinschaftliche Wohnformen für Menschen verschiedener Altersstufen sollen gefördert werden.

Armut verhindern und überwinden

Die Konzentration von Multiproblemlagen in einzelnen Stadtvierteln ist hoch und trägt zur Armutsspirale bei. Armut bedeutet Ausgrenzung und Benachteiligung. Das höchste Armutsrisiko tragen dabei die Alleinerziehenden und ihre Kinder. Etwa jedes fünfte Kind ist in Aachen auf Sozialgeld angewiesen. In den kommenden Jahren wird in Aachen die Armut im Alter ein immer größeres Problem werden. Die Wohnungsnot und die rasant steigenden Mieten verschärfen die Probleme der betroffenen Gruppen zusätzlich. Wir GRÜNE kümmern uns aktiv um die Belange dieser Bürger*innen.

Neben dem sozialen Wohnungsbau und dem Sozialticket im ÖPNV unterstützen wir die wichtige Arbeit in den Stadtteilen. Es ist Aufgabe der Stadt, die Menschen bei ihren Rechten zu unterstützen. Innerhalb der Verwaltung müssen Strukturen verbessert werden, die es ermöglichen, Menschen gut zu beraten.

In Zukunft wird es darum gehen, insbesondere die aufsuchenden sozialen Dienste zu verstärken und den Quartiersbezug herzustellen. Auf Basis der Ergebnisse der städtischen Sozial-/Armutskonferenz wollen wir die städtischen freiwilligen Leistungen für von Armut betroffene und armutsgefährdete Aachener*innen weiterentwickeln.

Bei einigen Quartieren halten wir eine besondere Unterstützung für wichtig, wofür wir die Abstimmung bei Förderprojekten weiter optimieren wollen. Nach den erfolgreichen Programmen Soziale Stadt Aachen Nord und Aachen Ost möchten wir, dass das Programm in den Stadtteilen Forst, Schönforst und Driescher Hof fortgeführt wird.

Menschen in Arbeit bringen - Soziale Beschäftigung als Chance

Das Teilhabechancengesetz des Bundes bietet ein Beschäftigungsprogramm zur Förderung Langzeitarbeitsloser Menschen. Die Stadt Aachen beteiligt sich durch eigene Beschäftigungsangebote mit 50 Stellen an diesen Bemühungen. So werden Langzeitarbeitslose wieder in das Erwerbsleben integriert und ihr Wiedereinstieg in die Arbeitswelt gefördert. Der Lebenssituation Alleinerziehender soll dabei durch flexible Arbeitsbedingungen besonders Rechnung getragen werden. Das unterstützen und begleiten wir eng. Soziale Beschäftigung muss besser als bisher zur gezielten Förderung des Gemeinwens eingesetzt werden. Die Durchlässigkeit zum ersten Arbeitsmarkt bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In diese Planungen ist die gezielte Förderung von Zuverdienstprojekten psychisch- und suchtkrank Menschen einzubeziehen.

Darüber hinaus fordern wir einen Fonds zur Unterstützung freier Träger*innen für die Einstellung von Langzeitarbeitslosen. Dieser Fonds kann durch die Ersparnisse der Stadt bei den Kosten der Unterkunft weitgehend haushaltsneutral eingesetzt werden. Wir fordern Land und Bund auf, die strukturellen Voraussetzungen so zu schaffen, dass Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen dauerhaft in Beschäftigung bleiben können.

Wohnungslosigkeit gezielt bekämpfen

In einer Großstadt leben auch Menschen ohne festen Wohnsitz. Unser Ziel ist es, Wohnungslosigkeit grundsätzlich zu vermeiden. Solange Menschen nicht entsprechend versorgt werden oder sich für diesen Weg entscheiden, wollen wir dazu beitragen, die Akzeptanz dieser Gruppe zu erhöhen. Wohnungslose Menschen gehören zu unserer Gesellschaft. Das städtische Angebot für Wohnungslose muss zielgerichteter sein, d.h. es

braucht für unterschiedliche Bedarfe unterschiedliche Angebote. Aachen bietet bisher ein gut vernetztes Hilfesystem an, aber es ist wichtig, dieses sinnvoll zu ergänzen. Der Standard der Übergangwohnheime soll sich an den Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft der Wohnungslosenhilfe orientieren. Die Übergangwohnheime sollten so gestaltet werden, dass sie die Privatsphäre der dort Wohnenden schützen und die Möglichkeit der Haustierhaltung verbessert wird. Für suchterkrankte Wohnungslose fehlen Angebote, wo sie auch mit einem Pflegebedarf leben können und dennoch nicht abstinent sein müssen. Ein niedrigschwelliges dauerhaftes stationäres Angebot für suchterkrankte und versorgungsbedürftige Menschen kann eine Ergänzung sein. Älteren Wohnungslosen muss die Chance zu einem Umzug in eine Pflegeeinrichtung angeboten werden. Wenn der Bedarf besteht, unterstützen wir die Einrichtung einer Notunterbringung für Frauen. Um die Versorgungslücke bei wohnungslosen chronisch psychisch Kranken zu schließen, möchten wir das Wohnangebot in der Wirichsbongardstraße um medizinische und psychosoziale Hilfe erweitern.

Solidarisch mit Prostituierten - Menschenhandel konsequent bekämpfen

Selbstbestimmte Prostitution sollte grundsätzlich möglich sein. Menschenhandel und illegale Zwangsprostitution müssen dagegen intensiv verfolgt und bestraft werden. Wir setzen die interfraktionelle Zusammenarbeit fort, um die Situation der freiwilligen Sexarbeiter*innen zu verbessern. Bei den baulichen Veränderungen im Bereich des Büchelquartiers stehen wir für den Erhalt der Prostitution in der Innenstadt. Darüber hinaus soll versucht werden, Wohnungsprostitution und Beschaffungsprostitution einzudämmen.

Sucht- und Drogenpolitik in Aachen: Prävention, Regulierung, Schadensminderung

GRÜNE Drogenpolitik beruht auf drei Säulen: Prävention, Regulierung und Schadensminderung. Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung ausbauen und damit Suchtrisiken und Gefahren minimieren. Wir stehen für eine Drogenpolitik, die akzeptiert, dass Drogenkonsum und -abhängigkeit zu unserer Gesellschaft und zum Lebensalltag in unserer Stadt gehören. Suchtkranke Menschen brauchen unsere Akzeptanz und Solidarität. In Aachen gibt es bereits ein vielfältiges Beratungsangebot, für die von Sucht betroffenen Menschen. Dieses Angebot unterstützen wir weiterhin und gestalten es bedarfsgerecht.

Hilfe bei kritischem Alkoholkonsum für Jugendliche

Ein gefährlicher Alkoholkonsum und seine Folgen bleiben in unserer Gesellschaft oft lange verborgen. Das Leid der Betroffenen und ihrer Angehörigen wird meist erst spät sichtbar. Wir wollen, dass entsprechende Hilfsangebote geschaffen werden, um gefährlichen Alkoholkonsum frühzeitig zu bekämpfen. Es ist wichtig, gerade auch mit jungen Menschen präventiv über dieses Thema ins Gespräch zu kommen und ihnen bei Bedarf Hilfsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Streetwork der Suchthilfe die Plätze aufsucht, an denen sich vor allem jungen Menschen treffen, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen und so präventiv riskanten Alkoholkonsum thematisieren zu können.

Modellversuch „Legale Abgabestelle für Cannabis“

Die Regelungskompetenz der Cannabis Politik liegt auf Bundesebene, die Auswirkungen der Politik spüren wir aber deutlich in der Kommunalpolitik. Wir GRÜNE unterstützen eine Wende in der Cannabispolitik, die auf Prävention und kontrollierte Abgabe statt auf Kriminalisierung und Schwarzmarkt setzt. Aus diesem Grund wollen wir prüfen, ob auf der bestehenden gesetzlichen Grundlage zusammen mit anderen Städten ein Modellversuch Cannabis installiert werden kann. Wissenschaftlich begleitet soll an eine begrenzte Anzahl erwachsener Menschen Cannabis aus geprüftem Anbau abgegeben werden. Darüber hinaus soll das Cannabis-Modellprojekt Prävention und Aufklärung stärken. Unverzichtbar ist für uns eine konsequente Einhaltung des Jugendschutzes.

Aufenthaltort definieren

Regelmäßiger übermäßiger Drogenkonsum ist ein großes und teilweise deutlich sichtbares Problem an verschiedenen Plätzen und Treffpunkten in unserer Stadt. Immer wieder kommt es zu Konflikten im öffentlichen Raum. Trotz guter sozialer Einrichtungen und Suchthilfekonzept erreichen wir mit dem bisherigen Angebot nicht alle Menschen. Die Situation um den Bushof hat sich zwar gebessert, es findet jedoch eine Verdrängung in andere öffentliche Gebiete statt, was zur Belastung von Anwohner*innen und Gewerbetreibenden führt. In einem dialogischen Prozess soll deshalb gemeinsam mit den Betroffenen sowie den Anwohner*innen und den Akteur*innen der sozialen Einrichtungen das Verdrängungsproblem gelöst und Vereinbarungen getroffen werden, um einen geeigneten, niedrigschwelligen Aufenthaltort zu schaffen, der von allen akzeptiert wird und der für alle Suchtgruppen offen ist. Den Betroffenen wird damit ein eigener Ort angeboten, an dem sie willkommen sind und an dem sie Hilfeleistungen in Anspruch nehmen können.

Inklusionspolitik in Aachen: Teilhabe ermöglichen

Inklusion bedeutet die Teilhabe aller Menschen an der Gesellschaft und ihren vielfältigen Institutionen und Einrichtungen - unabhängig von Geschlecht, Alter, sexueller Identität, Herkunft oder Behinderung. Internationales und nationales Recht verlangen dies - auch für das Zusammenleben in der Kommune. Aus Grüner Sicht ist Inklusion gleichsam Ziel und Verpflichtung. Für Menschen mit Behinderung gilt es, die Barrieren im Alltag abzubauen. Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stärkt das Recht auf Teilhabe und Selbstbestimmung.

Inklusive Wohnformen

In den Quartieren sollen Menschen mit Behinderung die Wohnform wählen können, die ihren Bedarfen entspricht, in eigenen Wohnungen, in Wohngemeinschaften oder im Betreuten Wohnen. Entsprechende Pflege- und Betreuungsangebote gehören dementsprechend in die Quartiere, nahe bei den Menschen und zugleich flexibel ausgerichtet an den jeweiligen Notwendigkeiten. Daneben gilt es, mehr Begegnung und gemeinsame Aktivitäten der verschiedenen Bewohner*innen in den Quartieren zu fördern. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen mit Behinderung in jeder Lebensphase und auch bis ins Alter in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Wir wollen im sozialen Wohnungsbau barrierefreie Wohnungen unterschiedlichen Zuschnittes, Raum für Pflege- und Sozialeinheiten und Raum für Nachbarschaftstreffs schaffen.

Für eine barrierefreie Stadt

Daneben ist festzustellen, dass es im öffentlichen Bereich unserer Stadt immer noch eine Reihe von Barrieren gibt. Hier fordern wir, dass die Stadt die Barrieren beseitigt. So sollen städtische Gebäude daraufhin untersucht werden, wo Barrieren sind; diese sollen in den kommenden Jahren aufgehoben werden. Gleiches gilt für den Straßenraum. Wir wollen Barrierefreiheit im Öffentlichen Personennahverkehr bis 2025.

Inklusive Arbeitswelt

Teilhabe am Arbeitsleben ist in unserer Gesellschaft ein wesentlicher Faktor der Integration. Deshalb werden mehr Arbeitsplätze benötigt, die an die Fähigkeiten und Bedürfnisse der Menschen mit Behinderung angepasst werden. Gemeinsam mit der Industrie- und Handelskammer, der Handwerkskammer und Verbänden wollen wir Arbeitgeber*innen gewinnen, Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zu vergeben oder

einzurichten und Jugendlichen mit Behinderung die Chance einer Ausbildung zu bieten. Die Stadt, ihre Tochtergesellschaften und andere öffentliche Einrichtungen sollten ihre Vorbildfunktion wahrnehmen und Arbeits- und Ausbildungsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass in unserer Stadt mehr Integrationsunternehmen Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung schaffen. Ein Hotel als Integrationsunternehmen wäre ein wünschenswertes Projekt, für das es erfolgreiche Beispiele aus anderen Städten gibt.

Durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) sind Änderungen in den Rechten der Menschen mit Behinderung hin zu mehr Eigenständigkeit vorgesehen. Wir wollen die Werkstätten für behinderte Menschen (Wfb) darin begleiten, den damit verbundenen Paradigmenwechsel umzusetzen.

Inklusion in der Bildung

Teilhabe aller und Zusammenleben im Alltag beginnt in der Kindheit. Es ist normal, verschieden zu sein - das lernen Kinder bereits in der Kindertagesstätte. Das muss in den Schulen weiterentwickelt werden, dazu brauchen wir mehr Angebote des gemeinsamen Lernens und Lebens in Schulen. Der gesamte Bildungssektor von der Kindertagesstätte über die Schulen bis zu den Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen ist ein wesentlicher Faktor, die Teilhabemöglichkeiten von und für Menschen mit Behinderung zu erweitern. Dies ist für uns eine wesentliche Herausforderung, der wir auch mit kommunalen Ansätzen und Konzepten begegnen werden.

Inklusion in der Freizeit

Zu den Aufgaben der sozialen, kulturellen und sportlichen Institutionen, Verbände und Vereine im Stadtviertel wie in der ganzen Stadt gehört es, Menschen mit Behinderung entsprechende Angebote zu machen. Dazu gehören Voraussetzungen wie z.B. barrierefreier Zugang, Gehweggestaltung oder Inklusionsschleifen für Hörgeschädigte. Zum anderen gilt es aber auch die eigene Haltung gegenüber Menschen mit Behinderung zu verändern, ihnen einen Platz zu geben und sie in die Gestaltung von Angeboten einzubeziehen. Nur aus einer aktiven und vielfältigen Integration lässt sich eine inklusive Gesellschaft entwickeln.

Wir wollen, dass sich alle staatlichen Ebenen - Bund, Land und Kommunen - der Herausforderung der Inklusion stellen und dieser mit Anreizen und Maßnahmen begegnen. Für unsere Stadt heißt das, in Kooperation mit Selbstvertreter*innen, Verbänden und Institutionen den Einsatz für Inklusion zu verstärken und mehr Teilhabe zu ermöglichen.

Integrationspolitik in Aachen: Vielfältig und offen

Offenheit und Toleranz sind in Aachen gelebter Alltag. Menschen mit Wurzeln aus mehr als 150 Nationen leben hier, viele von ihnen schon seit Generationen. Hier ist ihre Heimat, ihr Lebensmittelpunkt. Mit ihren Kenntnissen und Fähigkeiten bereichern sie die wirtschaftliche und kulturelle Vielfalt unserer Stadt. Menschen ganz verschiedener Nationalitäten sind unsere Freund*innen, Arbeitskolleg*innen und Nachbar*innen. GRÜNE Politik setzt sich für eine gelebte, offene Integration ein.

Eine internationale Stadt muss die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen, damit sich alle zugehörig fühlen und eine gemeinsame Zukunft mitgestalten können und wollen. In der uneingeschränkten Teilhabe am politisch-gesellschaftlichen Leben in Aachen sehen wir eine adäquate Antwort auf jede Form von Rassismus. Sprachkurse, Bildung und der Zugang zum Arbeitsmarkt, aber auch soziale Beratung und Betreuung, sind wichtige Faktoren für Integration und gesellschaftliche Teilhabe.

Wir wollen Begegnungsräume als Möglichkeiten des kulturellen Austauschs und der interkulturellen Kommunikation unterstützen, um Missverständnisse, Ängste und Vorurteile auf allen Seiten zu reduzieren. Der Aufbau und die Pflege dauerhafter Gesprächsbeziehungen mit und zwischen den unterschiedlichen Communities und Religionsgemeinschaften sind für unser Verständnis von Integrationspolitik zentral. Wir unterstützen den in Aachen etablierten Dialog der Religionen.

Integration ist eine Aufgabe für uns alle. Sie gelingt nur gemeinsam. In den letzten Jahren haben wir die Integrationsarbeit durch die Aufwertung des Integrationsrates, die Einrichtung des Kommunalen Integrationszentrums mit der Stabsstelle Integration, den Beitritt zur „Charta der Vielfalt“, den Integrationspreis und durch viele verschiedene Projekte wie „Mädchen Mittendrin“, Sprachkurse und vieles mehr stark aufgewertet. Das Integrationskonzept wurde 2018 weiterentwickelt. Hier werden wichtige Handlungsfelder benannt, Maßnahmen gebündelt und eine Vernetzung der einzelnen Akteure gefördert. Der „Tag der Integration“ und die Integrationskonferenz im Eurogress zeigen in jedem Jahr die große Vielfalt der vielen verschiedenen Nationen und Kulturen. Für uns ist diese Arbeit unverzichtbar.

Dezentrale Flüchtlingsunterbringung

Unser Ziel bleibt die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen im gesamten Stadtgebiet. Dies hilft zum einen bei der Integration und sorgt auch dafür, der Segregation von vornherein entgegenzuwirken.

Bleiberechts-Perspektiven für langjährig geduldete Menschen stärken

Integration ist maßgeblich von den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Aufnahmegesellschaft abhängig. Wesentliche Teilhabechancen von Neuzugewanderten sind in erster Linie durch den rechtlichen Aufenthaltsstatus festgelegt. Gerade für Geduldete stellt der restriktive Zugang zu Integrationsmaßnahmen und in den (Aus-)bildungs- und Arbeitsmarkt hohe Hürden dar. Nicht selten fehlt es an Kommunikation zwischen der Ausländerbehörde, den betreuenden Trägern und den Betroffenen, um die Einzelfälle angemessen bewerten zu können.

Wir setzen uns daher dafür ein, Menschen durch niedrigschwellige Verfahren beim Erwerb einer dauerhaften Aufenthaltserlaubnis zu unterstützen und zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu ermutigen. Die Ausländerbehörde soll insbesondere langjährig Geduldete proaktiv zu den Bleiberechtsmöglichkeiten beraten.

Perspektivisch soll ein Runder Tisch entstehen, an dem die verschiedenen Akteur*innen wie Stadtverwaltung, Ausländerbehörde, Arbeitsagentur, Wohlfahrtsverbände, Flüchtlingsvertreter*innen, engagierte Bürger*innen, Unternehmen, IHK und Handwerkskammer, Gewerkschaften und andere relevante Institutionen sich über Handlungsmöglichkeiten austauschen und Vertrauen schaffen können. Die Transparenz der rechtlichen Rahmenbedingungen und der Zugang zu Unterstützungssystemen soll verbessert werden. Gemeinsam mit den Unternehmen arbeiten wir daran, dass alle, die in Ausbildung oder Arbeit sind, einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen und vor Ausweisung geschützt werden.

Sprache und Bildung als Schlüssel zur Integration.

Sprache ist der Schlüssel zur Integration. Die Stadt Aachen hat sichergestellt, dass allen Geflüchteten passende Sprachkurse angeboten werden, die mindestens auf das grundlegende Sprachniveau A1 führen. Die Vernetzung und Koordination der Angebote muss höchste Priorität haben.

Die meisten Geflüchteten wollen so schnell wie möglich Arbeit finden. Wir wollen die

Kooperation der Stadt mit der Arbeitsagentur und externen Beratungsstellen - beispielsweise zur Anerkennung von Berufsabschlüssen - voranbringen, um einen Fahrplan für die berufliche Integration zu entwickeln.

Chancengleichheit im Bildungssystem ist leider noch immer nicht erreicht. Noch immer besuchen Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, vor allem auch minderjährige Geflüchtete, die ohne ihre Eltern bei uns sind, seltener das Gymnasium. Übergang und erfolgreicher Verbleib in einer Ausbildung gelingen dadurch weniger gut.

Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind - unabhängig von seinem Herkunftsland - das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Bildung und Ausbildung erhält. Außerdem wollen wir im gesamten Bildungsbereich flächendeckend passgenaue Unterstützungsangebote, insbesondere zum Spracherwerb, schaffen sowie die Eltern von Anfang an gezielt im Rahmen einer verbesserten und koordinierten Beratungsstruktur als Unterstützer*innen ansprechen und gewinnen.

Unbegleitete minderjährige Ausländer

Unbegleitete minderjährige Ausländer*innen sind in besonderem Maße unterstützungswürdig. Ohne eine enge Kooperation mit dem Land NRW und eine zusätzliche finanzielle Unterstützung durch das Land ist diese Aufgabe für uns als Stadt nicht zu stemmen. Die Aufnahme von aus ihrer Heimat geflüchteten Jugendlichen ist eine Frage der Wahrung der Kinderrechte und der Menschenrechte, die Grundlage unserer Politik sind. Diese Jugendlichen brauchen nach ihrer Ankunft besonderen Schutz und unsere Aufgabe ist es, ihnen zu helfen und ihnen eine angemessene und gesicherte Unterbringung zu bieten. Sie brauchen eine besondere Begleitung, um sich in einen normalen Alltag integrieren zu können. Darüber hinaus brauchen wir eine ausreichende Zahl von Internationalen Förderklassen, in denen sie besonders gefördert und gefordert werden, um den Übergang in eine Ausbildung zu schaffen.

Diskriminierung entgegentreten

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Stadt alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzt, um ein Klima der Gemeinsamkeit und Toleranz in Aachen zu ermöglichen. Zusätzlich zu der Internationalen Woche gegen Rassismus in Aachen muss eine klare und im Alltag sichtbare Positionierung als bunte und weltoffene Stadt erfolgen. Bei Imagefilmen, Plakaten und Flyern, zum Beispiel im Rahmen der Einbürgerungskampagnen oder Ausbildungsoffensiven, ist verstärkt darauf zu achten, dass die Vielfalt der Aachener Gesellschaft sichtbar wird.

Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit

Gleichberechtigung, Gerechtigkeit und Selbstbestimmung im Geschlechterverhältnis

Gleichberechtigung herzustellen, eine eigenständige Existenzsicherung für Frauen zu ermöglichen, vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen, Bedingungen für ein selbstbestimmtes Leben zu schaffen - das sind die politischen Ziele der GRÜNEN.

Es geht darum, die strukturellen Hemmnisse zu beseitigen, die die gleichberechtigte Teilhabe verhindern. Wir wollen, dass alle Menschen die Möglichkeit haben, erwerbstätig zu sein, eine Familie zu haben, sofern sie dies erstreben, gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit zu bekommen, finanziell eigenständig zu sein.

Wir machen feministische Politik, um Chancen, Macht, Geld und Zeit gerecht zwischen den Geschlechtern zu verteilen. Innerparteilich folgen wir diesem Grundsatz bereits, so sind alle Gremien, Vorstände, Delegationen und Listen quotiert. Aber es gibt noch viel zu tun. Wir setzen uns für die gleichberechtigte Partizipation und Repräsentanz aller Geschlechter in allen Gremien ein, wobei alle gesellschaftlichen Gruppen vertreten sein sollen.

Wir wollen eine Weltanschauung überwinden, in welcher Heterosexualität als soziale Norm gilt. Das Beharren auf traditionellen, binären Geschlechterrollen schränkt alle ein und lässt wenig Spielraum, die eigene Persönlichkeit zu finden und auszuleben. Zudem werden Menschen, die nicht in diese heteronormative Sichtweise passen, strukturell benachteiligt und diskriminiert. Wir wollen diese Art der Menschenrechtsverletzung beenden und die gleichberechtigte Teilhabe von trans: inter* und nicht-binären Personen in der Gesellschaft durchsetzen.

Wir GRÜNE wollen einen Beirat für Antidiskriminierung, Chancengleichheit, Diversität und Geschlechtergerechtigkeit einrichten: Die Zuständigkeit des Beirats liegt in der Förderung der politischen und gesellschaftlichen Umsetzung von Maßnahmen, die in Aachen dazu beitragen, den heutigen Anforderungen an Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und Antidiskriminierung gerecht zu werden. Dem Beirat sollen neben Einzelpersonen auch Vertreter*innen von Verbänden und Gruppierungen angehören. Der Beirat soll zudem sachkundige Einwohner*innen in die Fachausschüsse des Rates entsenden können.

Der Aufgabenbereich des Beirats umfasst auch die Angelegenheiten der LGBTQ* - Community (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Trans- und Intersexuelle). Wichtige Ziele sind der Schutz vor Diskriminierung, die Durchsetzung gleicher Rechte und vor allem der Abbau von Vorurteilen.

Wir wollen städtische Beteiligungsverfahren so weiterentwickeln, dass sie alle Geschlechter gezielt ansprechen.

Mehr Geschlechtergerechtigkeit in Aachen:

- Dem Leitbild der Geschlechtergerechtigkeit (Gender Mainstreaming) soll konsequent in allen Bereichen gefolgt werden.
- In den Gremien und Aufsichtsräten der Stadt Aachen erstreben wir eine 50%-Frauen-Quote.
- Innovationen in der digitalen Wirtschaft sind auch Frauensache geworden. Verstärkt wird dabei das Augenmerk im Gründungsbereich auf die strukturelle Unterstützung frauengeführter Start-Ups gelegt und deren Anteil signifikant erhöht.
- Eine geschlechtergerechte Stadtgesellschaft kann sich nur entwickeln, wenn tradierte Rollenmuster aufgebrochen werden. Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau familienfreundlicher Arbeitszeitmodelle auf allen Ebenen der Stadt ein.
- Um stereotype Geschlechterrollen aufzubrechen, ist die geschlechtersensible Kommunikation in Politik und Verwaltung eine unabdingbare Voraussetzung.
- Bei städtischen Bauprojekten wird auf die Bedürfnisse aller Menschen Rücksicht genommen, beispielsweise durch die Einrichtung geschlechtsneutraler Sanitäranlagen.
- Wir wollen bedarfsgerecht Institutionen und Organisationen, die Menschen helfen, die von häuslicher oder institutioneller Gewalt betroffen sind, finanziell in ausreichender Höhe unterstützen. Die präventiven Programme zur geschlechtsspezifischen Gewaltarbeit werden ausgebaut, um häuslicher Gewalt vorzubeugen. Dazu gehören neben der Strafverfolgung der Täter*innen auch Beratungsangebote und therapeutische Maßnahmen.
- Die zahlreichen Netzwerke, Projekte und Initiativen von Frauen in der Stadtgesellschaft werden weiterhin konsequent in ihrer Arbeit unterstützt und gefördert, besonders die von und für Migrant*innen, vor allem hinsichtlich Gesundheitsberatung und sexueller Aufklärung als Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben.
- Wir setzen uns dafür ein, dass auf allen Ebenen die Situation von Prostituierten verbessert wird. Gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution werden energische Maßnahmen ergriffen. Das Recht auf professionelle Beratungs-, Therapie-

und Traumabehandlungen wird konsequent beachtet und die entsprechenden Einrichtungen werden unterstützt. Gehandelte Frauen als Opfer von Menschenrechtsverletzungen müssen vor weiterer Diskriminierung wie Abschiebehaft und Abschiebung geschützt werden.

- Die Antoniusstraße soll als Standort für Prostitution erhalten bleiben.
- Auf städtischen Werbeflächen sowie auf Werbeflächen der städtischen Betriebe (z.B. auf Bussen) wird keine sexistische Werbung gezeigt.
- Die Initiativen und Anlaufstellen für queere Menschen leisten gute Arbeit und sollten weiter ausgebaut und bekannter gemacht werden, um Gleichstellung zu gewährleisten, zu beraten und zu unterstützen. Zudem sollen mit breiten und offensiven Aufklärungskampagnen über sexuelle Vielfalt Vorurteile und daraus resultierende Diskriminierungen abgebaut werden.
- Wir streben die Einrichtung einer Koordinierungsstelle an, die alleinerziehenden Eltern bei der Vermittlung eines Kinderbetreuungsplatzes hilft und durch zusätzliche flexible Angebote zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beiträgt sowie Unterstützung leistet bei der Beantragung familienpolitischer Leistungen. Es gilt, neue Wohnmodelle wie Gemeinschaftswohnungen oder Ein-Eltern-Familienhäuser zu entwickeln.

Bürgerbeteiligung

Bürger*innenbeteiligung

Immer wieder wird von Bürger*innen in vielen Kommunen, und so auch in Aachen, eine mangelnde Beteiligung an wichtigen Entscheidungen beklagt. Das betrifft städtische Bauprojekte, Veränderungen im direkten Wohnumfeld, Weichenstellungen in der Verkehrs- und Schullandschaft oder bzgl. kultureller Einrichtungen. Den Einwohner*innen reicht es nicht, alle fünf Jahre bei der Kommunalwahl ihr Kreuz zu machen - sie möchten auch im Alltag über Pläne, Entwicklungen und Entscheidungen informiert und einbezogen werden.

In Aachen tragen bürger*innenschaftlich engagierte Menschen einen wichtigen Teil zu einer lebendigen, vielfältigen Gesellschaft bei. Diese Menschen gestalten und bereichern unser Zusammenleben in vielen Bereichen, z.B. im sozialen Leben, in der Kultur, im Sport oder im Naturschutz, bei der freiwilligen Feuerwehr oder im Katastrophenschutz. Sie sammeln Wissen und Erfahrungen, die bei politischen Entscheidungen wertvoll sind. Wir wollen daher, dass Verwaltung und Stadtrat engagierte Bürger*innen frühzeitig in die Entscheidungsfindung einbeziehen.

Repräsentative Demokratie und direkte Bürger*innenbeteiligung

In unserer repräsentativen Demokratie trifft der Rat der Stadt, das von der Stadtbevölkerung gewählte Gremium, nach sorgfältiger Interessenabwägung Entscheidungen. Dieser Entscheidungsprozess muss für alle Bürger*innen transparent gemacht werden. Neben einem übersichtlicheren Ratsinformationssystem (siehe Digitalisierung) fordern wir deshalb die Live-Übertragung aller Ratssitzungen.

Auch eine frühzeitige Beteiligung der Bürger*innen ist von großer Bedeutung, damit ihre vorhandenen Kompetenzen, Ideen, aber auch Sorgen und Bedenken in einen Planungsprozess eingebracht und diskutiert werden können. Dies schafft Vertrauen und Verständnis, was die Akzeptanz für Entscheidungen erhöht.

Vielen Aachener*innen sind die Diskussionen und Bürger*innenentscheide zum Bauhaus Europa und zur Campusbahn noch in lebhafter Erinnerung. Hier haben die Einwohner*innen zumindest bei der Frage der Campusbahn aus Sorge vor zu großer finanzieller Belastung der Kommune oder aus anderen Gründen eine Entscheidung getroffen, die heute wahrscheinlich so nicht mehr getroffen würde.

Bürger*innenbeteiligung früher beginnen

In NRW gibt es insbesondere bei Bauprojekten eine gesetzlich vorgeschriebene Bürger*innenbeteiligung in Form von Bürger*inneninformationen mit der Offenlegung von Plänen, gegen die auch Einsprüche vorgebracht werden können. Diese etablierten Verfahren setzen aber zu einem Zeitpunkt ein, wo Pläne sich schon in einem fortgeschrittenen Stadium befinden und Grundsatzentscheidungen bereits getroffen wurden. Bei solchen Beteiligungsverfahren nehmen Bürger*innen häufig erst spät wahr, dass Projekte und politische Entscheidungen ihr direktes Lebensumfeld betreffen, was zu Unzufriedenheit und zu Ablehnung führen kann.

Als Grundlage für eine fruchtbare Diskussion benötigen wir grundsätzlich ein hohes Maß an Öffentlichkeit und Transparenz. Hürden bei der Einsicht amtlicher Dokumente durch die Bürger*innen beispielsweise durch hohe Gebühren oder unnötige Bürokratie müssen abgebaut werden. Wir erwarten, dass die Verwaltung bei wesentlichen Entscheidungen (z.B. über Privatisierungen, Grundstücksverkäufen, Nutzungstarifen) von sich aus wesentliche Informationen öffentlich zugänglich macht.

Bürgerforum stärken

In den letzten Jahren haben wir in Aachen das Bürgerforum als Ausschuss des Rates eingerichtet, mit dem Ziel, Fragen der Bürger*innen zu konkreten Anliegen, sei es zur Verkehrsführung, Parken, Radverkehr, Spielplätzen aber auch zur Umgestaltung der Förderschullandschaft oder zu Umweltfragen zwischen Bürger*innen, Verwaltung und Politik zu diskutieren. So wurden zum Beispiel die Nitrat-Belastung des Grundwassers, Lärmbelastung, Bedrohung durch Tihange oder auch die Einrichtung einer Skaterbahn unter großer Beteiligung besprochen. Dazu hat sich der Ausschuss auch auf den Weg zu den Bürger*innen gemacht und die jeweilige Problematik vor Ort diskutiert. Er ist so zu einer gerne genutzten Einrichtung geworden. Dabei können und wollen wir aber nicht stehenbleiben.

Leitlinien für Bürger*innenbeteiligung

Wie andere Kommunen es bereits erfolgreich vorgemacht haben, befürworten wir auch für Aachen, dass die Kommune Leitlinien für eine Bürger*innenbeteiligung aufstellt. In die Ausgestaltung dieser Leitlinien sollten Vertreter*innen möglichst vieler Gruppen der Stadtgesellschaft eingebunden werden. Die Leitlinien sollen dann einen Prozess darstellen, wie die Bürger*innen frühzeitig, regelmäßig und verlässlich über städtische

Vorhaben informiert werden. Eine städtische, stets aktuelle Vorhabenliste sollte in der Presse und im Internet veröffentlicht werden.

Wichtig ist es dabei, ein Verfahren festzulegen, wie die Bürger*innen in Form von Workshops, Arbeitsgruppen oder Foren ihren Sachverstand einbringen können. So können Entscheidungen der gewählten Gremien über wichtige städtische Themen auf eine möglichst breite Basis gestellt werden.

Beteiligungsgremien

Als Beteiligungsgremien wünschen wir uns neben punktuellen Beteiligungsverfahren wie dem Bürgerforum, Einwohner*innenbefragung, Ortsbegehung oder Planungswerkstatt auch kontinuierlich arbeitende Gremien wie Stadtteilkonferenzen, den Integrationsrat und einen Jugendstadtrat.

Bürger*innenräte einrichten

Für einige Vorhaben ist die Einrichtung von Bürger*innenräten sinnvoll. Diese werden durch eine Zufallswahl repräsentativ ausgewählt und arbeiten ehrenamtlich über einen festgelegten Zeitraum an konkreten Projekten und Fragestellungen. So können sich Bürger*innen direkt mit wichtigen Themen auseinandersetzen und konkrete Vorstellungen in die Entscheidungen einbringen.

Bürger*innennahe Verwaltung

Zur Umsetzung dieser Pläne wünschen wir uns eine bürger*innennahe, transparente Verwaltung. Das Internet bietet hier viele Möglichkeiten zusätzlich zur persönlichen Beratung. Die Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung wollen wir bei dieser Aufgabe nicht allein lassen: Durch Schulungen und eine moderne IT-Ausstattung sollen Kompetenzen gestärkt und Arbeitsplätze in der städtischen Verwaltung attraktiver werden.

Das Ergebnis soll eine offene und respektvolle Gesprächskultur sein, in der die Beteiligung von interessierten und betroffenen Einwohner*innen am politischen Geschehen eine Selbstverständlichkeit ist.

Haushaltspolitik

Haushaltspolitik

Die GRÜNEN stehen für eine städtische Haushaltspolitik ein, die der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit verpflichtet ist. Das bedeutet: Wir wollen das Vermögen und die Finanzkraft der Stadt erhalten und zeitgleich so wirtschaften, dass wir nicht auf Kosten der kommenden Generationen leben. Wir wollen dafür sorgen, dass der Haushalt finanzielle Spielräume für nachhaltige Investitionen zur ökologisch-sozialen Transformation der Stadt bietet und dass diese auch realisiert werden. Wir wollen die Steuerung bei der Abwicklung des Haushalts verbessern, damit wichtige Investitionen auch tatsächlich zeitnah umgesetzt werden. Wichtig sind uns auch die Transparenz des Haushalts und eine Erweiterung der Mitwirkungsmöglichkeiten für Bürger*innen.

Die Stadt muss finanziell handlungsfähig bleiben

Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört, dass die Stadt finanziell handlungsfähig ist. Dafür müssen die Einnahmen und Ausgaben der Stadt auf Dauer im Gleichgewicht bleiben. Durch eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik werden wir selbst dazu beitragen.

Angesichts der Herausforderungen, vor der die Stadt aktuell und in Zukunft steht, braucht sie aber auch die Unterstützung von außen. Die Kommunen in Deutschland sind chronisch unterfinanziert. Wir appellieren an Bund und Land, aber auch an die EU. Sie müssen für eine bessere finanzielle Ausstattung sorgen, die es den Kommunen ermöglicht, die häufig durch Gesetze vorgegebenen oder aus politischen Entwicklungen entstehenden Aufgaben zu übernehmen. Wir GRÜNE werden uns stärker dafür einsetzen, für Projekte in Aachen Mittel aus zweckgebundenen Fördertöpfen zu erhalten, die uns bei der Bewältigung der Zukunftsaufgaben Klimaschutz, Mobilitätswende, Digitalisierung, Bildung und Demografie unterstützen.

Nachhaltig Investieren, Zukunft gestalten

Verantwortungsbewusste Haushaltspolitik bedeutet für uns GRÜNE eine sehr sorgfältige und konkrete Prüfung der Ausgaben und möglichen Einnahmen und eine verantwortungsvolle Abwägung. Unsere Grundlinie ist dabei sparsam zu sein und Geld dort, wo es ausgegeben wird, wirkungsvoll und nachhaltig einzusetzen.

Zu den zentralen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge gehören Schulbau, Kinderbetreuung, Wohnen, Gesundheit, Inklusion sowie Verminderung der Armut, Förderung

von Sport und Kultur. Hier ist es wichtig, die Strukturen, mit denen diese Aufgaben erfüllt werden und die dafür sorgen, dass es in Aachen ein gutes Miteinander gibt, zu erhalten und weiter zu entwickeln. So bleibt Aachen eine Stadt, in der unterschiedliche Menschen gut zusammen leben können.

Zur Daseinsvorsorge gehören auch Investitionen in die Zukunft der Stadt und der Menschen, die hier leben: in den Klimaschutz, in die Mobilitätswende, in eine menschengerechte Stadtentwicklung, in den Wohnungsbau, in eine gemeinwohlorientierte und nachhaltig gestaltete Digitalisierung, in eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Diese Investitionen müssen konsequent angegangen werden.

Bessere Steuerung, mehr Transparenz und Bürger*innenmitwirkung

Der Haushalt entfaltet nur dann Wirkung in der Stadt, wenn er auch umgesetzt wird. Aktuell gibt es „Ermächtigungsübertragungen“ von mehr als 146 Mio. Euro. Das sind Mittel, die im Haushalt für Investitionen bereits stehen, aber aus verschiedenen Gründen bisher nicht ausgegeben und deshalb in Folgejahre übertragen wurden. Dieses weist auf ein Vollzugsdefizit hin, aber auch auf Defizite bei der Steuerung über den Haushalt.

Das „Neue kommunale Finanzmanagement“ (NKF) mit seinen Produkten bietet in Zusammenhang mit digitalen Werkzeugen die Möglichkeit einer am Ergebnis orientierten Steuerung des Haushalts. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass diese Steuerungsmöglichkeiten intensiver genutzt werden, insbesondere von der Politik in den Fachausschüssen. Vor allem wichtige Zukunftsprojekte müssen eng begleitet werden.

Wichtig ist uns GRÜNEN die Transparenz des Haushaltes, bei der Aufstellung, aber auch bei der Abwicklung. Hier setzen wir uns dafür ein, die schon vorhandenen Darstellungs- und Kommunikationsformen weiter zu verbessern. Die Möglichkeiten für Bürger*innen den Haushalt mit zu gestalten sollen erweitert werden.

Stadtbezirke

Grüne Politik für Aachens Stadtbezirke

Grüne Politik zeigt sich auch und gerade in konkreten Maßnahmen vor Ort, die den Bürger*innen direkt im Alltag zugute kommen. In den Aachener Stadtbezirken möchten wir Grüne Ideen und Maßnahmen umsetzen, die das Zusammenleben fördern, die Umwelt und den Lebensraum verbessern und den ökologischen Fußabdruck minimieren.

GRÜNE Schwerpunkte in allen Bezirken:

- Kommunikation mit den Bürger*innen fördern
- Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs
- Ausweitung des Radwegenetzes
- Schnelle und sichere Radwegeverbindung in die Innenstadt
- Treffpunkte mit hoher Aufenthaltsqualität für alle Bürger*innen
- Kultur in den Stadtbezirken fördern
- Erhalt und Aufwertung öffentlicher Grünflächen

Besondere Vorhaben in den einzelnen Bezirken sind hier kurz zusammengefasst. Einzelne Aspekte finden sich auch in den Kapiteln Stadtentwicklung und Mobilität wieder.

Brand

Wir wollen die Weiterentwicklung von Brand zu einem Vorbild-Bezirk mit grünem Charakter vorantreiben und verfolgen folgende Ziele:

Grüne Mobilität und umweltfreundlicher Verkehr in Brand

- Ein Verkehrskonzept für Brand soll erstellt werden mit gezieltem Einsatz von Einbahnstraßen, LKW-Routen, verkehrsberuhigten Zonen und weiteren Maßnahmen. Dieses Konzept soll die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer*innen und -mittel (Fußgänger*innen, Radfahrer*innen, ÖPNV, PKW, etc.) garantieren und deren Sicherheit gewährleisten.
- Umweltfreundliche Verkehrsmittel (ÖPNV, E-Mobile, Rad) müssen gefördert werden durch Ausbau der eCar- und eBike-Leihstationen, durch Steigerung der Attraktivität von Busverbindungen und durch Errichtung und Verbesserung eines sicheren und attraktiven Radwegenetzes im Zuge der Umsetzung des Radentscheids.

Energie-autarkes Brand

- Die Energie, die wir benötigen, sollten wir möglichst selbst und sauber erzeugen. Dazu ist die Förderung und Errichtung von regenerativen Energieanlagen an/auf öffentlichen und privaten Gebäuden sinnvoll und notwendig.
- Für die Bürger*innen muss ein Beratungsangebot geschaffen werden, das Hilfestellungen zum ökologischen Umbau von Heizungsanlagen und Informationen zum Energiesparen gibt sowie ökologische Auflagen bei Neu-/Umbauten und weitere Themenfelder abdeckt.

Grünes Brand mit einer hohen Lebens- und Erholungsqualität

- Es muss eine umfassende Grünplanung für Brand erstellt werden, die alle Grünflächen beinhaltet (z.B. Park Friedhof Kolpingstraße, Brander Wald, Feuchtbiotop Brander Wall etc.) Konkrete Maßnahmen in diesem Rahmen sind u.a. die Errichtung von Wildblühwiesen auf allen größeren „ungenutzten“ Grünflächen, z.B. am Vennbahnweg, sowie die Ausweitung von Streuobstwiesen, insbesondere am Brander Wall und an Schulen. Bürger*innen sollen sich durch Patenschaften an deren Pflege beteiligen können. Darüber hinaus sollen Baumlücken geschlossen und neue Bäume angepflanzt werden.
- Die Bebauung in Brand muss grüner werden. Hierzu wollen wir Ideen und Initiativen zur Begrünung von Fassaden und Dächern fördern. Es soll eine Kampagne für grüne Vorgärten mit ortsüblichen Hecken gestartet werden.

Der Brander Marktplatz als kulturelles Zentrum

- Der Marktplatz in Brand soll zum Treffpunkt für alle Brander Bürger*innen - klein und groß, jung und alt - werden. Dies wollen wir durch interessante Angebote und regelmäßige Veranstaltungen erreichen. Dabei müssen bestehende Märkte und die Kirmes Berücksichtigung finden.
- Das Marktkonzept für Platz und Grünfläche bedarf einer Überarbeitung. Beispielsweise ist eine bessere Beschattung durch Bäume und Rankgitter erforderlich, es fehlen Sitzplätze in gesprächsfördernder Anordnung, Sport-/Spielmöglichkeiten für alle Altersgruppen sollen geschaffen werden. In diesem Konzept muss das Gastronomie-Angebot während, bei und außerhalb von Veranstaltungen sowie Infrastruktur für Aufführungen und kleinere Konzerte berücksichtigt sein.

Eilendorf

Eilendorf soll ein vielseitiger, lebendiger Ort mit einer guten Infrastruktur, hohem Erholungswert und genügend Raum und Möglichkeit für Begegnung sein.

Gute Infrastruktur

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Eilendorfer*innen in allen Lebensphasen eine gute Infrastruktur vorfinden:

- Über die in Breitbenden und im Montessorizentrum geplanten Kinderbetreuungsplätze hinaus müssen zeitnah weitere Angebote geschaffen werden. Auch das Angebot an Betreuungseinrichtungen für Senioren muss erweitert werden, damit sich Menschen aller Altersgruppen hier zu Hause fühlen und die nötige Unterstützung finden.
- Radfahrende und Fußgänger*innen sollen sich sicher in Eilendorf fortbewegen können und zügig in die Innenstadt gelangen. Daher setzen wir uns für den konsequenten Ausbau der Radvorrangroute in die Innenstadt inklusive weiterer Anbindungen aus den Eilendorfer Ortsteilen ein. Breite Fahrradstreifen und zusätzliche Querungshilfen auf der Von-Coels-Straße sollen ebenso zur Sicherheit beitragen wie eine möglichst emissionsfreie Beleuchtungsanlage auf der Vennbahntrasse.
- Der Umstieg auf den ÖPNV soll durch die Förderung weiterer Velocity-Stationen erleichtert werden, die den Bahnhof und das Oberdorf besser anbinden. Eine Ringbuslinie bietet eine gute Anbindung an Brand, Forst, Verlautenheide, Haaren und Würselen.
- Junge Menschen müssen in Eilendorf eine Stimme bekommen. Die neu eingeführte Jugendkonferenz soll als konstantes Gremium etabliert werden. Gemeinsam mit den Jugendlichen wollen wir überlegen, wie diese künftig - zum Beispiel in der Bezirksvertretung oder der Zukunftswerkstatt - Einfluss auf die Politik vor Ort nehmen können.

Lebendiger Lebensmittelpunkt

Ein Ort kann nur lebendig sein, wenn er viele Möglichkeiten zur Begegnung bietet. Dazu wollen wir GRÜNE beitragen:

- Ehrenamtliches Engagement braucht Raum, und diesen wollen wir GRÜNE schaffen. Daher fordern wir die Einrichtung eines leicht zugänglichen Bürgerraums für kleinere Gruppen, z.B. im neu entstehenden Montessori-Zentrum.
- Der Eilendorfer Wochenmarkt soll auf den Samstag oder den Nachmittag verlegt werden, um mehr Menschen die Möglichkeit zu geben, regionale Produkte zu kaufen und den Markt als Kommunikationsort zu nutzen.
- Die Eilendorfer Grünflächen sollen zu attraktiven Treffpunkten für alle Eilendorfer*innen aufgewertet werden.
- Vereine, die Veranstaltungen im öffentlichen Raum durchführen, sollen von Sondernutzungsgebühren befreit werden.

ökologischer Ort

Ein hoher Erholungswert ist für uns GRÜNE eng verbunden mit einem naturnah gestalteten Umfeld:

- Daher setzen wir uns für die Pflanzung von 500 neuen Bäumen ein, für die wir Baumpat*innen gewinnen möchten. Grünflächen wie die auf dem Knopp sollen erhalten und durch die Anlage neuer Obstwiesen und Heckenpflanzungen aufgewertet werden.
- Werden in Bebauungsplänen Ausgleichsflächen geplant, soll deren Umsetzung konsequent nachverfolgt werden.
- Wir wollen die Eilendorfer*innen ermutigen und unterstützen, Steingärten wieder in grüne Gärten umzuwandeln.

Haaren

Um die Lebensqualität in Haaren zu steigern, muss Mobilität sowie die Gestaltung des Ortszentrums neu und grün gedacht werden:

Mobilitätskonzept für Haaren

- Der Radverkehr muss erleichtert und intensiviert werden. Wir wollen eine Radvorrangroute ins Aachener Zentrum errichten sowie ein größeres und sicheres Radwegenetz in Haaren und Verlautenheide aufbauen.
- Der Öffentliche Nahverkehr muss gestärkt werden. Wir wollen die ÖPNV-Anbindung von Haaren und Verlautenheide ausbauen. Zudem müssen beide Ortsteile an die geplante RegioTram nach Aachen und in die Euregio angebunden werden.

Umsetzung der Umgestaltung des Ortszentrums Haarener Markt

- Wir wollen die Aufenthaltsqualität am Haarener Markt wesentlich verbessern durch eine attraktive Platzgestaltung, teilweise Offenlegung des Haarbaches und Reduzierung der Parkflächen.
- Die bereits beschlossenen Pläne für den Park, für das Areal an Wurm und Haarbach und das Areal rund um die Kirche St. Germanus müssen zügig umgesetzt werden.

Kornelimünster/Walheim

Die Besonderheit der südlichen Stadtbezirke liegt in der Größe und der Unterschiedlichkeit ihrer Ortschaften. Dazu gehören Friesenrath, Hahn, Oberforstbach, Nütheim, Schleckheim, Schmithof, Sief und Lichtenbusch.

In der kommenden Wahlperiode wollen wir Grüne in der Bezirksvertretung:

Eine bessere Kommunikation mit den Bürger*innen

- durch Erhöhung der Präsenz auf Wochenmärkten, Veranstaltungen, Einrichtung einer „Ansprechstelle“ und Einrichtung einer Stadteilgruppe.

Verbesserung des Öffentlichen Nahverkehrs

- Durch die größeren Entfernungen zu Aachen ist ein gut funktionierender Nahverkehr von großer Bedeutung. Wir wollen die Verbindungen verbessern, vor allem in Bezug auf Taktzeiten und Preis.

Radverkehr fördern

- Sichere und schnelle Radwege in Richtung Aachen und Anschluss an die Radrouten schaffen
- eBike Stationen errichten

Treffpunkte mit hoher Aufenthaltsqualität für alle Bürger*innen

Der Markt in Kornelimünster ist ein sehr attraktiver Aufenthaltsort und Treffpunkt:

- Wir möchten mehr Aufenthaltsqualität ohne parkende Autos.
- Wir setzen uns für eine Belebung des Kornelimünster Marktes ein, z.B. durch kulturelle Veranstaltungen wie Open Air Kinos oder Musikveranstaltungen.

Erhalt und Aufwertung von Grünflächen

Unsere Stadtteile sind umgeben von einer schönen und vielfältigen Landschaft. Als einziger Bezirk Aachens ist Kornelimünster/Walheim Teil des deutsch-belgischen Naturparks Hohes Venn-Eifel. Die Inde und ihre Nebenbäche sind einige der letzten Rückzugsorte in NRW für bedrohte Arten wie der Edelkrebs. Dieser Verantwortung wollen wir gerecht werden und Natur- und Landschaftsschutzmaßnahmen nach Kräften unterstützen:

- Wir möchten die öffentlichen Grünflächen und Wiesen erhalten und durch Streuobstwiesen, Heckenlandschaft und Wildblühwiesen aufwerten.
- Die weitläufigen Wiesen im Aachener Süden wollen wir in Kooperation mit den Landwirt*innen durch Wanderpfade zu Erholungszwecken zugänglich machen.
- Die Gewässer des Bezirks sollen überall, wo es möglich ist, in einen natürlichen Zustand zurückversetzt werden, um den Bestand des Edelkrebs zu sichern und zu vergrößern.

Laurensberg

Unsere Grünen Perspektiven für Laurensberg für ein attraktives, ökologisches und soziales Lebens- und Wohnumfeld:

Neue Mobilität in Laurensberg

- Wir wollen die Radinfrastruktur wesentlich verbessern durch zügige Umsetzung des Radschnellwegs, durch Radvorrangrouten im Bezirk und die Verbesserung der Radwege, durch die Einrichtung von Radwegen an den zum Teil vierspurigen Einfallstraßen in die Innenstadt (Vaalser Straße, Roermonder Straße, Krefelder Straße).
- Wir wollen den ÖPNV stärken und die Anbindung des Klinikums, des Campus Melaten und des Campus West optimieren. Darüber hinaus muss die Planung der Fuß- und Radwegebrücke in diesem Bereich zügig umgesetzt werden.

Energieautonomer Stadtteil

- Wir wollen Projekte zur regenerativen Energiegewinnung unterstützen, d.h. Repowering der Windenergieanlagen im Windpark Vetschauer Berg, Photovoltaik mit Eigennutzung für Ein- und Mehrfamilienhäuser, öffentliche Gebäude und Gewerbeimmobilien.
- Neue, auch kleine Wohngebiete sollen energieoptimiert und ressourcenschonend gebaut werden.

Umwelt- und Naturschutz

- Wir wollen den Naturschutz für ausgewiesene Gebiete im Vaalserquartier und Orsbacher Bereich im Rahmen des neuen Landschaftsplans ausweiten, die Soers als Landschaftsschutzgebiet erhalten und Feuchtwiesen (z.B. in der Soers) erhalten.
- Wir wollen Grünflächen erhalten und erweitern durch eine extensive, naturnahe Bearbeitung, durch den Ausbau und die artengerechte Pflege des Straßenrandgrüns und durch eine Erweiterung der Streuobstwiesen im Bezirk.
- Wir wollen in einen Dialog mit den Landwirten zur umweltverträglichen Landwirtschaft und artgerechten Tierhaltung eintreten und alternative Modelle in der Landwirtschaft (z.B. Solidarische Landwirtschaft) unterstützen.

Naherholung im Bezirk

- Wir wollen die Naherholung im Bezirk attraktiv gestalten und sichern, u.a. durch Verbesserung des Wegenetzes für die ruhige Naherholung (z.B. bei Lemiers, in der Soers), eine Wegeverbindung von der Soers nach Haaren, Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Bereich Dreiländerweg/ Oberer Gemmenicher Weg.

- Wir wollen den Biker-Park am Dreiländereck erhalten, ansonsten soll Radfahren im Stadtwald nur auf breiten, befestigten Wegen gestattet sein.

Sozialer Stadtbezirk

- Wir wollen unseren Bezirk als sozialen Lebensraum gestalten und entsprechende Angebote weiterentwickeln wie z.B. Nachbarschaftsmodelle, die Ermöglichung von eigenständigem Leben im Alter, die Integration von Menschen mit Behinderung durch barrierefreie Räume und Schaffung geeigneter neuer Wohnformen.
- Wir wollen Begegnungsräume für Bürger*innen schaffen, konkret ein Stadtteilzentrum für den Bereich Kullen, Steppenbergr, Vaalserquartier sowie für den Ortskern Laurensberg.

Richterich

Unsere Forderungen und Initiativen für eine Grüne Entwicklung von Richterich:

Grüne Mobilität in Richterich

- Rascher Bau des Radschnellweges mit einer komfortablen Verbindung über Horbach nach Locht entlang der Horbacher Straße.
- Attraktivierung des ÖPNV, insbesondere Taktverkürzung der Linie 44 auf 20 Minuten, Verbesserung der Anbindung von Horbach am Wochenende sowie eine rasche Verwirklichung des Bahnhofpunkts Richterich.

Entwicklung des Bezirkes

- Erhalt bzw. Wiederherstellung einer strukturreichen Bördelandschaft wie im Entwurf des Landschaftsplanes dargestellt unter Einbeziehung aller Beteiligten.
- Ausweisung des Neubaugebietes Richtericher Dell als Modellprojekt für klima- und ressourcenschonendes Bauen (Stichwort „Faktor X).
- Wir wollen den Schlosspark Schönau ökologisch aufwerten und zu einem Treffpunkt für Jung und Alt weiterentwickeln.
- Wir wollen evaluieren, welche Möglichkeiten es zur Freilegung des Amstelbachs gibt.
- Aktive Suche nach weiteren Standorten zur Begrünung mit heimischen Gehölzen und Bäumen.

Aachen-Mitte

Der Bezirk Mitte umfasst verschiedene Aachener Stadtteile, für die in diesem Programm bereits viele Vorhaben beschrieben wurden und hier nicht wiederholt werden sollen. Aus der Sichtweise der Bezirksvertretung (BV) legen wir hier den Schwerpunkt auf eine gute Kommunikation mit den Bürger*innen, Verbesserungen für Kinder und Jugendliche in den einzelnen Stadtteilen und eine Verbesserung der Aufenthaltsqualität und der Mobilität.

Dialog mit den Bürger*innen in allen BV-Stadtteilen stärken und intensivieren

- vierteljährliche SV-Sitzungen in jeweils anderen Stadtteilen unter Beteiligung der dort gesellschaftlich aktiven Bürger*innen,
- Anhörung von Vertreter*innen aus den Stadtteilen in allen SV-Sitzungen,
- Förderung bestehender Bürgerhäuser und Initiierung von kulturellen und kommunikativen Zentren in den Stadtteilen.

Aufenthalts- und Luftqualität in der Stadt verbessern

- Vorhandene Parks und Grünflächen schützen und ihre Attraktivität steigern,
- Initiativen zu Baum- und Grünpflanzungen unterstützen, Blühstreifen und Blühwiesen zur Erhaltung der Artenvielfalt fördern und Fassaden- und Dachbegrünungen bei kommunalen und privaten Bauprojekten anregen.

Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen konsequent fördern

- Einen wesentlichen Teil der zur Verfügung stehenden bezirklichen Finanzmittel verlässlich im Bereich der Kinder- und Jugendförderung einsetzen, z.B. zur Ertüchtigung von Spielplätzen sowie zur Unterstützung von Kindergärten und Schulen,
- Projekte unterstützen, die die Integration geflüchteter Jugendlicher zum Ziel haben und deren gleichberechtigte Teilhabe fördern.

Mobilität verbessern

- Einführung des elektrobetriebenen Marktliners sowie zügiger Ausbau des Wegenetzes für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen,
- Entwicklung eines Parkkonzepts und die Einrichtung von Quartiersgaragen für Innenstadtbewohner*innen.
- Einführung von mehr verkehrsberuhigten und autofreien Zonen, um die Aufenthaltsqualität für die Fußgänger*innen zu verbessern.

Städtische Unternehmen

Städtische Unternehmen

Die Stadt Aachen ist Eigentümer oder Miteigentümer vieler Unternehmen. Unter dem Dach der E.V.A. (Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen) sind die STAWAG (Stadtwerke Aachen AG) als Unternehmen im Bereich Energieversorgung, die ASEAG (Aachener Straßenbahn- und Energieversorgung) im Bereich Verkehr/Mobilität und die regio iT aachen gmbh - gesellschaft für informationstechnologie zusammengefasst. Hinzu kommen noch weitere Unternehmen wie GeWoGe (Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft für Aachen AG). Im Bereich Tourismus und Wirtschaftsförderung sind die Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT) sowie die Kur- und Badegesellschaft mbH (KUBA) tätig. Im Bereich Entsorgung kommen hinzu: Die AWA Abfallwirtschaft Kreis und Stadt Aachen GmbH und die MVA Weisweiler GmbH & Co. KG. Einige dieser Unternehmen sind wiederum an weiteren Unternehmen beteiligt.

Diese Unternehmen haben nicht nur Bedeutung, weil sie für die Stadt wichtige Aufgaben der Daseinsfürsorge erfüllen. Sie haben auch große finanzielle Bedeutung, da die Stadt an Gewinnen und Verlusten beteiligt ist, sie sind ein wichtiger Akteur am Arbeitsmarkt und als Auftraggeber für die regionale Wirtschaft. Wichtig ist ihr Einsatz als Sponsoren für Vereine und Initiativen. Nicht zuletzt nehmen diese Unternehmen eine herausragende Rolle dabei ein, die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in Bereichen wie Energie, Klimaschutz, Mobilität, Wohnen und Digitalisierung zu meistern.

Anders als bei den städtischen Eigenbetrieben, für die es Betriebsausschüsse gibt, ist der Rat bei diesen Unternehmen über Aufsichtsräte vertreten. Deren Hauptaufgabe ist, anders als in städtischen Ausschüssen, nicht die direkte Kontrolle und Steuerung, sondern die Überwachung der Geschäftsführung. Wir sehen die städtischen Unternehmen in der Pflicht, die Stadt zu unterstützen und wollen entsprechend in den Aufsichtsräten agieren.

Wir wollen die städtischen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Handlungsfähigkeit stärken. Wichtig ist uns dabei, auf die Ausgewogenheit zwischen wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit, Ausschüttungen an den Stadthaushalt und notwendigen Investitionen, insbesondere für den Umwelt- und Klimaschutz und die Mobilitätswende, zu achten.

Wir wollen alle städtischen Unternehmen zu jährlichen Nachhaltigkeits- und Umweltberichten verpflichten, die die Veränderungen der eigenen CO₂-Bilanz und die Umset-

zung von Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung zeigen.

Wir wollen dafür sorgen, dass städtische Unternehmen sich bereit erklären, als Pilotunternehmen nach Gemeinwohl-Kriterien zu bilanzieren.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass Vorstände, Geschäftsführungen und Aufsichtsgremien der städtischen Unternehmen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.

Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Unternehmen häufiger und intensiver als bisher austauschen, mehr kooperieren und gemeinsam Projekte initiieren und durchführen. Wir wollen zudem dafür sorgen, dass der Austausch mit der Verwaltungsspitze und den Ratsausschüssen institutionalisiert wird, z.B. durch eine regelmäßige Teilnahme an Sitzungen des Verwaltungsvorstands oder durch regelmäßige Präsenz in städtischen Ausschüssen. Wir erwarten dadurch Synergien bei Themen wie Energiewende, Mobilitätswende, Digitalisierung und Wohnen, aber auch bei der Entwicklung neuer Geschäftsfelder und bei Forschungsvorhaben, z.B. in Kooperation mit den Hochschulen.

Verwaltung

Verwaltung

Die Aachener Stadtverwaltung ist in den letzten Jahren noch einmal stark gewachsen. Mit 5600 Beschäftigten ist die Stadt eine der größten arbeitgebenden Einrichtungen in Aachen. Vor allem in den Bereichen Kinderbetreuung, Feuerwehr, Klimaschutz und Verkehrsplanung wurden neue Mitarbeiter*innen eingestellt. Die Verwaltung wächst dabei mit ihren Aufgaben - personell und qualitativ.

Ausbildung in der Verwaltung

Es ist oft nicht einfach, geeignete Bewerber*innen für offene Stellen zu finden. Der Arbeitsmarkt deckt den Bedarf nicht. So ist die Stadt gefordert, zukunftsweisende, attraktive Arbeitsplätze anzubieten und auch selbst auszubilden. Durchgehend hat die Stadtverwaltung in 28 Ausbildungsberufen rund 300 Auszubildende. Um eine Betreuungsquote von 50 Prozent für Kinder unter drei Jahren zu erreichen, werden zusätzliche Erzieher*innen von der Stadt Aachen selbst, in Kooperation mit Fachschulen für Sozialpädagogik, ausgebildet.

Und auch die Feuerwehr klagt über Fachkräftemangel. Auch hier ist die Verwaltung dazu übergegangen, selbst Laufbahnlehrgänge anzubieten.

Alle Bestrebungen, die Stadtverwaltung mit gut ausgebildetem Personal auszustatten, halten wir für unbedingt notwendig. Dies werden wir auch zukünftig unterstützen.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Stark nachgefragt sind in der Verwaltung Arbeitsplätze in Teilzeit, die eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Hier ist eine moderne Verwaltung gefordert. Es gilt Arbeit in Teilzeit einzurichten und durch praktische Maßnahmen, wie z.B. Verbesserung der Kinderbetreuungssituation, zu flankieren.

Dezernat für Umwelt und Klimaschutz

Mit den Beschlüssen des Stadtrates zum Klimanotstand und zum Bürgerbegehren „Radentscheid“ verbinden wir natürlich die Erwartung, dass konkrete Maßnahmenpläne erarbeitet und umgesetzt werden. Aus diesem Grund streben wir die Einrichtung eines entsprechenden Dezernates für Umwelt und Klimaschutz an.

Verwaltungsgebäude

Wir GRÜNE haben uns sehr für den Neubau eines Erweiterungsgebäudes am Verwaltungsgebäude am Marschierort eingesetzt. Hier laufen nun die konkreten Planungen. Wir hoffen sehr, das neue Gebäude, das auch einen attraktiven Bürgersaal im Erdgeschoss bekommen soll, im Laufe der nächsten Ratsperiode in Betrieb nehmen zu können. Neben dem Neubau muss auch das Bestandsgebäude nach 50 Jahren Betrieb renoviert bzw. saniert werden. Die Verwaltung ist mit dem Neubau gefordert, hier auch so genannte „Neue Arbeitswelten“ u.a. mit Co-Working-Arbeitsplätzen in modernen Großraumbüros zu entwickeln.

Mit dem Gebäude an der Zollamtsstraße werden die sehr in die Jahre gekommenen Verwaltungsgebäude am Adalbertsteinweg und in der Reumontstraße ersetzt. Grundsätzlich positiv bewerten wir GRÜNE die Konzentration der Stadtverwaltung in dem Gebiet rund um den Hauptbahnhof.

Mehrsprachigkeit in der Verwaltung

Aachen ist eine internationale Stadt. Daher wollen wir uns für eine intensive Verbesserung des mehrsprachigen Angebots in der Verwaltung einsetzen. (siehe Hochschulen)

Digitalisierung

Wir unterstützen die Digitalisierung in der Verwaltung. Das Hauptziel ist ein besserer Service für die Bürger*innen. Ein weiteres Ziel ist mehr Effizienz in der Verwaltung. Uns ist wichtig, dass im Rahmen der Digitalisierung auch die verwaltungsinternen Prozesse überprüft und verbessert werden. Die Digitalisierung braucht die Akzeptanz der Mitarbeiter*innen. Diese müssen selbstverständlich beteiligt werden. Unverzichtbar ist auch, dass die Mitarbeiter*innen für die Herausforderungen der Digitalisierung geschult und qualifiziert werden.

Schutz vor Übergriffen

Immer wieder und leider auch immer häufiger sind Mitarbeiter*innen der Verwaltung mit Übergriffen konfrontiert. Diese Übergriffe finden direkt und auch medial statt. Wir setzen uns dafür ein, die Mitarbeiter*innen konsequent zu schützen. Dazu gehört auch, dass Übergriffe konsequent verfolgt und geahndet werden.

Korruptionsvorbeugung und Compliance

Es ist wichtig, dass die Bürger*innen Vertrauen in die Verwaltung haben. Korruption untergräbt das Vertrauen in die Integrität und Funktionsfähigkeit der Verwaltung. Zu Recht erwarten die Bürger*innen von der Verwaltung, dass korruptes Verhalten unterbunden wird oder gar nicht erst entsteht. Die Stadt Aachen ist bereits seit längerer Zeit mit Programmen zur Korruptionsprävention erfolgreich aktiv. Diese Programme sollen fortgesetzt und ausgeweitet werden.

Anti-Korruptionsstrukturen auf kommunaler Ebene ausbauen

Transparenz stellt eine tragende Säule der Demokratie dar. Auch auf kommunaler Ebene wollen wir dafür sorgen, dass diese zum Zweck der Korruptionsbekämpfung ausgebaut wird. Gerade im Bereich der Kommunalpolitik zeigen sich enge Verknüpfungen handelnder Akteure untereinander, die zu Korruption und Vetternwirtschaft führen können. Gefährdete Bereiche im kommunalen Umfeld finden sich vor allem dort, wo auf Aufträge, Fördermittel, Genehmigungen, Gebote und Verbote Einfluss genommen werden kann. Um dies zu verhindern, erwarten wir von der Verwaltung, zum Zweck der Zuordnung der Arbeitsbereiche in Gefährdungstufen, Risikoanalysen durchzuführen. Maßnahmen wie z.B. Sensibilisierung, Mehr-Augen-Prinzip oder Rotation ergeben nur dann Sinn, wenn zuvor eine solche Einordnung stattgefunden hat.

Ein Hinweisgebersystem und der Schutz von Hinweisgebern ist erforderlich. Wir als Stadt Aachen müssen sicherstellen, dass Hinweise auf Fehlverhalten, Misswirtschaft und Betrug auch anonym weitergegeben werden können. Es müssen interne und externe Meldekanäle geschaffen werden, die eine sichere Weitergabe von Hinweisen ermöglichen.

Aachen und Europa

Aachen und Europa

Aachen ist nicht nur eine Stadt im Herzen Europas. Aachen ist eine zutiefst europäische Stadt. Hier, an der Grenze zu den Niederlanden und zu Belgien, wird Europa schon sehr lange gelebt und Europa konkret gestaltet. In Aachen und in der Region ist kommunale Politik deshalb oft auch Europapolitik.

In der Politik der EU-Institutionen, wie z.B. den EU-Kommissionen, werden die Anforderungen der Kommunen und der Menschen vor Ort allerdings oft nicht angemessen berücksichtigt. Manchmal ist die „große“ europäische Politik sogar konträr zu den Interessen der Kommunen und der Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Das ist zum Beispiel der Fall, wenn versucht wird, die Grundlagen der Daseinsvorsorge, die Erbringung kommunaler Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse und letztlich die kommunale Selbstverwaltung einzuschränken bzw. auszuhöhlen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Interessen der Kommunen und der Region bei den europäischen Institutionen mehr Gehör und Einfluss erhalten. Europa wächst von unten.

Die Migrations- und Asylpolitik der Europäischen Union ist in einer tiefen Krise. Wir setzen uns dafür ein, dass die Kompetenzen der Kommunen bei der Aufnahme von Geflüchteten gestärkt werden. Es waren und sind die Kommunen, die in den letzten Jahren die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter bewältigt haben und nach wie vor bewältigen. Wir stehen dafür ein, dass die Stadt Aachen Geflüchteten Hilfen anbietet und Geflüchtete aufnimmt. Wir setzen uns auch dafür ein, dass die Kommunen gehört werden, wenn es um die Öffnung oder Schließung von Grenzen und die Aufnahme von Schutzsuchenden geht.

Die Zusammenarbeit der grenznahen Kommunen in den verschiedenen tri- und binationalen Organisationen und Gremien ist etabliert. Trotzdem braucht diese Zusammenarbeit immer wieder neue Impulse. Wir wollen die grenzüberschreitende Kommunikation, den Austausch und die Zusammenarbeit weiter stärken.

Die gegenseitige grenzüberschreitende Unterstützung der Feuerwehren, Rettungsdienste und des Katastrophenschutzes ist selbstverständlich. Auch die Zusammenarbeit im Bereich der Kultur wurde in den letzten Jahren ausgebaut. Weiter zu intensivieren ist die Zusammenarbeit in Bereichen wie Verkehr/ Mobilität, Wohnungsbau, Gewerbeansiedlung, Energie, Freizeit, Tourismus und Umwelt- und Naturschutz. Ziel ist es, die guten Lebensbedingungen in der Region zu erhalten und weiter zu verbessern. Europa

muss noch mehr zusammenwachsen, damit Probleme mit Zuständigkeiten und Kommunikation in der Euregio bald der Vergangenheit angehören. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist nicht auf die Nachbargemeinden in der Euregio beschränkt. Wir wollen auch den Austausch und die Kooperation mit anderen Städten pflegen und ausbauen, gemeinsam Ideen entwickeln und voneinander lernen.

Deshalb unterstützen wir Städtepartnerschaften, Städtefreundschaften und internationale kommunale Kooperationen. Diese ermöglichen Begegnung und Austausch. Sie dienen der Verständigung und der Friedenssicherung. Sie können die Demokratie stärken, sie können eine Basis für Solidarität und gegenseitige Hilfe sein. Nicht zuletzt können sie eine Plattform sein, um gemeinsam Lösungen für aktuelle Probleme und für Zukunftsfragen zu entwickeln und zu erproben. Wir wollen dieses zivilgesellschaftliche Engagement stärken und zukunftsfest machen.

Für viele Menschen in der Region gehört der tägliche Grenzübertritt zum Alltag, z.B. um jenseits der Grenze zu arbeiten, zu studieren oder zu Schule zu gehen. Immer noch haben diese Grenzgänger mit bürokratischen Problemen zu kämpfen. Wir werden die Initiativen und Organisationen, die diesen Menschen mit Rat und Tat zur Seite stehen und daran arbeiten, die Probleme der Grenzgänger*innen zu lösen, weiter unterstützen.

Aachens Ruf und Image als Europastadt ist eng mit dem Karlspreis verbunden. Deshalb ist auch die Auswahl der jeweiligen Preisträger*innen für die Stadt von großer Bedeutung. Die Auswahl der Preisträger*innen liegt in der Verantwortung des Direktoriums der „Gesellschaft für die Verleihung des Internationalen Karlspreises zu Aachen e.V.“; einem unabhängigen Gremium, auf das die Stadt keinen Einfluss hat. Allerdings gibt es bereits seit 1990 eine gemeinsame Erklärung des Rates der Stadt und der Karlspreisgesellschaft, in der für den Karlspreis folgende Ziele formuliert wurden: das Zusammenwachsen des Kontinents, die Überwindung der Grenzen und die Freundschaft der europäischen Völker, der Ausgleich des Nord-Süd-Gegensatzes, die Bewahrung unserer Lebensgrundlage durch den Schutz der Umwelt. Diese Ziele haben für uns nach wie vor Gültigkeit. Wichtig sind uns darüber hinaus die Themen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, soziales Europa, solidarisches Europa sowie die europäischen Werte, wie sie u.a. in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Europäischen Sozialcharta niedergelegt sind. Aktuell ist die Zahl der Karlspreisträger sehr viel größer als die der Karlspreisträgerinnen. Das sollte sich ändern. Wir würden uns über Karlspreisträgerinnen freuen.

Seit nunmehr 30 Jahren gibt es begleitend zum Karlspreis ein umfangreiches Rahmen-

programm mit hoher Qualität. Wir werden dieses Rahmenprogramm weiter unterstützen.

Ein großes Problem, das die gesamte Region betrifft, ist das Atomkraftwerk Tihange. Im schlimmsten Fall könnte bei einem GAU in diesem alten und problematischen AKW, das nur 65 Kilometer von Aachen entfernt liegt, unsere Stadt bei Westwind so stark von Radioaktivität betroffen sein wie die Orte in der unbewohnbaren 20-Kilometer-Zone rund um das AKW in der Region Fukushima in Japan. In diesem Fall ist es wahrscheinlich, dass Aachen total evakuiert werden muss und für lange Zeit eine Geisterstadt bleibt. Die Schäden für die Gesundheit der Menschen, für ihr Hab und Gut, für die Umwelt wären unermesslich groß. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass das AKW Tihange und auch die ähnlich maroden Reaktoren in Doel bei Antwerpen abgeschaltet werden.

In diesem Zusammenhang fordern wir Grüne eine Vereinheitlichung der Sicherheitsstandards sowohl für europäische Atomkraftwerke, als auch für Atommüllendlager in Europa.

Offene Gesellschaft und Demokratie fördern und verteidigen

Offene Gesellschaft und Demokratie fördern und verteidigen

Die zunehmenden Angriffe auf demokratische Grundprinzipien führen uns vor Augen, wie wichtig eine offene und demokratische Gesellschaft ist. In Aachen werden demokratische, humanitäre und europäische Grundwerte gelebt - das soll auch so bleiben!

So ist es für uns selbstverständlich, dass wir Menschen, die zu uns nach Aachen kommen, willkommen heißen. Dabei ist es egal, ob sie zum Studium oder zum Arbeiten nach Aachen kommen oder vor Not und Krieg fliehen. Alle diese Menschen bereichern unsere Stadt. Wir werden uns daher weiter für dieses friedliche Zusammenleben einsetzen.

Aber auch in Aachen sind die Feinde der offenen Gesellschaft präsent. Wir werden uns Nazis auf der Straße, Rechtsextremen und Rassisten im Stadtrat und der alltäglichen Diskriminierung konsequent entgegenstellen! Wir stehen auf gegen jede Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Antifaschismus ist für uns eine Grundsäule unserer offenen demokratischen Gesellschaft.

Deshalb fordern wir:

- Klare Kante aller demokratischen Parteien gegen rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien und Organisationen. Eine Zusammenarbeit mit den Feinden der offenen Gesellschaft und deren Unterstützern darf es nicht geben.
- Stärkung und Ausbau des „Runden Tisches gegen Rechts“ zu einem „Runden Tisch für Demokratie und offene Gesellschaft“ als zentrale Anlaufstelle
- für unsere offene und demokratische Stadtgesellschaft.
- Die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Bündnisse gegen Rechts.
- Verstetigung und Sicherung der Projekte „NRWeltoffen“ und „Demokratie Leben“ bei der Volkshochschule Aachen, wenn nötig auch ohne Förderung von Land und Bund.
- Pflege und Ausbau der Projekte „Stolpersteine“ und „Wege gegen das Vergessen“ als Teil einer aktiven Erinnerungskultur.
- Förderung von Demokratiebildung in Einrichtungen der offenen Jugendarbeit, Schulen und Vereinen.
- Aktive Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation zur Festigung der europäischen Einigung.

Ein besonderes Augenmerk gilt dem Antisemitismus. Dieser darf in der politischen Kultur der demokratischen Parteien und in unsere Gesellschaft keinen Platz haben. Vor dem

Hintergrund der historischen Verantwortung ist eine besondere Sensibilität im Umgang mit Antisemitismus unerlässlich. Dieser darf allerdings nicht in der historisch-politischen Beschäftigung mit dem Thema verharren.

Der Antisemitismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das in verschiedensten Ausprägungen überall zu finden ist. Damit unterscheidet er sich von den meisten anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Der religiös motivierte Antisemitismus oder antisemitische Ansichten finden sich auch in der Mitte der Gesellschaft. Antisemitismus ist ein latentes Phänomen, das nie verschwunden war. Er wird in den letzten Jahren nur wieder stärker öffentlich sichtbar.

Wir Grüne wollen:

- Partnerschaften von Schulen und Jugendeinrichtungen mit israelischen Institutionen fördern.
- Dialog und Begegnung unterstützen.
- Aufklärung über die verschiedenen Formen des Antisemitismus betreiben.
- Keine Kooperation mit der antisemitischen BDS-Kampagne (Boycott, Divestment and Sanctions).

Wir stehen ganz klar ein gegen jede Form des Antisemitismus und an der Seite unserer jüdischen Mitbürger*innen. Gemeinsam mit engagierten Bürger*innen, möchten wir konkrete und deutliche Zeichen setzen, damit in unserer Gesellschaft jüdisches Leben angstfrei und unbefangen möglich ist.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ortsverband Aachen

Franzstraße 34

52064 Aachen

Telefon 0241 / 53 34 78

Fax 0241 / 51 21 68

Email info@gruene-aachen.de

Webseite www.gruene-aachen.de

Am **13.09.**

Grün wählen!

Grün ist deine Zukunft.

